

Stellungnahme zur Studie der Gruppe Ökologie über den Abschlußbericht der GSF "Eignungsprüfung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle" (mit BGR, GSF, DBE und PSE abgestimmt)

Seit 1975 wurden im Auftrage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und unter Federführung der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) Untersuchungen zur Frage der Eignung des ehemaligen Eisenerzbergwerks Konrad als Endlager für schwachradioaktive Abfälle und Stilllegungsabfälle durchgeführt. Die GSF hatte die Aufgabe, die grundsätzliche Eignung auf der Basis vorhandener Unterlagen und begleitender Untersuchungen zu prüfen. Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten, die im Juni 1982 in einem Abschlußbericht vorgelegt wurden, besagen zusammenfassend, daß

- aus geowissenschaftlicher Sicht die Grube Konrad für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Stilllegungsabfällen geeignet ist
- aus bergtechnischer Sicht die Umstellung der Anlage auf die kerntechnischen Erfordernisse und die Einlagerung der Abfälle möglich ist
- aus kerntechnischer Sicht die Endlagerung radioaktiver Abfälle grundsätzlich möglich erscheint.

Der Bericht nennt keine Gesichtspunkte, die eine Eignung der Grube Konrad als Endlager ausschließen. Es erschien deshalb aussichtsreich, ein Planfeststellungsverfahren erfolgreich durchführen zu können. Dementsprechend erstellte die PTB auf der Grundlage des GSF-Berichtes, der als Forschungs- und Rechenschaftsbericht nach Form und Inhalt nicht dem "Plan" im Planfeststellungsverfahren entspricht, unter Mitarbeit der BGR, der DBE und auch der GSF die Antragsunterlagen, die am 31.08.82 bei der zuständigen niedersächsischen atomrechtlichen Planfeststellungsbehörde eingereicht wurden. Dabei wurden offene oder nur teilweise im Rahmen der GSF-Untersuchungen geklärte Fragen bereits nach Vorlage des Abschlußberichtes identifiziert und von der PTB zur weiteren Bearbeitung aufgegriffen. Durch die Ergebnisse bereits abgeschlossener und noch laufender Untersuchungen soll der eingereichte "Plan" bis Ende März 1985 so weit vervollständigt werden, daß die Unterlagen prüf- und auslegungsfähig sind. Die "Begutachtung" des GSF-Abschlußberichtes durch die Gruppe Ökologie stellt also die Stellungnahme zu einer der Grundlagen des im August 1982 eingereichten und noch unvollständigen Planes sowie in besonderem Maße des auszulegenden Planes, der zur Zeit erarbeitet wird, dar.

Eine Prüfung des "Öko-Gutachtens" hat ergeben, daß es keine Aspekte enthält, die nicht bereits erkannt wurden, bzw. bearbeitet wurden oder werden.

Die Kurzfassung des Planes "Endlagerung für radioaktive Abfälle - Schachtanlage Konrad" (Stand Oktober 1983) belegt ebenso, daß die Studie der Gruppe Ökologie keine Fragen aufweist, die nicht bereits bearbeitet wurden oder werden.

Dieses betrifft u. a. folgende Einwände der Gruppe Ökologie:

1. Die genannten Lücken in der Beschreibung der geologischen Barrieren und der hydrogeologischen Gegebenheiten wurden nach Vorlage des Abschlußberichtes erkannt. Entsprechende Aufträge zu ergänzenden Untersuchungen wurden vergeben. So ermöglicht die bereits angelaufene untertägige Erkundung (ca. 6000 m Strecken) den Vergleich der geplanten Einlagerungsfelder mit dem vorhandenen Grubengebäude hinsichtlich sicherheitsrelevanter Parameter (Geologie, Tektonik, Hydrogeologie, Deformationsverhalten, dynamische Kennwerte).

Die z. Zt. laufende geologische und hydrogeologische Bearbeitung des Standortbereiches bis an die Salzstrukturen bei Broistedt-Rolfsbüttel, Thiede, Salzgitterer Höhenzug, z. T. auch darüber hinaus, umfaßt u. a.: Logkorrelation mikropaläontologisch überarbeiteter Tiefbohrungen, reflexionsseismische Messungen auf ca. 90 Profil-km, Erstellung von Mächtigkeits- und Tiefenlinienplänen, abgedeckten geologischen Karten, Profilschnitten, hydrogeologischen Karten (Grundwasser-Förderung, Quartärmächtigkeit, Gw-Neubildung, Gw-Höhengleichen, Gw-Chemismus).

2. In Zusammenhang mit der Kritik am Konzept zur Verfüllung der Schächte wird darauf hingewiesen, daß die PTB bereits am 01.04.1983 einen Auftrag zur Erarbeitung einer Studie zur technischen Planung des Verschlusses der Schächte im Anschluß an die Betriebsphase an eine erfahrene Bergbaufirma vergeben hat. Diese Studie liegt inzwischen vor.
3. Für Störfallbetrachtungen wird eine Vorgehensweise gefordert, die von der PTB seit langem praktiziert wird, nämlich die Erfassung des gesamten Spektrums möglicher Ereignisse sowie die Auswahl und genaue Behandlung "abdeckender" Ereignisse.
4. Alle angesprochenen betrieblichen Störfälle werden von der PTB bearbeitet; das von der PTB betrachtete Störfallspektrum ist jedoch umfangreicher. Eine Ausnahme bildet der als mögliche Brandursache genannte Fall einer chemischen Reaktion in den Abfällen. Dieses auslösende Ereignis wird von der PTB aufgrund der vorgesehenen Abfallkonditionierungen ausgeschlossen. Entsprechende Anforderungen wurden bereits in den eingereichten Antragsunterlagen genannt und werden in den auszulegenden Plan aufgenommen werden.
5. Bei Störfallbetrachtungen (Betriebsphase) werden von der PTB im Falle radiologisch relevanter Störfälle alle Abfallkategorien bezüglich ihre radiologischen Konsequenzen behandelt.

6. Die Forderung, auch Unfälle zu behandeln, ist - dieses gilt auch für den Plan - nicht gerechtfertigt, da diese die Auslegung der Anlage nicht bestimmen. Die Beschränkung der GSF auf Störfälle ist daher richtig.
7. Mit der geforderten genauen Beschreibung der für die Einlagerung vorgesehenen Abfälle wurde bereits vor Fertigstellung des GSF-Berichtes begonnen und in den am 31. August 1982 eingereichten Antragsunterlagen berücksichtigt. Insbesondere hat die PTB eine systematische Kategorisierung der Abfälle vorgenommen. Die einzelnen Abfallkategorien enthalten u. a. detaillierte Angaben zu den jeweils enthaltenen Radionukliden und den Gebindeaktivitäten. Damit werden wesentliche Basisinformationen zur radiologischen Beurteilung der Abfälle und zur Formulierung von Anforderungen an die Konditionierung bereitgestellt.

Das Problem der Nebenbestandteile im Abfall, insbesondere von organischen, komplexierend wirkenden Bestandteilen und die Bedeutung der Qualitätskontrolle der Abfälle als Nachweis der Einhaltung von Annahmebedingungen wurde ebenfalls von der PTB erkannt. Ein entsprechender Auftrag zur Erstellung eines geschlossenen Programms zur Qualitätskontrolle aller endzulagernden Abfälle läuft seit August des Jahres 1980

8. Die Forderung nach einer regelmäßigen Inkorporationskontrolle des strahlenexponierten Personals ist nicht begründet, da die PTB ihren Planungen einen Maximalwert der internen Strahlenexposition von nur ca. 1 % des gesetzlichen Grenzwertes der beruflichen Strahlenexposition zugrundelegt und die Einhaltung dieses Wertes in der Sicherheitsanalyse nachgewiesen wird. Die Möglichkeiten einer Inkorporationskontrolle aus besonderem Anlaß wurde vorgesehen.
9. Die Forderung nach einem speziellen radioökologischen Gutachten ist nicht begründet. Die PTB ermittelt durch eine Sicherheitsanalyse die potentielle Strahlenexposition in der Umgebung der Anlage sowohl über den Abwetter-/Luftpfad als auch über den Wasserpfad. Die Abfallgebinde und das Endlager wurden so ausgelegt, daß die Grenzwerte der Strahlensverordnung deutlich unterschritten werden.

Insgesamt bestätigt die Gruppe Ökologie das Vorgehen der PTB nach Vorlage des Abschlußberichtes der GSF. Es muß jedoch festgestellt werden, daß bereits zur Zeit der "Begutachtung" durch die Gruppe Ökologie der GSF-Abschlußbericht nicht mehr den Stand des "Projektes Konrad" widerspiegelte.

Die in den Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk (RSK-Empfehlungen) festgelegte Vorgehensweise zur sicherheitsmäßigen Beurteilung eines Endlagers wird von der Gruppe Ökologie übernommen. Hier ergibt sich eine gemeinsame Basis für das Planfeststellungsverfahren. Es ist jedoch unzulässig, die für dieses Verfahren geltenden Regeln streng und rückwirkend auf einen Forschungsbericht anzuwenden.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die seit Vorlage des GSF-Abschlußberichtes durchgeführten Arbeiten zur Erstellung des "Planes" bisher keine Aspekte aufzeigten, welche die von der GSF festgestellten grundsätzliche Eignung der Schachanlage in Frage stellen.

Herausgeber:

Regionalbüro Braunschweig
der GRÜNEN IM BUNDESTAG

verantwortlich:

Bonn / Salzgitter
21 - Mai - 1984

P R E S S E M I T T E I L U N G

Forschungsminister:

Diskussion über Endlagerung radioaktiver Abfälle erscheint
"nicht sinnvoll"

Die Anfrage der GRÜNEN Bundestagsabgeordneten [REDACTED], warum der GESELLSCHAFT FÜR STRAHLEN- UND UMWELTFORSCHUNG durch den Bundesforschungsminister verboten worden war, an einem Streitgespräch mit kritischen Wissenschaftlern der GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER im Umweltausschuß der Stadt Salzgitter am 11. April teilzunehmen, ist jetzt vom parlamentarischen Staatssekretär des BMFT schriftlich beantwortet worden.

Eine besondere Brisanz hatte die Frage insbesondere dadurch bekommen, daß Bundestagspräsident [REDACTED] abgelehnt hatte, die Frage als mündliche Eilanfrage während der Sitzungswoche zuzulassen. Begründet wurde dies u.a. mit mangelndem öffentlichen Interesse an der Beantwortung der Frage.

Die jetzt vorliegende schriftliche Antwort (Anlage) bemüht sich dementsprechend um ein Aussparen der Fragen, die wirklich von öffentlichem Interesse wären. Es heißt, ein Verbot habe nicht bestanden, das Ministerium sehe aber z.Zt. keine Notwendigkeit über die Arbeit der GSF zu diskutieren, da seit Einleitung des Planfeststellungsverfahrens die PHYSIKALISCH TECHNISCHE BUNDESANSTALT für KONRAD zuständig sei. Über 'den Stand des Projekts Konrad zu sprechen, wie er sich ... vor nunmehr 2 Jahren darstellte', sei nicht sinnvoll.

Hierzu erklärte [REDACTED]:

"Offensichtlich rückt das Ministerium zunehmend von der Arbeit der GSF ab. Dies wird ja auch deutlich, durch die zahlreichen wichtigen Fragen, die die PTB jetzt nacharbeiten muß. Hierzu gehört die Spezifizierung des einzulagernden Mülls und das umfangreiche seismische Meßprogramm. Zweitens scheint das Ministerium große Angst davor zu haben, daß sich betroffene Kommunen von unabhängigen, kritischen und ökologisch orientierten Wissenschaftlern beraten lassen. Dies ist eine fundamentale Mißachtung der freien wissenschaftlichen Kontroverse. Eine solche aber habe sich die Stadt Salzgitter als Erkenntnishilfe erbeten. Und dann ist auch ganz egal was der Minister für sinnvoll hält oder nicht, denn es geht ja um einen Informationswunsch einer kommunalen Entscheidungsebene. Oder aber man soll gleich sagen, daß dem Ministerium die Meinung und die Meinungsbildung der kommunalen Vertretung Salzgitters zu Schacht KONRAD egal ist."

DIE GRÜNEN

im niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 • 3000 Hannover 1 • Tel. 0511 - 1930 255

12.4.84

Betrifft: Bundesministerium für Forschung und Technologie verbietet Vertretern der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung die Teilnahme an einer Diskussion mit der Gruppe Ökologie vor dem Umweltausschuß der Stadt Salzgitter

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie um die Veröffentlichung der beiliegenden Presseerklärungen zu dem oben genannten Vorgang.

In der Anlage finden Sie:

- Presseerklärung der Landtagsfraktion
- Presseerklärung von [REDACTED]
- Presseerklärung der Ratsfraktion und Kreisverband Salzgitter
- Presseerklärung der BI Umweltschutzforum Schacht Konrad
- Presseerklärung der Gruppe Ökologie
- Brief des Bundesforschungsministers
- Brief des nds. Minister für Bundesangelegenheiten
- Vorlage zur Diskussion der Stadt Salzgitter

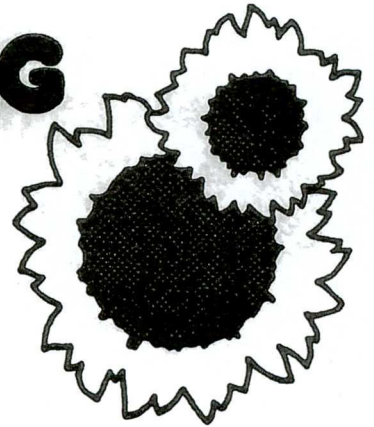
Für weitere Fragen stehen Ihnen die Verfasser/innen der Presseerklärungen und mit Sicherheit auch die Stadt Salzgitter gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

800000

DIE GRÜNEN IM LANDTAG

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 * 3000 Hannover 1
Tel.: 0511 - 1230-1, Büro: -255, Presse: -443, Juristen: -446
Telex: 921395 gruen d



PRESSEERKLÄRUNG

Ratsmitglieder in Salzgitter und Öffentlichkeit vom Bundesforschungsministerium verschaukelt

Die Grünen im Landtag sehen in der Gängelung der GSF-Mitarbeiter durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie, nicht an einer Diskussion mit Vertretern der Gruppe Ökologie vor dem Umweltausschuß der Stadt Salzgitter teilzunehmen, einen weiteren Versuch, Rat und Öffentlichkeit zu verschaukeln. Statt einer öffentlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung wird in überheblicher und hochmütiger Art eine Politik hinter verschlossenen Türen betrieben. Während der Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter am 11.4.1984 wurde das Vorgehen des Bundesforschungsministeriums von Vertretern aller Parteien als "glatte Unverschämtheit", "Schlag unter die Gürtellinie" und "massiver Versuch, eine Diskussion abzuwürgen" bezeichnet. Der Ausschuß faßte einstimmig den Beschluß, auf einer Diskussion zwischen Gruppe Ökologie und GSF zu bestehen. Ein Schreiben des niedersächsischen Ministers für Bundesangelegenheiten [REDACTED] mit der Bitte um Stellungnahme kann und will die Stadt Salzgitter bei einer derartigen Behandlung ihres Informationswunsches nicht beantworten. Die Grünen im Landtag fordern [REDACTED] als zuständigen Minister für die Planfeststellung auf, die diskussionsfeindliche Politik des Bundesforschungsministeriums zur geplanten Atommüllagerung in Schacht Konrad nicht länger zuzulassen.

[REDACTED]

000008

DIE GRÜNEN

ÖKOLOGISCH SOZIAL BASISDEMOKRATISCH GEWALTFREI

ZUKUNFTSWEISEND



Kreisverband Salzgitter

Swindonstraße 55

3320 Salzgitter 1, d.8.4. 84

Tel.: 05341 - 13522

P R E S S E M I T T E I L U N G

Die Ratsfraktion der Grünen nimmt zum Verbot durch den Bundesminister für Forschung und Technologie für die GSF, sich im Rahmen einer Umweltausschußsitzung des Rates der Stadt Salzgitter in einer wissenschaftlichen Diskussion mit der Gruppe Ökologie auseinanderzusetzen, wie folgt Stellung:

1. Die Stadt Salzgitter hat aus berechtigtem Interesse und Sorge um die Sicherheit der Bevölkerung den Betreiber und seine wissenschaftliche Phalanx zu einem Streitgespräch mit den wissenschaftlichen Kritikern der Endlagerung in Schacht Konrad in die Umweltausschußsitzung am 11.04.84 eingeladen, die Sitzung ist öffentlich. Der Bundesminister untersagt seinen wissenschaftlichen Mitarbeitern mit fadenscheinigen Gründen die Teilnahme an dieser Auseinandersetzung. Die Grünen tadeln auf das Schärfste diese Vorgehensweise des Ministers mit parlamentarischen Vertretern dieser Gemeinde und fordern die unverzügliche Rücknahme des Auftrittsverbotes.


2. Die Grünen fordern die Wissenschaftler der GSF und PTB auf, sich nicht an dieses Verbot zu halten und durch persönlichen Mut an dem Streitgespräch teilzunehmen. Die Grünen fragen den Minister, ob seine Erkenntnisse über den derzeitigen Stand des Forschungsvorhabens so negativ für die Bevölkerung Salzgitters sind, daß eine Veröffentlichung derzeit nicht in Frage kommt?

3. Die Grünen sind trotz mehrfachen Nachfragens bis heute nicht klar über den Widerspruch zwischen der Einschätzung der PTB und des Ministers bezüglich des GSF-Gutachtens unterrichtet worden. Die GSF und PTB beharren weiterhin auf

ihrer Einschätzung, daß der GSF-Bericht als Forschungs- und Rechenschaftsbericht nach Form und Inhalt nicht dem "Plan" im Planfeststellungsverfahren entspricht. Vielmehr soll der Plan erst März 1985 durch noch laufende Forschungsvorhaben vervollständigt werden, bevor sie als Unterlagen prüf- und auslegungsfähig sind. Der Minister erklärt demgegenüber schriftlich, in der Presse und im Bundestag, die Eignung der Grube Konrad sei durch den GSF-Bericht nachgewiesen. Sowohl die Verwaltung der Stadt Salzgitter, wie auch die PTB und der Minister können diesen Widerspruch bis heute nicht ausräumen. Im Klartext bedeutet es für die hiesige Bevölkerung, daß die Einlagerung für den Minister längst beschlossene Sache ist, die nachgewiesene und überprüfbare wissenschaftliche Bestätigung der Eignung dagegen eine lästige, formale, nicht weiter von Bedeutung seiende Begleiterscheinung ist, die dem Gesetz nach durchgezogen und dann vergessen wird.

4. Die Grünen betrachten das Schreiben des Ministers an den Oberstadtdirektor als eine Provokation. Insbesondere erscheint die Aufforderung an interessierte Umweltausschußmitglieder, jederzeit in der Infostelle des Bundes doch weitere Informationen abzuholen, das Maß der Zumutung vollzumachen. Die Grünen fragen die Ratsmitglieder, ob sie der Einschätzung des Ministers folgen, daß die Informationspolitik der PTB ihrem Informationsbedürfnis genügt bzw. zu genügen hat? Die Grünen fordern die Stadt auf, endlich eine Podiumsdiskussion mit den verschiedenen wissenschaftlichen Vertretern als Abendveranstaltung zu organisieren. Im Rahmen der Unverschämtheiten des Ministers halten sie eine Entschuldigung vor dem Rat und der Bevölkerung für angemessen.

5. Die Grünen halten den vorgelegten Plan, Kurzfassung, Endlager für radioaktiv Abfälle, Schachtanlage Konrad und das Schreiben der PTB vom 8.3.84, auf die sich der Minister beruft, für nicht ausreichende Informationen. Ersteres bezieht sich auf den Stand Oktober 1983, dem Erscheinungsdatum des GÖK-Berichts. Beide Papiere gehen zwar auf Kritikpunkte der GÖK ein, jedoch in so verkürzter und unwissenschaftlicher Art und Weise, daß eine wissenschaftliche Nachprüfbarkeit nicht gegeben ist. Die Grünen fordern den Minister erneut auf, sämtliche Forschungsergebnisse in regelmäßigen Abständen (und/oder nach Abschluß) der Öffentlichkeit vorzulegen. Die Handlungsweise des Ministers läßt verstärkt vermuten, daß er etwas zu verbergen hat!



Salzgitter, den 8.4.84

P E S S E R K L Ä R U N G ZUM FERNBLEIBEN DER GSF

VON DER UMWELTAUSSCHUSSSITZUNG AM 11.4.84 IN SALZGITTER !

Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter, e.V.
Arbeitskreis gegen Atomenergie Salzgitter

Wir wenden uns hiermit gegen die Verhinderung einer öffentlichen Diskussion zwischen der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) und der Gruppe Ökologie Hannover (GÖK) über den Abschlußbericht zur Schachthanlage Konrad vor dem Umweltausschuß der Stadt Salzgitter.

Die Teilnahme der GSF wurde vom BMFT mit der Begründung abge-
sagt, daß eine Diskussion über den 2 Jahre alten Abschlußbe-
richt der GSF zu Schacht Konrad nicht sinnvoll sei.

Damit wird in Bonn diktiert, welche Diskussionen in Salzgitter
geführt werden sollen.

Der Abschlußbericht ist für das BMFT nach 2 Jahren nicht mehr
relevant und diskussionsfähig, obwohl er die Grundlage für das
eingeleitete Planfeststellungsverfahren ist.

Zur gleichen Zeit wird die Stadt Salzgitter von der PTB gebeten,
eine vorläufige Stellungnahme zu deren, im Okt. 83 veröffentliche-
ten, Planungen für das Endlager Schacht Konrad zu erstellen.

Wie soll die Stadt Salzgitter eine Stellungnahme zu dem Kurzbe-
richt der PTB abgeben, wenn sie noch nicht einmal den Abschluß-
bericht der GSF mit dem Bewertungsgutachten der GÖK verglichen
und kontrovers diskutiert hat, um sich ein abschließendes Urteil
über den Endbericht bilden zu können?

Desweiteren ist eine öffentliche Diskussion notwendig, um der
Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich über beide Gutachten
ein Bild zu machen und ihre Fragen zu stellen!

Die Stadt Salzgitter fordern wir auf, ihre geplante Diskussion
auf einer abendlichen Veranstaltung durchzuführen, um der Bevöl-
kerung, der GÖK und auch der GSF die Chance einzuräumen, öffent-
lich und im größeren Rahmen über den Abschlußbericht der GSF, des-
sen Beurteilung und den neueren Plan der PTB zu diskutieren.
Außerdem fordern wir die Stadt Salzgitter auf, einen Ausschuß zu
gründen, der sich ständig, ausschließlich und öffentlich mit den
mit den Planung zum Endlager Schacht Konrad auseinandersetzt,
damit die Stadt Salzgitter sich vor dem Planfeststellungsverfahren
auf dem neuesten Stand der Untersuchungen befindet.

Ohne diese Bemühungen wird das Planfeststellungsverfahren schon in
Verfall geraten!

**Der Niedersächsische Minister
für Bundesangelegenheiten**

Hannover, den 24.02.1984

Fernruf-Durchwahl

120/

Az.: - 45 - 40326/03-3 -

Der Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten - 3 Hannover - Postfach 121

Empfänger
siehe Verteiler

Planfeststellungsverfahren nach § 9 b Atomgesetz (AtG)
für die Errichtung und den Betrieb der Schachanlage Konrad
als Endlager für radioaktive Abfälle

Bezug: Mein Schreiben vom 25.10.1982 - 45 - 40326/03-3 -

Anlg.:

Mit Bezugsschreiben vom 25.10.1982 hatte ich Sie nach einem 1. Verteiler darüber informiert, daß die Physikalisch-Technische Bundesanstalt Braunschweig (PTB) am 31.08.1982 einen Antrag zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach § 9 b AtG zur Errichtung und zum Betrieb eines Endlagers für radioaktive Abfälle in der Schachanlage Konrad gestellt hat.

Die PTB selbst geht davon aus, daß die Planunterlagen erst Anfang 1985 vollständig vorgelegt werden können.

Die PTB hat mir im Januar d.J. zunächst eine Kurzfassung des Planes vorgelegt, in der die Schachanlage Konrad in ihrem gegenwärtigen Zustand und das Konzept zur Errichtung eines Endlagers und seiner Auswirkungen dargestellt sind.

/ Ich übersende Ihnen diese Kurzfassung, um Sie einerseits auf dem laufenden zu halten, andererseits aber auch mit der Bitte um ggf. erste und vorläufige Stellungnahme gem. § 21 Abs. 2 AbfG.

Ich bitte dabei zu prüfen, ob aus Ihrer Zuständigkeit hinsichtlich des Verfahrens Belange erkennbar sind, die bereits jetzt an die PTB herangetragen oder mir als Planfeststellungsbehörde zur Prüfung gegeben werden sollten.

Ich bitte weiterhin, anhand des Verteilers zu prüfen, ob aus Ihrer Sicht die Zuständigkeit weiterer Stellen berührt wird, die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu beteiligen wären.

- 2 -

Es ist von hier aus nicht auszuschließen, daß im Fortang des Verfahrens eine weitere überarbeitete Kurzfassung des Planes vorgelegt wird.

Ihre Stellungnahme bitte ich mir bis zum 31.05.1984 zuzuleiten.

Im Auftrage



N.S.: Die Stellen, welche das Bezugsschreiben seinerzeit nicht erhielten, sind im Verteiler mit ~~X~~ gekennzeichnet.

Herausgeber:

Regionalbüro Braunschweig
der GRÜNEN IM BUNDESTAG

verantwortlich:

Bonn / Braunschweig

11 - April - 1984

Bundestagspräsident [REDACTED] lehnt dringliche mündliche Anfrage der GRÜNEN MdB [REDACTED] zu aktuellen Einmischungen des BMFT im kommunale Belange der Stadt Salzgitter ab !

In einem Schreiben hat heute der Präsident des Bundestages, [REDACTED] die Anerkennung einer dringlichen mündlichen Anfrage der Bundestagsabgeordneten der GRÜNEN, [REDACTED] abgelehnt.

[REDACTED] hatte in der dringlichen Anfrage für die Bundestagssitzung am 11. April nachgefragt, womit der Bundesminister für Forschung und Technologie begründet, daß der GESELLSCHAFT FÜR STRAHLEN- UND UMWELTFORSCHUNG verboten worden ist, sich an einem Streitgespräch mit Wissenschaftlern der GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER im Umweltausschuß des Rates der Stadt Salzgitter zu beteiligen. Die Diskussion sollte über die Eignungsaussage der GSF geführt werden, daß die stillgelegte Erzgrube Schacht KONRAD als Atommüllendlager geeignet ist. Die GRUPPE ÖKOLOGIE hatte im Auftrag der Stadt Salzgitter den Abschlußbericht der GSF untersucht. Dabei waren erhebliche Mängel bei der Untersuchung festgestellt worden, die nach Auffassung der GRUPPE ÖKOLOGIE die Aussagen der GSF zu KONRAD in Frage stellen würden.

[REDACTED] begründete die Dringlichkeit der Anfrage mit dem eklatanten Eingriff des Bundesforschungsministers in die vitalen Interessen der vom Atommüll betroffenen Bevölkerung und ihrer kommunalen Vertreter, der eine zeitnahe Erklärung bedürfe.

In seinem Schreiben stellte [REDACTED] fest, daß ein öffentliches Interesse an der Beantwortung dieser Frage nicht bestehe.

[REDACTED] erklärte dazu in Bonn:

"Ich kann der Beurteilung, daß kein akutes öffentliches Interesse besteht angesichts der berechtigten Sorge der Bevölkerung in Salzgitter nicht teilen. Ich werde meine Anfrage jetzt schriftlich einreichen und bedauere nur, daß eine schnellere Klärung des Sachverhaltes im Sinne der Salzgitteraner Bevölkerung nicht möglich ist."

Die parlamentarische Geschäftsführerin DER GRÜNEN IM BUNDESTAG hat die Angelegenheit vor den Ältestenrat des Bundestages gebracht.
Das Ergebnis der Diskussion im Ältestenrat ist noch nicht bekannt.

[REDACTED]
PARLAMENTARISCHER STAATSEKRETÄR
BEIM BUNDESMINISTER
FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE

5300 Bonn-Bad Godesberg, den 11.05.1984
Heinemannstraße 2
Fernruf (0228) [REDACTED]

[REDACTED]
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundeshaus

5300 Bonn 1

Sehr geehrte [REDACTED]

Ihre Frage Nr. 1 vom 11.04.1984

"Wie begründet die Bundesregierung das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie ausgesprochene Verbot für die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung und für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, an einer Anhörung des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter am 11.04.1984 teilzunehmen, auf der die schwerwiegende Kritik der von der Stadt Salzgitter mit einem Gutachten beauftragten Gruppe Ökologie Hannover an dem Gutachten der Gesellschaft für Strahlenforschung zur Eignung des Schachtes Konrad als radioaktives Endlager, das grundlegend für die Aussagen im Entsorgungsbericht der Bundesregierung ist, in einem öffentlichen Streitgespräch geprüft werden sollte?"

beantworte ich wie folgt:

Ein Verbot der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) oder der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) hinsichtlich der Teilnahme an einer Anhörung des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter zur Eignung der Grube Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle hat es nicht gegeben.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat jedoch der Stadt Salzgitter mitgeteilt, daß eine erneute Diskussion nur über der Abschlußbericht der GSF zur Eignung der Schachthanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle nicht sinnvoll erscheint. Dies ist begründet durch die Feststellung, daß seit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens im August 1982 die PTB als Antragsteller

...

verantwortlich für das Projekt Konrad ist und daß sie in dieser Eigenschaft noch am 14.03.1984 vor dem Umweltausschuß der Stadt Salzgitter über ihr Vorgehen und über die zwischenzeitlich erzielten Ergebnisse anhand der Kurzfassung des Planes Konrad berichtet hat. Insofern ist es nicht sinnvoll, danach noch einmal über den Stand des Projekts Konrad zu sprechen, wie er sich bei Abschluß der Eignungsuntersuchungen vor nunmehr 2 Jahren darstellte und wie er von der GSF der Stadt Salzgitter in der Vergangenheit mehrfach präsentiert bzw. mit ihr diskutiert wurde.

Selbstverständlich werde ich von meiner Seite jede Unterstützung gewähren, wenn es der Stadt Salzgitter um weitere und vertiefte Informationen über das Projekt Konrad und auch über laufende Arbeiten der GSF geht. Dies habe ich auch der Stadt Salzgitter mitgeteilt.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]



[REDACTED] beglaubigt

[REDACTED] Amtsrat [REDACTED]

6. April 1984

V o r l a g e

an den
Verwaltungsausschuß
über den
Umweltausschuß am 11. 4. 1984

Betr.: Schacht Konrad;

hier: Diskussion zwischen Vertretern der GSF und der
Gruppe Ökologie im Umweltausschuß

Der Umweltausschuß hatte am 8. 2. 1984 die Verwaltung beauftragt, Vertreter der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) und der Gruppe Ökologie zu einer der nächsten Umweltausschuß-sitzungen einzuladen. Im Mittelpunkt sollte dabei eine Diskussion zum Abschlußbericht der GSF und dem Öko-Gutachten stehen.

Die genannten Stellen wurden schriftlich zur Umweltausschußsitzung am 11. 4. 1984 eingeladen. Die Gruppe Ökologie hatte ihre Teilnahme fernmündlich zugesagt.

Wie aus der Anlage ersichtlich, hat der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) mit Schreiben vom 28. 3. 1984 (Eingang am 2. 4. 1984) dargelegt, daß eine Diskussion zwischen Vertretern der GSF und der Gruppe Ökologie zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei und die Anwesenheit der GSF am 11. 4. 1984 für entbehrlich gehalten wird. Im Schreiben wird u. a. auf den jetzigen Planungsstand, die bisher vorgelegten Untersuchungsergebnisse und die z. Z. laufenden Forschungsarbeiten seitens der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) verwiesen.

Die Verwaltung bedauert, daß dem Wunsche zur Diskussion nicht nachgekommen wird und zeigt wenig Verständnis für die Haltung des BMFT. In Anbetracht der Tatsache, daß den Mitgliedern des Umweltausschusses am 11. 4. 1984 die Möglichkeit genommen ist, strittige Fragen mit den beteiligten Stellen gemeinsam zu erörtern und den vorhandenen Informationsbedarf abzudecken, sah sich die Verwaltung außerstande, die Einladung an die Gruppe Ökologie aufrechtzuerhalten. Sie wurde - nach Rücksprache mit dem Ausschußvorsitzenden - kurzfristig ausgeladen.

Die Verwaltung ist dennoch der Meinung, daß in den nächsten Monaten die unterschiedlichsten Auffassungen im Umweltausschuß ausführlich diskutiert werden sollten, damit Verwaltung und Selbstverwaltung die notwendigen Informationen erhalten, um ihre Meinungsbildung vervollständigen zu können.

Die Verwaltung wird in diesem Sinne auf die zuständigen Stellen einwirken und versuchen, einen neuen Diskussionstermin zu finden.

Um Kenntnismahme wird gebeten.



Der Bundesminister für Forschung und Technologie

316 - 5555 - 62 - 6/84

Geschäftszeichen

Tel. (0228)

Datum

28.03.1984

2.4.84

010

An den
Oberstadtdirektor
Rathaus

3320 Salzgitter 1

Betr.: GSF-Abschlußbericht Konrad

Bezug: Ihr Schreiben an die GSF vom 16.03.1984

Sehr geehrter

die GSF hat mir Ihr o. g. Schreiben zugeleitet, mit dem Sie Vertreter der GSF zu einer Umweltausschußsitzung des Rates der Stadt Salzgitter am 11.04.1984 einladen. Geplant ist eine Diskussion über den GSF-Abschlußbericht zu den Eignungsuntersuchungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schachtanlage Konrad und die von Ihnen in Auftrag gegebene Öko-Studie zum Bericht der GSF.

Hinsichtlich der Diskussion von Ergebnissen der Eignungsuntersuchungen erinnere ich daran, daß die GSF in der Vergangenheit mehrfach auf meine Veranlassung hin sowohl dem Rat der Stadt als auch der interessierten Öffentlichkeit im Rahmen von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zur Verfügung gestanden hat. Nach Abschluß der Eignungsuntersuchungen habe ich zuletzt am 23.09.1982 in der Schule am Vredenbergr eine Veranstaltung durch die Informationsstelle des Bundes zur Nuklearen Entsorgung ausrichten lassen. Danach haben auf meine Zusage hin am 13.09.1983 Vertreter der GSF, des KfK und von PSE in Ihrem Hause Gespräche mit der Gruppe Ökologie geführt.

...

Nach Abschluß der Eignungsuntersuchungen der GSF hat die PTB die Federführung für das Projekt Konrad übernommen und am 31.08.1982 bei der zuständigen Behörde des Landes Niedersachsen das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Mir ist bekannt, daß die PTB noch am 14.03.1984 vor dem Umweltausschuß über ihr Vorgehen und die zwischenzeitlich erzielten Ergebnisse anhand der Kurzfassung des Planes Konrad berichtet hat, der auch die Ergebnisse der GSF-Untersuchungen einschließt. Insofern halte ich es nicht für sinnvoll, noch einmal über den Stand des Projektes Konrad, wie er sich bei Abschluß der Eignungsuntersuchungen vor nunmehr zwei Jahren darstellte, zu diskutieren und halte dementsprechend die Anwesenheit der GSF bei der Besprechung des Öko-Berichts für entbehrlich.

Im übrigen verweise ich auf die Stellungnahme des Bundes zu den bisherigen Untersuchungen der GSF, den laufenden Arbeiten der PTB und dem Bericht der Gruppe Ökologie, der Ihnen von [REDACTED] mit Schreiben vom 26.03.1984 übersandt wurde.

Sollte jedoch ein Informationsbedarf im Hinblick auf die von mir geförderten F+E-Arbeiten in der Schachtanlage Konrad bestehen, werden den interessierten Mitgliedern des Umweltausschusses jederzeit entsprechende Erläuterungen gegeben werden können. Dafür bieten sich m. E. vorzugsweise die Räumlichkeiten der Gemeinsamen Informationsstelle von Bund und Land in Salzgitter an, die ich dem Umweltausschuß auch gerne für Besprechungen über den aktuellen Stand der Arbeiten der PTB und den für sie tätigen Organisationen BGR, GSF, DBE usw. zur Verfügung stelle. In diesem Fall bitte ich um Ihre Terminvorschläge.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[REDACTED]

000019

Arbeitskreis gegen Atomenergie – Braunschweig

Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig · Telefon 0531-332914

AK gegen Atomenergie · Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig

Dieser Brief ist von:



Braunschweig, 11.04.84

P R E S S E M I T T E I L U N G

AKW-Gegner: "Wir hätten's wissen müssen"

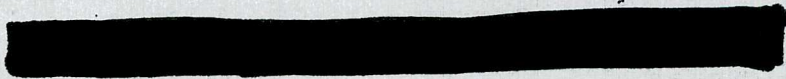
BMFT ließ kritische Kontroverse über Schacht KONRAD platzen!

"Wir waren beschämend naiv bis zur Lächerlichkeit, als wir noch Ende letzter Woche glaubten, daß die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) sich einer kontroversen Diskussion über die Eignung von Schacht KONRAD als Atommüllendlager mit der Gruppe Ökologie (GÖK) im Umweltausschuß der Stadt Salzgitter stellen würde". So äußerten sich am Mittwoch Mitglieder des Arbeitskreises gegen Atomenergie Braunschweig.

Noch Ende letzter Woche hatte der Arbeitskreis in einer Presseinformation das Vorhaben des Umweltausschusses begrüßt, sich auf Grundlage einer kontroversen, wissenschaftlichen Diskussion eine eigene Meinung zu bilden. Der Bundesforschungsminister (BMFT) machte den Kommunalvertretern einen Strich durch die Rechnung: Die GSF erhielt kurzerhand Auftrittsverbot.

Die Politik des BMFT gleicht frappierend dem "Zwiedenken", das G. Orwell in seinem Roman 1984 beschreibt: Einerseits behauptet das BMFT mit absoluter Sicherheit, die Entsorgung sei mit KONRAD gesichert. Andererseits ist es aber nicht bereit – und wir meinen, auch nicht in der Lage –, dies an jedem Ort zu jeder Zeit zu beweisen.

Als Bürgerinitiativen Schacht KONRAD zum öffentlichen Thema machten und 1981 und 82 zu zwei Podiumsdiskussionen einluden (die GSF hatte bereits 5 Jahre geforscht), kniffen BMFT, GSF und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB). Bereitschaft zu einer scheinbaren Kontroverse zeigte das BMFT im Juni 82, als es die GÖK zu einer Podiumsdiskussion über den Endbericht der GSF einlud. Einziger Fehler: Der Endbericht lag erst wenige Tage vor, die GÖK hatte keine Zeit sich intensiv einzuarbeiten.



Jetzt, wo mit dem Gutachten der GÖK eine umfassende Kritik am Endbericht der GSF vorliegt, und eine annähernd gleichberechtigte, wissenschaftliche Diskussion möglich wäre, ist das BMFT nicht mehr bereit, die Eignungsaussage der GSF zu KONRAD öffentlich auf die Probe zu stellen.

Wir können daraus nur schließen, daß es mit der Belastbarkeit dieser Eignungsaussage, auf der die Bundesregierung im Entsorgungsbericht vom 30. August 1983 aufbaut, nicht weit her ist.

Wir begrüßen daher den Beschluß des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter vom 11. April 1984, ihre Meinungsbildung weiterhin vom Zustandekommen einer öffentlichen Diskussion zwischen GSF und GÖK abhängig zu machen. "Nur im Streit der unterschiedlichen, wissenschaftlichen Positionen können wir uns als Laien eine Meinung darüber bilden, wo die Juckepunkte bei KONRAD liegen", hieß es dazu im Umweltausschuß.

Die entsprechende Umweltausschußsitzung soll örtlich und zeitlich so stattfinden, daß auch interessierte Berufstätige daran teilnehmen können.

Der BRAUNSCHWEIGER ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE

- stellt fest, daß bereits eine Teilbegutachtung durch die GRUPPE ÖKOLOGIE die Eignungsaussage der GSF offenbar schwer erschüttert hat und
- fordert deshalb vom BMFT die Beauftragung eines unabhängigen Instituts (z.B. der GRUPPE ÖKOLOGIE) mit einer umfassenden, das Planfeststellungsverfahren begleitenden Zweitbegutachtung.

Wir bezweifeln indes angesichts des heutigen Verhaltens des BMFT, daß es noch viele Menschen gibt, die daran glauben, daß das Planfeststellungsverfahren ein Wahrheitsfindungsprozeß mit Mitwirkungsmöglichkeiten und offenem Ausgang ist. Der Stadt Salzgitter empfehlen wir, insbesondere auf Grund unserer eigenen Erfahrungen, die Mitwirkungsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung und ihrer kommunalen Vertretungsorgane nicht zu überschätzen.

Der BRAUNSCHWEIGER ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE wird gemeinsam mit anderen Gruppen noch in diesem Monat in hoher Auflage eine Broschüre zum GÖK-Gutachten herausgeben.

11. April 1984

Diskussion über Schacht Konrad findet nicht statt

gr. Salzgitter

Der Umweltausschuß der Stadt Salzgitter muß auf eine für heute vorgesehene Informationsveranstaltung über den Stand der Planungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schachtanlage Konrad verzichten. Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber verhinderte die Diskussion zum Abschlußbericht der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) und dem Gutachten der Gruppe Ökologie und sagte kurzerhand für die GSF-Vertreter ab. In einem Brief ließ der Minister der Stadt mitteilen, daß er es nicht für sinnvoll halte, noch einmal über den bereits zwei Jahre alten Abschlußbericht der GSF zu diskutieren. Der Minister hält deshalb auch die Anwesenheit von GSF-Vertretern bei einer Besprechung des Öko-Berichts für entbehrlich.

Riesenhuber verweist weiterhin darauf, daß mittlerweile die Pysikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig die Federführung für das Projekt Konrad übernommen habe. Bei der Stadtverwaltung stößt die Haltung des Ministers, so eine erste Stellungnahme, auf Unverständnis. Oberstadtdirektor Hendrik Gröttrup hat nun in Abstimmung mit dem Umweltausschuß der Stadt die Vertreter der Gruppe Ökologie wieder eingeladen, da die Ratsmitglieder sich nicht nur einseitig informieren wollen.

Physikalisch-Technische Bundesanstalt

Braunschweig und Berlin

Physikalisch-Technische Bundesanstalt · Postfach 3345 · D-3300 Braunschweig

BUND
Postfach 11 06

3000 Hannover 1

13. APR. 1987

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

vom 26.05.87

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

☎ (0531)

592-

oder 592-0

Braunschweig,

09.04.1987

Betreff:

Anhörung zum geplanten Endlager für radioaktive Abfälle im ehemaligen
Eisenerzbergwerk Konrad

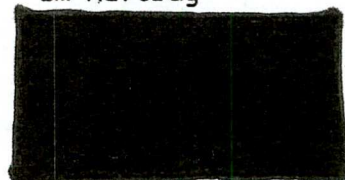
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß wir an der von Ihnen geplanten Veranstaltung mit Bürgern, Politikern und Verwaltungen nicht teilnehmen können. Nach den verfahrensrechtlichen Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes (§ 72 ff. VwVerfG) werden von der Planfeststellungsbehörde die Einwendungen von Personen und die Stellungnahmen von Behörden zu dem von der PTB vorgelegten Plan mit den Einwendern, Betroffenen und Behörden sowie der PTB erörtert. In diesem Erörterungstermin sind alle für die Entscheidung der Planfeststellungsbehörde erheblichen Gesichtspunkte zu klären und festzustellen, darüber hinaus ist ein Ausgleich aller in Frage stehender öffentlichen und privaten Interessen vorzunehmen.

Es erscheint uns wenig zweckmäßig, außerhalb dieser verfahrensrechtlichen Regelungen bestimmte Erörterungen zu Einzelfragen des Plans Konrad zu führen.

Selbstverständlich sind wir aber gern bereit, Sie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit umfassend über das von uns geplante Vorhaben zu unterrichten. Sofern Sie hieran Interesse haben, bitten wir Sie wegen einer Terminabsprache mit dem Unterzeichnenden Kontakt aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



4.83

V15-600 000

Sitz der PTB
3300 Braunschweig u. 1000 Berlin 10
Bundesallee 100 Abbestraße 2-12

Frachtgut
Braunschweig-Hgbf

Expreßgut
Braunschweig-Hbf

Telex
9-52 822 (ptb d)

Telegramme
Bundesphysik
Braunschweig

Konto
Norddeutsche Landesbank Braunschweig
Konto-Nr. 1615 400 (BLZ 270 500 00)

Auch nach Vortrag bleibt bei vielen Angst und Beklemmung

Erwachsenenbildungswerk: Informationen zu Schacht Konrad

Der Informationsabend, den der Kreis junger Frauen der katholischen Kirchengemeinde St. Joseph im Rahmen des Erwachsenenbildungswerkes veranstaltete, machte deutlich, wie groß die Bedenken, die Sorgen und die Gefühle der Angst wegen der geplanten Einlagerung von radioaktiven Abfällen in der Schachtanlage Konrad sind. Krista Raupach, die vom Kreis junger Frauen den Vortrags- und Diskussionsabend leitete, betonte die Verantwortung, die die Christen für die Erhaltung der Schöpfung tragen. Ein solches Vorhaben, das sich wie die vorgesehene Errichtung des Endlagers „auf uns selbst, auf unsere Kinder, Enkelkinder und deren Nachkommen“ auswirke, müsse genauestens geprüft werden, bevor es entschieden werde.

In seinem Vortrag stellte Dr. Eckhart Viehl von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig (PTB) dar, daß das ehemalige Erzbergwerk Konrad geeignet wäre, den Großteil (95 Prozent) der in der Bundesrepublik anfallenden radioaktiven Abfälle aufzunehmen und sicher aufzubewahren. Ausgenommen wäre derjenige Atommüll, der starke Wärmeentwicklung zeige. Bei einem reibungslosen Planfeststellungsverfahren könnte nach seinen Worten 1991 die Atommüll-einlagerung beginnen. 40 Jahre würde die Betriebszeit dauern, nach 10 000 Jahren könnte das mit dem Atommüll verbundene Strahlenrisiko abgeklungen sein.

der Stadt einigen, da Salzgitter erhebliche Möglichkeiten habe, massiv in das Verfahren einzugreifen. Ku-

Zahlreiche Fragen der Zuhörer brachten deren Zweifel an der Eignung von Schacht Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zum Ausdruck. Trotz der klaren Feststellung des Wissenschaftlers, seiner Aussagen über Forschungsergebnisse, vorgesehene Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen und über zugesagte Mengengrenzungen blieben offensichtlich die Empfindungen des Bedrohtsein und der Beklemmung.

Auf die wiederholten Fragen nach dem Sicherheitsrisiko des Transportweges sagte Dr. Viehl: „Ich gehe davon aus, daß wir einen Weg finden werden, der allen Interessen gerecht wird.“ Die Transportanbindung werde voraussichtlich nicht durch den Ort erfolgen. Auf jeden Fall wolle sich die PTB mit

Gemeindeverbandsvorsitzender Kramer:

„Technikgläubigkeit und Angstmache sind falsch“

CDU lud zur Informationsveranstaltung über Schacht Konrad ein

Barbecke. „Der Großraum Salzgitter-Vechelde-Lengede bestimmt maßgeblich die Zukunft der bundesrepublikanischen Energiepolitik mit. Deshalb darf hier weder unter Angstmache noch unter blinder Technikgläubigkeit gehandelt werden.“ Mit diesen Worten umriß der CDU-Gemeindeverbandsvorsitzende Michael Kramer die Tragweite der Entscheidung um die Einrichtung des Schachtes Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle. Rund 60 interessierte Zuhörer aus allen Ortschaften der Gemeinde und darüber hinaus waren zum Vortrag von Dr. Eckart Viehl von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) aus Braunschweig in das Dorfgemeinschaftshaus nach Barbecke gekommen, um sich zu den aktuellen Diskussionen in dieser Frage zu informieren.

„Wartungsfreie, zeitlich unbefristete und sichere Beseitigung von radioaktivem Abfall ohne beabsichtigte Rückholbarkeit“, so formulierte der promovierte Physiker Viehl das oberste Ziel der Endlagerung für den Schacht Konrad und führte den Besuchern zu allen möglichen Forderungen die entsprechenden Pläne der PTB vor.

In den trockenen und durch eine Korallengesteinsschicht sehr standfesten Hohlräumen, die vor rund 150 Millionen Jahren entstanden sind, sollen insgesamt etwa 650 000 Kubikmeter schwach radioaktiver Abfall eingelagert werden. Der Referent führte anhand von Lichtbildern die Container als vorgesehene Verpackungsbehälter vor und erklärte die strengen Sicherheitserfordernisse. „Ein Sturz aus neun Meter Höhe auf eine Stahlplatte muß der Behälter ohne Beschädigungen überstehen, was nie vorkommen kann, denn das Maximum wären vier Meter“, betonte Dr. Viehl und wies damit auf die Überschreitung von Maximalforderungen sowie Unterschreitung von Minimalgrenzwerten bei Untersuchungen hin.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion zum Problem Wärmeentwicklung ein. Eckart Viehl erläuterte, daß

im Schacht Konrad die Temperatur an den Schachtwänden durch die Einlagerung in rund tausend Meter Tiefe um nicht mehr als drei Grad steigen darf. In diesem Zusammenhang erklärte er, daß in eintausend Kubikmetern Abfall verteilt etwa ein Kilogramm Plutonium enthalten ist. „Ohne die Gefahr des Plutoniums zu verharmlosen, besteht die größere Gefährlichkeit jedoch im Chlor und Jod“, meinte Dr. Viehl.

Die zum Teil kritischen Zuhörer stellten in der Diskussion Fragen zu einem eventuellen Vulkanausbruch, Erdbeben, Abluft- und Abwasserstrahlung, Explosionsgefahren sowie der angestrebten Verschrottung von Atomraketen. Die Unabhängigkeit der PTB war ebenso Thema wie der Wertausgleich für Grundstücke bei fallenden Preisen und ob die Anlage zu erhöhter Krankheit in der Bevölkerung führen könne.

Die Materie sei viel zu kompliziert, um nach etwas Information kompetent zu sein, meinte CDU-Vorsitzender Michael Kramer und forderte alle Interessierten an diesem Thema auf, sich an den öffentlichen Gemeinderatssitzungen zu beteiligen, in der weitere Fachleute kontrovers zu diesem Thema Stellung nehmen werden.

- P R E S S E E R K L Ä R U N G -

Schacht Konrad: Forschungsministerium verhindert wissenschaftliche
pro-kontra-Diskussion

Für den 11.4.84 hat der Unterausschuß der Stadt Salzgitter sowohl Vertreter der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) als auch Vertreter der Gruppe Ökologie (GÖK), die im Auftrag der Stadt Salzgitter ein Gutachten zum Abschlußbericht der GSF erarbeitet hat, zu einer Diskussion eingeladen. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) hält jedoch laut Schreiben an die Stadt Salzgitter eine solche Diskussion unter Verweis auf die zur Zeit laufenden Forschungsarbeiten der Physikalisch-technischen Bundesanstalt (PTB) zu Konrad für nicht sinnvoll und deshalb die Anwesenheit der GSF am 11.4. für entbehrlich.

Die Bearbeiter des Gutachtens der GÖK bedauern diese Vorgehensweise des BMFT und möchten in dem Zusammenhang auf folgendes hinweisen:

1. Die Ergebnisse der Eignungsuntersuchung der GSF haben von ihrer grundlegenden Bedeutung nichts verloren.

So stellt die Bundesregierung in ihrem Entsorgungsbericht vom 24.8.83 fest, daß die Untersuchungen der GSF die Eignung von Schacht Konrad festgestellt hätten. Die Diskrepanz zwischen dieser Bewertung des Abschlußberichtes der GSF durch die Bundesregierung einerseits und der Feststellung der PTB andererseits, der GSF-Abschlußbericht sei durch die laufenden Untersuchungsarbeiten überholt, bleibt unverständlich. Es drängt sich hier der Gedanke auf, daß mit zweierlei Maß gemessen wird: wenn der Abschlußbericht der GSF den politischen Stellen als Argumentationshilfe dienen kann, wird er als solche bereitwillig herangezogen; wenn hingegen die kritische Beurteilung des GSF-Abschlußberichtes durch die GÖK öffentlich zur Sprache kommt bzw. kommen soll, wird darauf hingewiesen, daß der Abschlußbericht der GSF für die Beurteilung der Eignung von Konrad praktisch keine Bedeutung mehr haben soll.

Darüberhinaus aber scheint der Abschlußbericht der GSF aber dennoch auch für die PTB von Bedeutung zu sein, denn in ihrem Plan "Endlager für radioaktive Abfälle - Kurzfassung- Schachtanlage Konrad" vom Oktober 1983 führt sie aus, daß das Planfeststellungsverfahren auf der Basis des GSF-Abschlußberichtes eingeleitet worden ist. Allein daraus wird klar, daß der Abschlußbericht der GSF die Grundlage für alle folgenden Arbeiten bildet - es wäre auch unverständlich, wenn die mit einem Kostenaufwand von 70 Millionen DM über 7 Jahre hinweg betriebenen Forschungsarbeiten der GSF sang- und klanglos in der Schublade verschwinden würden.

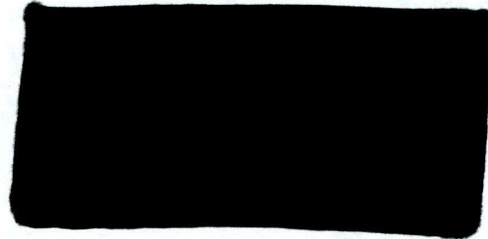
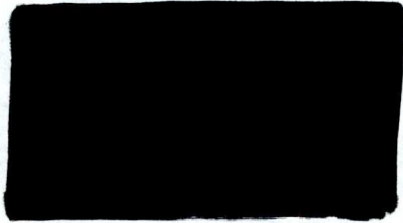
2. Die von der PTB am 8.3.84 gegebene Stellungnahme zum Gutachten der GÖK zeigt, daß die PTB dem Großteil der von der GÖK vorgebrachten Kritik am Abschlußbericht der GSF zustimmt. Jedoch muß die Aussage der PTB, das Gutachten der GÖK enthalte keine Aspekte, die von der PTB nicht bereits erkannt bzw. erarbeitet wurden oder werden, weitgehend als unbewiesene Zweckbehauptung gelten. Die von der PTB bestätigten Kritikpunkte am Abschlußbericht der GSF wurden von der GÖK als Erster bereits im November 1983 veröffentlicht. Es bleibt offen, ob bzw. inwieweit die offiziellen Stellen die Probleme ohne diese "Nachhilfe" erkannt und öffentlich gemacht hätten.

Insgesamt zeigen die Vorgänge um das GÖK-Gutachten zweierlei: zum Einen die Art

und Weise, wie von offizieller und verantwortlicher Seite aus Forschungsergebnisse je nach Bedarf mit verschiedenem Maß gemessen werden; zum Zweiten ist dieser Vorgang eine klare Bestätigung dafür, wie wichtig die unabhängige Begutachtung offizieller Forschungsergebnisse ist.

Hannover, 9.4.84

Für die Bearbeiter des Gutachtens der GÖK:



000024



Mit von der Partie bei der Golden Oldie Night in Salzgitter-Bad: Dave Dee, Dozy, Leaky, Mick and Tich.

Golden Oldies in Salzgitter

Den Zungenbrecher „Dave, Dee, Dozy, Beaky, Mick and Tich“ konnte Mitte/Ende der sechziger Jahre jeder Heranwachsende flüssig aufsagen. Dahinter verbarg sich – neben den Beatles, den Rolling Stones, den Beach Boys, den Kings und der Spencer Davis Group – eine der besten und populärsten Beat-Bands jener Zeit.

„Hideaway“, „Bend It“, „Zabadak“, oder „Save Me“ waren Hits, die in jeder Diskothek und auf jeder Radiowelle immer wieder gespielt wurden. Jetzt können die 30- bis 40-jährigen, aber nicht nur sie, den Rhythmus und das musikalische Feeling der sechziger Jahre wiedererleben. Dave Dee & Co. treten in Salzgitter-Bad auf. Aber das ist noch nicht alles.

Während einer großen „Golden Oldie Night“ sind noch zwei weitere legendäre Spitzenbands der Sechziger zu hören und zu sehen: „The Tremeloes“ spielen ihre großen Hits „Here Comes My Baby“ und „Silence Is Golden“ und die schottische Band „Marmalade“ präsentiert „Lovin' Things“, „Baby Make It Soon“ und viele weitere bekannte Stücke. Es wird wohl ein Fest werden für alle Freunde dieses Sounds.

Die Kleinkunstbühne Salzgitter-Bad sorgt mit dieser Veranstaltung wieder einmal für etwas Abwechslung im Konzertangebot in Salzgitter.

Die „Golden Oldie Night“ findet am Sonntag, 20. Mai, um 20 Uhr im Festzelt des Schützenfestes in Salzgitter-Bad statt. Der Kartenvorverkauf hat bereits begonnen.

Gröttrup schreibt Riesenhuber:

Kein Verständnis für Absage der Konrad-Diskussion

Mit einem Schreiben an den Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT), Dr. Heinz Riesenhuber, hat jetzt Oberstadtdirektor Dr. Hendrik Gröttrup Unverständnis geäußert über die Entscheidung des Ministeriums, zu einer geplanten Diskussionsveranstaltung über Schacht Konrad keine Vertreter der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung

(GSF) zu entsenden. Dr. Gröttrup macht in seinem Brief deutlich, daß diese Auffassung in den politischen Gremien und in weiten Teilen der Bevölkerung Kritik an der Verfahrensweise des BMFT und der für Schacht Konrad zuständigen Stellen hervorgerufen habe. Diese Kritik werde von ihm geteilt.

In seinem Brief an Dr. Riesenhuber unterstreicht Dr. Gröttrup die Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärung und Information der Öffentlichkeit sowie eine sachliche, wenn auch kontrovers geführte Diskussion in den politischen Gremien, durch die Vorurteile und noch vorhandene Informationsdefizite abgebaut werden könnten.

Die mangelnde Bereitschaft des Ministeriums, der GSF und wohl auch der Physikalisch-technischen Bundesanstalt (PTB) die Teilnahme an weiteren Diskussionen über den GSF-Abschlußbericht und die von der Stadt Salzgitter in Auftrag gegebene Studie des Öko-Instituts zu gestatten, könne und werde als Versuch angesehen, die Diskussion des Pro und Contra zu unterbinden.

Der Oberstadtdirektor hebt in seinem Brief hervor, daß Umweltausschuß und Verwaltungsausschuß, der in seiner jüngsten Sitzung von diesem Schreiben Kenntnis nahm, ihren Wunsch zur Durchführung einer Diskussionsveranstaltung nochmals bekräftigt haben. Die strittigen

renden Fragen und Problembe- reiche müßten danach mit den Vertretern aller beteiligten und interessierten Stellen offen und vorbehaltlos erörtert werden können.

„Ich bitte Sie daher“, schließt Dr. Gröttrup, „die GSF und/oder die PTB anzuweisen, der Einladung des Umweltausschusses zur Diskussion des GSF-Abschlußberichtes und der Öko-Studie zum nächstmöglichen Zeitpunkt Folge zu leisten und auch für alle künftigen Informationswünsche und -veranstaltungen (auch bei Anwesenheit von Vertretern des Öko-Instituts oder anderer von der Stadt benannter Sachverständiger) zur Verfügung zu stellen.“ Die Stadt Salzgitter sei – solange ihren Informationsbedürfnissen nicht voll Rechnung getragen werde – nicht imstande, sich im Planfeststellungsverfahren zur Sache zu äußern. Über den Inhalt dieses Briefes wurde auch der Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Haselmann, als zuständige Planfeststellungsbehörde unterrichtet.

Kenntnis nahm der Verwal-

tungsausschuß ferner von einer Ergänzungsvorlage über die Unterrichtung durch den Niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten zum Planfeststellungsverfahren für die Errichtung und den Betrieb der Schachanlage Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle. Beruhend auf einer längeren Aussprache in der letzten Sitzung des Umweltausschusses sieht sich die Stadt danach aufgrund der Weigerung des BMFT, eine Diskussion zwischen GSF und Öko-Institut in diesem Gremium zu ermöglichen, nicht in der Lage, eine Stellungnahme im Verlauf des Verfahrens abzugeben.

Das Ministerium wird gebeten, die Stadt in ihren Bemühungen um eine sachgerechte Diskussion zu unterstützen. Dabei wird eine Diskussion zwischen der PTB und der Gruppe Ökologie im Umweltausschuß zu einzelnen Sachfragen und Themengruppen für notwendig gehalten. Darüber hinaus ergaben sich im Verwaltungsausschuß weitere Anregungen zur Erweiterung des Kreises der Institutionen und Organisationen, die im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zu beteiligen wären.

Neuer Ausschuß soll die Sportspenden verteilen

Das Amt für Sport und Freizeit der Stadt ist jetzt vom Verwaltungsausschuß beauftragt worden, mit dem Kreissportbund eine Vereinbarung über die Bildung eines paritätisch besetzten Ausschusses zur Vergabe von Spenden zur Förderung des Sports in Salzgitter, seine Geschäftsführung und das Verteilungsverfahren von Spenden einzurichten.

Die Fraktionen des Rates benannten für dieses Gremium als ihre Mitglieder den Vorsitzenden des Ausschusses für Sport und Freizeit, Norbert Bürgel (CDU) sowie dessen Stellvertreter Georg Obst (SPD). Drittes Mitglied ist der Leiter des Amtes für Sport und Freizeit, Detlef Gleichfeld. Die Geschäftsführung für den Ausschuß übernimmt die Stadt.

Die Initiative zur Gründung eines Vereins zur Förderung des Sports in Salzgitter hat bisher keine breite Resonanz gefunden.

400 Firmen und Personen in der Stadt, als Mitglied beizutreten oder zu spenden, sind nur wenige gefolgt. Lediglich zehn Einwohner waren zu einer Mitgliedschaft bereit, sieben würden Mitglied werden und gleichzeitig spenden, während 12 weitere eine Spendenneigung signalisierten.

Nach Auffassung der Stadt reicht zwar das Resultat nicht zur Gründung eines Vereins, jedoch sollte die Bereitschaft zur finan-

Bundesliga in Salzgitter

Bundesligaprominenz kommt am nächsten Sonntag nach Salzgitter. In einem Freundschaftsspiel tritt die Elf der Düsseldorfer Fortuna gegen die Sportfreunde Salzgitter an. Der Vorverkauf läuft bereits.

Zur Einweihung des neuen Vereinsheims der Fußballsparte haben sich die Sportfreunde Salzgitter einen tollen Publikumsrenner an Land gezogen. Nach langen Verhandlungen konnten sie Fortuna Düsseldorf zu einem Freundschaftsspiel verpflichten.

wird gleich freun- die an wird, schw

Kar spiel kauf der S Getra bei S Schu ware der

DB-

N Te

Am h sich die von ihre 18 Uhr sche E kehrsbe und d schaft 4 wechslu um den

Falls auf den mitfahr wagen t sich die dem Ge gung in Erzbahn lassen.

Nebe Ausstel Verant auch di ren So

Arbeitskreis gegen Atomenergie – Braunschweig

Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig · Telefon 0531-332914

AK gegen Atomenergie · Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig

Dieser Brief ist von:

Braunschweig,
05-April-1984

== P R E S S E I N F O R M A T I O N ==

Stadt Salzgitter macht's möglich:

Endlich kritische Kontroverse über Schacht KONRAD

Von Bürgerinitiativen seit Jahren gefordert, von amtlichen Stellen bisher verweigert, die Stadt Salzgitter als Träger öffentlicher Belange hat es jetzt möglich gemacht:

Am kommenden Mittwoch, den 11. April diskutieren Wissenschaftler der bundeseigenen GESELLSCHAFT FÜR STRAHLEN- UND UMWELTFORSCHUNG, die eine Eignungsaussage für Schacht KONRAD als Atommüllendlager gemacht haben, mit ihren Kritikern von der GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER (GÖK).

Die kritische Kontroverse findet um 15.00 Uhr im Umweltausschuß der Stadt Salzgitter statt. Es ist zu begrüßen, daß die Stadt Salzgitter ihre Aufgabe als Vertretungsorgan der Salzgitteraner Bevölkerung ernst nimmt und beide Seiten anhört und diskutieren läßt. Die Bürgerinitiativen sind an dieser Diskussion sehr interessiert, werden zahlreich vertreten sein und werden sich um eine Fortsetzung der öffentlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung bemühen.

Wir weisen darauf hin, daß die Eignungsaussage der GSF zu Schacht KONRAD im Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom 30. August 1983 einen hohen politischen Stellenwert für die angeblich gesicherte Entsorgung des BRD-Atommülls erhalten hat. Wir halten -dies dürfte bekannt sein- diese Eignungsaussage für sehr fragwürdig. Deshalb bitten wir Sie, an der öffentlichen Umweltausschußsitzung teilzunehmen, sich selbst ein Bild zu machen und adäquat darüber zu berichten.

Zu Ihrer Information fügen wir unkommentiert ein Flugblatt des ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE SALZGITTER bei.



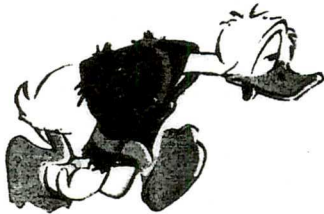
BUNDESMINISTERIUM VERBIETET GSF AUFTRITT IN SALZGITTER

Die Gruppe Ökologie (GÖK) sollte am Mittwoch 11.4.84 gegen die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) im Umweltausschuß der Stadt Salzgitter auftreten, und ihr Gutachten über den Endbericht der GSF vertreten.

Nun hat das Bundesministerium für Forschung u. Technik (BMFT) als Auftraggeber der GSF dieses verboten, an der genannten Gegenüberstellung teilzunehmen.

Bis Oktober 1983 meinte die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) die Eignung des Schacht Konrad als Atommüllendlager bewiesen zu haben.

Auf massiven öffentlichen und politischen Druck hin, ließ die Stadt Salzgitter bei der Gruppe Ökologie Hannover (GÖK) ein bewertendes Gutachten über den Endbericht der GSF erstellen. Auf knapp 400 Seiten wies die GÖK schlampige Untersuchungen, Fehlschlüsse und sogar Rechenfehler im Endbericht der GSF nach.



Dieses Gutachten soll nun in der Versenkung verschwinden !

Der Rest öffentlichen Interesses sollte in einer Umweltausschußsitzung am 11.4.84 befriedigt werden. Man rechnete mit geringem Interesse - das Gutachten sollte klaglos von der offiziellen Bühne verschwinden.

Das Verbot des BMFT, die GSF gegen die GÖK antreten zu lassen, macht die alte Forderung nur noch notwendiger. Wir wollen eine

Öffentliche Veranstaltung der Stadt SZ zum GÖK-Gutachten.



Diese Forderung wird von den grünen Ratsmitgliedern als Antrag eingebracht werden. Wir müssen das mit unserer Anwesenheit unterstützen.

Die Stadt beabsichtigt, einen Antwortbrief an das BMFT zu schicken, in dem sie ihren Unmut über das Verbot ausdrücken will. Auch das sollte von uns unterstützt und verlangt werden.



Die Stadt Salzgitter hat für 70.000 DM Steuergelder den Gegenbeweis über die Eignungsaussage der GSF zu Schacht Konrad bescheinigt bekommen.

Nun wollen wir auch sehen, daß sie bereit ist, daraus Konsequenzen zu ziehen.

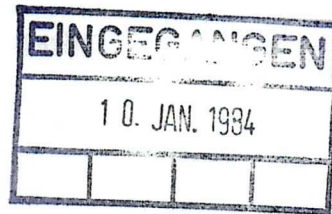
Kommt daher alle zur Umweltausschußsitzung !

Umweltschutzforum
Schacht Konrad, SZ e.V.
Fuldastr. 11
3320 Salzgitter 1

Rathaus

MI 11. 4. 15 00

Hannover, 9.1.84



Stellungnahme zu dem Artikel " GSF bleibt bei Konrad-Bericht " der Braunschweiger Zeitung (Niedersachsen-Teil) vom 22.12.83.

Oben genannter Artikel enthält nach Meinung der Gruppe Ökologie (GÖK) zwei Aussagen, die mißverstanden werden können und deshalb der Klarstellung bedürfen:

1. In dem Gutachten der GÖK ist nirgendwo die Rede davon, Schacht Konrad sei ungeeignet für die Einlagerung radioaktiver Abfälle. Eine solche Eignung bzw. Nichteignung von Schacht Konrad festzustellen, war nicht Aufgabe der GÖK. Aufgabe der GÖK war vielmehr, die Eignungsaussage der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) zu überprüfen. Ergebnis dieser Überprüfung ist, daß die von der GSF gegebene positive Eignungsaussage anhand des GSF-Abschlußberichtes nicht nachgewiesen wird.

2. Der Vorwurf der GSF, die GÖK gehe in ihrem Gutachten nicht über die Kritik an Einzeluntersuchungen hinaus, ist schlichtweg falsch - davon kann sich jeder Leser des GÖK-Gutachtens selbst überzeugen. Vielmehr sind alle Einzelergebnisse der GÖK-Untersuchung in eine zusammenfassende Bewertung (d.h. letztendlich eine "Synthese") eingeflossen.

Den Mitarbeitern an dem Gutachten der GÖK bleibt unverständlich, wie es zu diesen Mißverständnissen - v.a. von Seiten der GSF - kommen konnte.

Für die Mitarbeiter am GÖK-Gutachten

230000

Braunschweiger Zeitung / Niedersachsen Teil
22-Dezember-1983 (also auch
Salzgitter Zeitung)

GSF bleibt bei Konrad-Bericht

SALZGITTER/WOLFENBÜTTEL

(lni) Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) sieht keine Veranlassung, ihren im Mai dieses Jahres veröffentlichten Bericht über die Eignung der Schachtanlage „Konrad“ bei Salzgitter als Atommüll-Endlager zu revidieren. Das sagte am Montag der Leiter der GSF-Gruppe Geologie, Wernt Brewitz, vor Journalisten in Remlingen bei Wolfenbüttel.

Anlaß für seine Äußerung war ein von der Stadt Salzgitter bei der hannoverschen „Gruppe Ökologie“ in Auftrag gegebenes „Gegengutachten“ zum GSF-Bericht, das vor einigen Wochen veröffentlicht wurde. Die Autoren dieses „Gegengutachtens“ — Physiker und Geologen — vertraten im Gegensatz zur GSF die Auffassung, der Schacht Konrad sei als atomares Endlager nicht geeignet. Dazu sagte Brewitz, die „Gruppe Ökologie“ gehe in ihrem Gegengutachten nicht über die Kritik an Einzeluntersuchungen hinaus. Demgegenüber hätten der GSF viele Messungen Ergebnisse geliefert, die das Gesamtsystem berücksichtigten.

000000

- 1 -

Der Kreisverband der Grünen Salzgitter und die Ratsfraktion beschlossen auf ihrer letzten gemeinsamen Sitzung am 20.12. 83 folgende Presseerklärung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Gutachtens der Gruppe Ökologie zum Atommüll in Schacht Konrad:

1.

Das Gutachten der Gruppe Ökologie (GÖK) Hannover beruht auf den Daten des Abschlussberichtes der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) München, eigene Forschungen der Wissenschaftler der GÖK konnten im Schacht nicht durchgeführt werden und waren auch nicht vorgesehen. Die wesentliche Aussage aus der Überprüfung der vorhandenen Daten der GSF durch die GÖK lautet:

DIE EIGNUNGSAUSSAGE DER GSF ZUR EINLAGERUNG VON ATOMMÜLL IN
SCHACHT KONRAD KANN NICHT AUFRECHTERHALTEN WERDEN!

2.

Die Gruppe Ökologie untersucht sechs verschiedene Hauptfragestellungen und kommt zu einer Vielzahl von Unterpunkten, die die Untersuchungsmethoden und die Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen von Messungen der GSF massiv kritisieren und in Frage stellen. Die Grünen werden eine Zusammenfassung in Form einer Broschüre im Januar 1984 vorlegen, die in Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen in Salzgitter und Braunschweig erstellt wird. Aus der Kritik der GÖK werden an die Betreiber der Atommülldeponie und an die Politiker konkrete Forderungen für die Sicherheit der Bevölkerung abgeleitet.

3.

Die Grünen sind der Meinung, daß sich mit der GSF und der GÖK zwei Gruppen von zumindest gleichqualifizierten Wissenschaftlern gegenüberstehen, die zu unterschiedlichen Aussagen bei gleicher Datenlage gekommen sind. Dabei erscheint den Grünen die Polemik sinnlos, daß die Wissenschaftler der GÖK von vornherein zu negativen Aussagen kommen müssen, weil sie Atomkraftgegner sind, denn jeder Atomkraftgegner ist sich der ungeheuren Gefahr bewußt, die von dem vorhandenen Atommüll ausgeht, und er/sie wird für die Abschließung von der BIOSPHÄRE sein ganzes Wissen und Engagement aufbringen, wenn kein neuer Müll mehr produziert wird. Andererseits besteht kein Zweifel über die Sachzwänge, auf seiten der GSF zu einer positiven Aussage kommen zu müssen, da mittlerweile in Schacht Konrad über DM 60 Millionen verpulvert wurden,

um die Eignung nachzuweisen, insgesamt in der Entsorgungsforschung noch weit mehr an Steuergeldern, ohne das international wissenschaftlich haltbare Ergebnisse bislang vorliegen. Sollte aus diesen Forschungen in Konrad oder sonstwo eine Nichteignungsaussage herauskommen, so wäre das für die beteiligten Politiker das Aus ihrer Karriere. Wissenschaftler können heute praktisch alles beweisen. Die Geschichte der Atomtechnologie liest sich wie ein Chronik der Irrtümer, in deren Folge Störfälle auftraten, die vorher von den beteiligten Wissenschaftlern als absolut unmöglich angesehen wurden. Die Wissenschaftler der GSF sind in diesem Zusammenhang keine Ausnahme.

4.

Zwischen beiden Lagern steht als Betroffener die Bevölkerung der Stadt Salzgitter, die nicht nur unter den eventuellen Fehlern der Wissenschaftler zu leiden haben wird, sondern die ihren atomaren Nachweis völliger Sicherheit und Ungefährlichkeit auch noch bezahlen darf. Sowohl die Betreiberseite als auch die Atomkraftgegner nehmen für sich in Anspruch, im Interesse der betroffenen Bevölkerung zu sprechen. Die Grünen fordern die Bevölkerung auf, endlich selbst zu sprechen. Immerhin ist es gelungen, das Gutachten der GÖK gegen die Interessen der Betreiber in Auftrag zu geben. Jetzt muß eine inhaltliche Diskussion mit den Betreibern der Atom Mülldeponie folgen. Die Politiker, die sich für diese Anlage stark machen, müssen ebenso in die Verantwortung genommen werden, wie diejenigen, die noch zaudern, welcher Seite sie sich zuwenden sollen. Insbesondere sind die Gewerkschaften als starke politische Kraft in diesem Raum aufgerufen, sich inhaltlich mit dem Gutachten der Gruppe Ökologie auseinanderzusetzen. Dabei ist den Grünen klar, in welcher Zwangslage sich die Gewerkschaften befinden. Zum einen müssen sie sich gegen den massiven Arbeitsplatzabbau in der Region wehren, zum anderen den betroffenen Arbeitnehmern klarmachen, daß es das Ziel der Betreiber ist, diese Region durch massiven Arbeitsplatzabbau und Verunsicherung für eine atomare Industrie vorzubereiten. Der arbeitslose Kollege ist nur zu schnell bereit, einen Arbeitsplatz mit erhöhtem Gesundheitsrisiko gegen die Arbeitslosigkeit einzutauschen, ein Tausch mit tödlichen Folgen!

5.

Die Grünen fordern daher von der Stadt Salzgitter:

5.1. Die Stadt möge mehrere öffentliche Abendveranstaltungen zwischen den Wissenschaftlern der GÖK und der GSF zum Inhalt beider Gutachten und den daraus resultierenden Forderungen durchführen. Die Komplexität der Inhalte erfordert eine Aufteilung nach Einzelthemen, z.B. radioökologische Fragestellungen u.a. .

5.2. Die Grünen verlangen eine Kompetenzerweiterung des Umweltausschusses mit verstärkter qualitativer Zuarbeit durch eine sachkundige Verwaltung. Der Ausschuß ist permanent über jede neue Forschungsarbeit im Schacht zu unterrichten, er hat diese Informationen an die Öffentlichkeit weiterzugeben, er hat die aus dem GÖK-Gutachten abgeleiteten Widersprüche und Forderungen zu überprüfen und gegebenenfalls durchzusetzen zum Schutze der Betroffenen.

5.3. Die Stadt möge die Gruppe Ökologie als sachkundige Begleitung der Verwaltung und andauernden Forschungsarbeiten der GSF beauftragen, die Kosten sind vom Bund zu tragen, der uns den Müll hier in die Region bringen will.

5.4. Der Rat der Stadt Salzgitter möge sich zu der eindeutigen Aussage durchringen, daß kein Atom Müll in Salzgitter eingelagert wird, ehe nicht die Unstimmigkeiten zwischen der GSF und der GÖK insofern ausgeräumt sind, daß von einer Gefährdung der Betroffenen - auch im Sinne der dem Projekt kritisch Gegenüberstehenden - nicht mehr gesprochen werden kann.

6.

Die Grünen fordern die politisch aktiven Bürger, die bestehenden Verbände und Vereine und alle Interessierten auf, sich das Gutachten der GÖK bei der Stadt Salzgitter, Referat für Öffentlichkeitsarbeit zum Unkostenbeitrag von DM 15,-- zu bestellen und die GÖK und die GSF aufzufordern, sich mit ihnen als Betroffene auseinanderzusetzen, wozu die GÖK jederzeit bereit ist. Die Grünen warnen die Bevölkerung Salzgitters eindringlich davor, die Entscheidung über den Atom Müll den Betreibern und ihren Politikern zu überlassen. Wenn auch bestimmte Politiker darum bitten, nicht negativ über diese Region zu schreiben, damit die Industrie nicht verschreckt werde, so ist doch heute schon sicher, daß Salzgitter als Atomklo nicht den Anziehungseffekt auf Wirtschaft und Touristen haben wird, den diese kurzischtigen Politiker sehen, im Gegenteil, das gilt auch für die landwirtschaftlichen Produkte. Salzgitteraner, wehrt Euch, indem ihr Euch informiert!

Arbeitskreis gegen Atomenergie – Braunschweig

Jasperallee 32, 3300 Braunschweig, Telefon 0531-33 29 14

AK gegen Atomenergie · Jasperallee 32 · 3300 Braunschweig

GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER

Immengarten 31

3000 Hannover

Dieser Brief ist von:

Braunschweig, 26-Dezember-1983

betr.: Stellungnahme der GSF zu Eurem Gutachten

Liebe Freunde,

in der BZ erschien am letzten Donnerstag der
anliegende freche Artikel zu Eurem Gutachten. Dabei erscheinen
mir zwei Sachen besonders schlimm:

1. Die Behauptung Ihr vertrittet die Auffassung KONRAD sei nicht geeignet (eindimensionale Denkfähigkeit von Journalisten ?) und
2. Die Verdrehung der Beziehung zwischen Einzeluntersuchungen und Gesamtsystem. Wenn [REDACTED] das so gesagt hat, ist es frech, wenn's eine Pressedichtung ist, ist es schlicht weg dumm.

Ich fände es sehr sinnvoll, wenn Ihr der Braunschweiger Zeitung,
Hamburger Straße 277 (Pressehaus), 3300 Braunschweig eine kurze
Stellungnahme/Leserbrief in freundlichem Ton schicken würdet, in
dem Ihr auf die kleinen Mißverständnisse hinweist, die dieser Ar-
tikel hervorrufen könnte.

Bitte in 2 Ausfertigungen an -Niedersachsenredaktion
und -Leserbriefredaktion
und natürlich bitte auch an mich.

Liebe Grüße,

P.S.: Wißt Ihr eigentlich, daß es auch KONRAD einen tödlichen Unfall gegeben hat ? - Man munkelt, es habe sich um einen Zusammenstoß von 2 Fahrzeugen gehandelt. **KRAUS**



Arbeitskreis gegen Atomenergie - Braunschweig

- Pressegruppe -

17-11-83

===== P R E S S E E R K L Ä R U N G =====

anlässlich der Präsentation des Bewertungsgutachtens der GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER über die bisherigen Eignungsuntersuchungen der Schachtanlage KONRAD

Der BRAUNSCHWEIGER ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE begrüßt das vorliegende Gutachten der GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER als Grundlage für eine neue Qualität der wissenschaftlichen Diskussion über Schacht KONRAD und die ungelöste Entsorgungsproblematik. Nach diesem konstruktiven Beitrag von kritischer Seite sind nun die Bundesregierung und ihre Wissenschaftler gefordert ihre Blockadepolitik gegenüber der öffentlichen Diskussion zu beenden.

Im einzelnen stellen wir fest:

1. KONRAD-EIGNUNGSAUSSAGE MUSS ZURÜCKGEZOGEN WERDEN !

Die Bundesregierung verkündet über alle Medien, die Entsorgung sei gesichert. Sie verheimlicht, daß sie damit nur die 6-jährige Verwahrung des Atom Mülls meint. Eine für tausende von Jahren absolut sichere und endgültige Beseitigung aber ist nicht gewährleistet.

Das vorliegende Gutachten widerlegt die Hurra-Wissenschaft der Betreiber.

Wir fordern: Die GSF soll die Eignungsaussage für KONRAD zurückziehen !
Die Bundesregierung soll alle sich hierauf stützenden Aussagen widerrufen !

2. ÖFFENTLICHE, KRITISCHE DISKUSSION STATT PROZESSEN UND KRIMINALISIERUNG !

Seit Jahren haben das UMWELTSCHUTZFORUM SALZGITTER und der ARBEITSKREIS GEGEN ATOMENERGIE SALZGITTER ein kritisches Zweitgutachten gefordert. In der breiten, öffentlichen Auseinandersetzung haben sich 1982 immer mehr Gruppen dieser Forderung angeschlossen: Das jetzt vorliegende Gutachten deckt vom Auftragsinhalt und -volumen nur einen Teil unserer Forderung ab. Aber schon dieses Teilgutachten ist wichtig. Es zeigt die Dimension der Verantwortungslosigkeit der bisherigen Untersuchungen. Die Stadt Salzgitter war gut beraten, das Gutachten auch gegen politischen Widerstand in Auftrag zu geben. Sie wäre noch besser beraten, wenn sie den Weg der kritischen Auseinandersetzung konsequent weitergehen würde. Unsere Forderung nach einer umfassenden Begutachtung der Schachtanlage KONRAD durch ein unabhängiges Institut ist nach wie vor nicht vom Tisch.

Es ist bestürzend mit welcher Laxheit die CDU-Salzgitter unliebsame Tatsachen in der Schublade verschwinden lassen will.

Geradezu absurd und grotesk muten auf dem Hintergrund dieses Gutachtens die Welle der Prozesse gegen AKW-Gegner in Salzgitter an. Während das Gutachten die Berechtigung unserer Skrupel bestätigt, hat das Amtsgericht Salzgitter eine ganz eigene Rechtsprechung gegen AKW-Gegner entwickelt. Ganz im Zimmermannschen Sinne soll schon die Teilnahme an einer Demonstration strafbar sein. ('Salzgitter Landrecht' !)

Kontakt:



3. BUNDESREGIERUNG MUSS BLOCKADEPOLITIK AUFGEBEN !

Z.Zt. blockiert die Bundesregierung die öffentliche Auseinandersetzung durch eine rigide Durchsetzungspolitik. Damit muß Schluß sein !
Wir schließen uns einer Forderung aus Lüchow-Dannenberg an, auf einem internationalen, öffentlichen Symposium die weltweiten Erfahrungen in der Entsorgung zusammentragen zu lassen, und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

4. Atomstrom ist teuer, überflüssig und gefährlich. Die Entsorgung ist nicht gesichert. Die realistische und naturnotwendige Forderung der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen ist und bleibt:

- SOFORTIGE ABSCHALTUNG ALLER ATOMANLAGEN !

Wir warnen die Betreiber vor der trügerischen Hoffnung, die Anti-AKW-Bewegung sei nicht mehr existent (s. Zimmermann Entsorgungsdebatte).

- Es gibt nach wie vor Bürgerinitiativen an allen Standorten.
- Es gibt gut funktionierende Beratungsformen der Bürgerinitiativen.
- Die Aufgabe des AKW-Standortes Wyhl ist ein eindrucksvoller Erfolg unserer Bewegung und bestätigt unsere Energieprognose.

Wir werden in der 2.Dezemberwoche einen 'alternativen Entsorgungs'-Sorgenbericht vorlegen.

Aber wenn der Bundesregierung Argumente nicht ausreichen, dann werden große Teile der Bevölkerung und die AKW-Gegner im ganzen Bundesgebiet auch wieder zu machtvollen Demonstrationen ihrer Ablehnung der Atomtechnologie bereit und in der Lage sein. Das ist es, was die Bundesregierung mit ihrem jetzigen Kurs provoziert, und was sie weder mit Lüge und Demagogie noch mit Polizei und Prozessen wird verhindern können.

In SÜDOSTNIEDERSACHSEN werden bestimmende Faktoren für die weitere Entwicklung der Umgang mit dem vorliegenden Gutachten und das weitere Verfahren in der ASSE II sein.

i.A. 

000035

17. November 1983

**PRESSEKONFERENZ ZUR VORSTELLUNG DES GUTACHTENS DER GRUPPE
ÖKOLOGIE ZUR EIGNUNGSUNTERSUCHUNG VON SCHACHT KONRAD DURCH
DIE GESELLSCHAFT FÜR STRAHLEN- UND UMWELTFORSCHUNG (GSF)**

Die Gruppe Ökologie hat im Auftrag der Stadt Salzgitter den Abschlußbericht der GSF zu Schacht Konrad einer detaillierten Prüfung und Bewertung unterzogen. Das Gutachten der Gruppe Ökologie wurde dem Auftraggeber am 31. Oktober 1983 vorgelegt.

Die Gruppe Ökologie konnte die von der GSF festgestellte Eignung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle - auf die sich die Bundesregierung in ihrem Entsorgungsbericht vom 30. August 1983 ausdrücklich berufen hat! - nicht bestätigen.

Begründung:

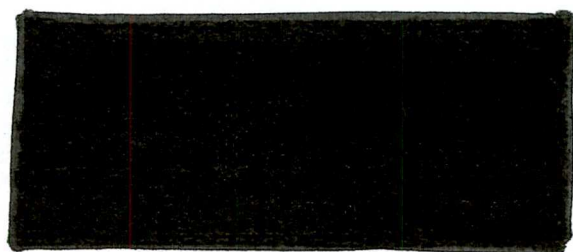
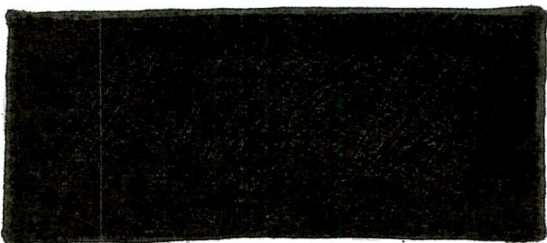
- wegen der Unvollständigkeit der Beschreibung der geologischen Barriere sowie der Unangemessenheit zahlreicher Untersuchungsmethoden und Interpretation ihrer Ergebnisse sind nur punktuell Kenntnisse erarbeitet worden, die über allgemeine, bereits vor Untersuchungsbeginn bekannte Erfahrungen hinausgehen. Wichtige Punkte sind von der GSF nicht geklärt worden (z.B. Möglichkeiten des Wasserzutrittes, Herkunft der in der Grube vorhandenen Wässer, Gebirgsdurchlässigkeit des Erzlagere).
- es ist der GSF nicht gelungen, Vorstellungen darüber zu entwickeln, wie die Wasserbewegung im Grubengebäude heute abläuft oder nach Vollaufen der Grube ablaufen wird. Insbesondere die hydrochemischen Untersuchungen lassen wegen unangemessener Probennahme sowie wegen Vernachlässigung der Fließzeiten keinerlei Aussagen über das Verhalten des Wassers im Gestein bzw. über die Zumischung von Oberflächenwasser zu.
- die Ergebnisse sehr vieler Untersuchungen zur Ermittlung gebirgsmechanischer Kennwerte sind nicht repräsentativ sowohl für das bestehende Grubengebäude als auch für die noch aufzufahrenden Endlagerfelder. Eine vorbehaltlose Übertragung der gewonnenen Werte auf diese Bereiche ist nicht zulässig; dies gilt v.a. wegen der bekannten Inhomogenität des Eisenerzflözes. Des weiteren sind sicherheitsrelevante Problempunkte nicht widerspruchsfrei geklärt worden (v.a. Langzeitverhalten der Konvergenz, Schachtverfüllung).

- Es ist der GSF nicht gelungen, ein klares Bild über die einzu-
lagernden Radionuklide und ihre Mengen zu schaffen. Dies ist je-
doch Voraussetzung für genaue Strahlenschutz- und Sicherheits-
betrachtungen. Schlußfolgerungen über die Langzeitgefährdung durch
das Endlager sind mit den von der GSF gegebenen Daten nicht
möglich.
- bei der Ermittlung der Strahlenexposition des Einlagerungspersonals
sind nicht alle relevanten Belastungsquellen berücksichtigt worden;
weiterhin wird die Abgabe von Radionukliden aus dem Endlager in
die Umgebung bei bestimmungsmäßigem Betrieb nicht auf der Basis
konservativer Abschätzungen ermittelt.
- die Störfallbetrachtungen der GSF für die Betriebsphase sind un-
vollständig; die schlimmsten Fälle werden nicht untersucht (z.B.
Brand im Pufferlager über Tage). Bei den betrachteten Störfällen
wird mit optimistischen Annahmen gerechnet, v.a. in Hinblick auf
die Wahl der Abfallart. Unter realistischen Voraussetzungen werden
in einigen Fällen die gesetzlichen Grenzwerte der Strahlenbe-
lastung z.T. erheblich überschritten.
- die Sicherheitsbetrachtungen der GSF für die Nachbetriebsphase
beruhen z.T. auf fehlerhaften Rechnungen. Wichtige Radionuklide
werden ignoriert. Auch nach dem Schließen der Grube können
gesetzliche Grenzwerte der Radionuklidkonzentration im Grundwasser
u.U. für lange Zeiträume (zehntausende Jahre u. mehr) über-
schritten werden.

Die Gruppe Ökologie stellt zum Abschluß ihrer Begutachtung der
Ergebnisse der Eignungsuntersuchung der GSF zusammenfassend fest,
daß die Eignung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung
von schwachaktiven Abfällen und Stilllegungsabfällen durch die
Untersuchungen der GSF nicht belegt und die kerntechnische Sicher-
heit des Betriebes nicht nachgewiesen werden. Dies gilt ver-
stärkt für andere Arten von radioaktiven Abfällen.

Bei den Untersuchungen der GSF wurden unangemessene Methoden
verwendet, Daten einseitig interpretiert und wichtige Bereiche
nicht untersucht. Nach konservativen Sicherheitsbetrachtungen auf
der Grundlage der Modellrechnungen der GSF sind unzulässige
Radionuklidfreisetzungen aus dem Endlager nicht auszuschließen.

DIE GRUPPE ÖKOLOGIE FORDERT DIE GSF DAHER AUF, IHRE EIGNUNGS-
AUSSAGE ZU WIDERRUFEN. ERST DADURCH WERDEN DIE VORAUSSETZUNGEN
FÜR EINE VORURTEILSFREIE WISSENSCHAFTLICHE DISKUSSION DER
EIGNUNG VON SCHACHT KONRAD GESCHAFFEN.



Das Gutachten der Gruppe Ökologie zum Abschlußbericht der GSF
kann bei der Stadt Salzgitter bezogen werden.

DAS GUTACHTEN DER GRUPPE ÖKOLOGIE:

Welchen Stellenwert hat das Gutachten der Gruppe Ökologie zu Schacht Konrad - wie ist es dazu gekommen, was war der Auftrag? Die Gruppe Ökologie hat diese Punkte in der Einleitung zu ihrem Gutachten wie folgt erläutert:

I.

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbH (GSF) untersuchte von 1975 bis 1982 im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die Eignung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Stilllegungsabfällen.

Im Juni 1982 legte die GSF einen Abschlußbericht vor, der die Beschreibung und Ergebnisse aller im Rahmen der Eignungsprüfung durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und, soweit nach Ansicht der GSF möglich, eine daraus ableitbare Aussage im Hinblick auf die Nutzungsmöglichkeiten und die Sicherheit der Schachanlage Konrad für die Endlagerung beinhaltet. Die GSF kommt darin zu folgendem Schluß:

"Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung stellt zum Abschluß der Eignungsuntersuchungen zusammenfassend fest, daß die Eignung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Stilllegungsabfällen durch die vorliegenden Ergebnisse belegt und die kerntechnische Sicherheit des Betriebes nachgewiesen sind." (S. 21)

Die Bundesregierung hat dieser Eignungsaussage einen hohen politischen Stellenwert verliehen: Ungeachtet des (seit 31. August 1982) vorauss. noch bis 1986 laufenden Planfeststellungsverfahrens beruft sie sich in ihrem Bericht an den Bundestag zur Entsorgung der Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Einrichtungen vom 30. August 1983 auf die Ergebnisse der GSF und stellt fest:

"Die Bundesregierung geht davon aus, daß im Jahre 1988 mit der Einlagerung in der Grube Konrad begonnen werden kann." (S. 10)

In dieser Feststellung drückt sich ein sehr weitgehendes Vertrauen in die Belastbarkeit der Ergebnisse und Schlußfolgerungen der GSF aus.

000000

II.

Die Gruppe Ökologie Hannover wurde am 22. Dezember 1982 von der Stadt Salzgitter beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, das die Prüfung und Bewertung des Abschlußberichtes der GSF vom Juni 1982 zum Inhalt hat.

Die Arbeiten an diesem Gutachten, das hiermit vorgelegt wird, begannen im Januar 1983 und wurden im Oktober 1983 abgeschlossen.

Die Erstellung des Gutachtens durch die Gruppe Ökologie wurde durch verschiedene Faktoren behindert und erschwert. Zu nennen sind vor allem:

1. Aufgrund einer Beanstandung des Modus der Auftragsvergabe durch die Bezirksregierung Braunschweig - ausgelöst von einer Eingabe der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Salzgitter - mußten die Arbeiten vom 23. Februar 1983 bis zum 27. April 1983 praktisch eingestellt werden.
2. Verschiedene, von der GSF erbetene Informationen zur Klärung von im GSF-Abschlußbericht nicht ausreichend dokumentierten Punkten wurden von der GSF überhaupt nicht (z. B. Angaben zur Wasserbilanz) bzw. mit großer Verspätung (z. B. Angaben zu den Ausbreitungsrechnungen) zur Verfügung gestellt.
3. Ein Gespräch zwischen Vertretern der GSF und der Gruppe Ökologie, das die Gruppe Ökologie Anfang Mai 1983 zwecks Abstimmung in verschiedenen Detailpunkten vorgeschlagen hatte, konnte nicht, wie angestrebt, Ende Mai 1983, sondern erst in der Abschlußphase der Bearbeitung, am 13. September 1983, stattfinden. Grund für diese Verzögerung war, daß die GSF eine entsprechende Vorbereitungszeit zu benötigen meinte.

000000

Dennoch war es der Gruppe Ökologie möglich, den Auftrag der Stadt Salzgitter zu erfüllen. Der Abschlußbericht der GSF wurde umfassend geprüft; eine Bewertung wurde durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden in dem vorliegenden Gutachten dargestellt.

Das Gutachten der Gruppe Ökologie gliedert sich in Abschnitte zur Geologie, Gebirgsmechanik und Bergtechnik, Abfalltechnik, Strahlenschutz und Emissionen, sowie Stör- und Unfallbetrachtungen. Wir wollen in der Folge durch eine Zusammenstellung von Zitaten aus der Zusammenfassung des Gutachtens einen Überblick über seinen Inhalt geben:

Bei der Geologie steht vor allem die Frage nach den Grundwasserverhältnissen im Vordergrund. Für die (Un-)Sicherheit des Endlagers ist die Lage von wasserleitenden Schichten (Aquiferen) und solchen mit geringer Durchlässigkeit in seiner Umgebung von entscheidender Bedeutung. Die GSF hat hier sehr ungenau gearbeitet:

Die Beschreibung der Einzelteile der geologischen Barriere am Standort Konrad im GSF-Abschlußbericht ist unvollständig. Das gilt insbesondere für das obere Grundwasserstockwerk und den Hilssandstein, über die von GSF dennoch sicherheitsmäßige Aussagen gemacht werden, aber auch für weitere Aquifere in der Unterkreide (Flammenmergel, Hauterive-Kalkstein) sowie alle Grundwasserstockwerke unterhalb des Korallenoolith-Erzes.

Angaben über Ausdehnung und Lagebeziehungen von Aquiferen und Zwischenschichten fehlen i. a. überhaupt. Stattdessen wird die abdichtende Wirkung der tonigen Kreideserien mit unangemessenen Vergleichen mit entfernt liegenden Erz- oder Erdöllagerstätten beschworen.

Dabei wäre bereits bei der Beschäftigung mit den Lagerungsverhältnissen am Standort deutlich geworden, daß die von GSF sicherheitsmäßig besonders positiv beurteilten smektitreichen Alb-Gesteine nur im Nordabschnitt der Grube eine Schutzfunktion gegen Wasserzutritt in das Endlager von oben wahrnehmen können: Im Süden werden sie von wassergefülltem Hilssandstein unterlagert, der hydraulisch wirksam mit der Oberfläche verbunden ist.

Die GSF hat auch bei den Messungen von Gesteinseigenschaften sehr ungenau und wissenschaftlich unsauber gearbeitet:

Auch Mitteilungen über Ziel und Aussagekraft der angewendeten Methoden sowie Repräsentativität und Zustand der Proben fehlen im GSF-Abschlußbericht weitgehend. Mit Ausnahme der in der Grube aufgeschlossenen Einheiten stammen die Proben aus der Zeit des Schachtabteufens und sind daher wegen Auflockerung oder Verwitterung für die Ermittlung von Eigenschaften, die auch für den Gesteinsverband gültig sind, i. a. ungeeignet. Untersuchungen zur Wasserdurchlässigkeit der Gesteine und zum Sorptionsvermögen gegenüber Radionukliden sind sogar ausschließlich an Proben aus Schacht Konrad 1 durchgeführt worden. Nach welchen Gesichtspunkten die Proben für bestimmte Untersuchungen ausgewählt wurden, wird i. a. nicht mitgeteilt.

Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse erfolgt nicht nach den Gesteinstypen der Schichtfolge geordnet, sondern nach Methoden. Ein Vergleich der Ergebnisse verschiedener Untersuchungsmethoden untereinander und mit petrographischen Eigenschaften ist daher i. a. nicht möglich. Die von GSF aus diesen Ergebnissen gezogenen Schlußfolgerungen sind daher oft nicht nachvollziehbar oder überprüfbar.

Die Überlegungen der GSF zur Wasserbilanz der Grube sind lückenhaft und nicht ausreichend:

Die im GSF-Abschlußbericht enthaltenen Daten lassen keine Aussagen über die aus dem Gebirge in die Grube zutretenden Mengen an Tiefen-Grundwasser zu, weil sich alle meßbaren Mengen aus Grundwasser und Brauchwasser zusammensetzen. Der Anteil von Grundwasser, der die Grube über Klüfte verläßt, ist ebenfalls unbekannt. Versuche, die Neubildungsrate zu bestimmen oder abzuschätzen, hat GSF nicht unternommen.

Die GSF-Aussage, wonach die Grube austrockne, ist unzutreffend. Vielmehr hat sich die durch Pumpen oder mit dem Wetterstrom aus der Grube ausgetragene Wassermenge seit Anfang 1980 nicht mehr verändert. Die von GSF für Mengenschwankungen des in den Pumpensäumpfen anfallenden Wassers genannten Gründe (Nachlassen der Zuflüsse von Spülversatzwasser, zusätzlicher Wasserverbrauch durch Maschinen) können wegen zeitlicher Diskrepanzen zwischen Ursache und Wirkung nicht (allein) zutreffen.

Vorstellungen darüber, wie sich das Wasser heute oder nach Vollaufen der Grube im Grubengebäude bewegt, oder wie lange das Vollaufen der nach Einlagerungsende verbleibenden Hohlräume dauern wird, hat GSF nicht entwickelt. Entsprechende Rechnungen zeigen, daß wegen des langen Sicherstellungszeitraums selbst geringste Zuflußmengen an tiefem Grundwasser von Bedeutung sind.

Im Rahmen der gebirgsmechanischen Untersuchungen hätte die GSF vor allem die Rolle der Konvergenz (d.h. des allmählichen Verschließens der Hohlräume durch Gebirgsdruck) genau untersuchen und deren Zeitverlauf exakt erfassen müssen. Gerade die wichtigsten Punkte hat sie aber vernachlässigt:

240000

Die von der GSF angestellten Untersuchungen und Überlegungen zur Konvergenz sind dadurch gekennzeichnet, daß nirgendwo ein Zusammenhang zwischen der Konvergenz und ihrer Wirkung als Antriebsmechanismus zur Ausbreitung kontaminierten Wassers aus dem möglicherweise abgesoffenen Endlager hergestellt wird. Gerade die Klärung dieses Zusammenhanges stellt den sicherheitsrelevanten Punkt bei diesen Untersuchungen dar. Die GSF hat die Konvergenz offensichtlich allein unter dem Gesichtspunkt der bergmännischen Beherrschbarkeit der Gruben- hohlräume betrachtet; diese ist durch die Erfahrungen bei der betrieblichen Erzgewinnung schon nachgewiesen.

Weiterhin hat die GSF sich bei der Abschätzung des zeitlichen Verlaufs der Konvergenz allein auf Daten gestützt, die aus einem engbegrenzten Bereich des Grubengebäudes stammen (v.a.

Strecke 672). Eine vorbehaltlose Übertragung der dort gewonnenen Ergebnisse auf den übrigen Grubenbereich bzw. auf noch aufzufahrende Einlagerungsfelder ist im Rahmen einer Eignungsuntersuchung nicht statthaft. Darüber hinaus hat die GSF bestimmte Vorgänge, die v. a. nach einem Wasserzutritt in die Grube auf das Konvergenzverhalten einwirken könnten, nicht betrachtet.

Auch die Frage der Schachtverfüllung, eines der wichtigsten bergtechnischen Probleme, ist nicht mit dem nötigen Tiefgang behandelt worden:

Die beiden Schächte des Grubengebäudes (neben den von der GSF nicht ausführlich betrachteten drei im Grubengebäude stehenden Tiefbohrungen) stellen die einzige direkte Wegsamkeit durch die Barriere Deckgebirge dar. Ihre langfristig wirksame wasserdichte und standsichere Verfüllung ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die positive Eignungsaussage.

Dieser entscheidende Sachverhalt ist von der GSF nicht geklärt worden. Das von der GSF vorgestellte Verfüllkonzept besitzt einen rein modellhaften Charakter und kann höchstens als Vorschlag für die Schachtverfüllung angesehen werden. Die GSF hat weder die Verfüllmaterialien spezifiziert, noch beruhen ihre Standsicherheitsberechnungen auf Voraussetzungen, deren Erfüllung nachgewiesen ist. Darüber hinaus hat die GSF sich nicht mit dem Problemkreis der Langzeitsicherheit der verfüllten Schächte beschäftigt (z. B. Einfluß korrosiver Gebirgswässer auf die Schachtverfüllung).

Die Ausführungen zu den einzulagernden Abfällen gehören zu den ungenauesten und schlampigsten Teilen des GSF-Abschlußberichtes. Eine umfassende Beschreibung der Abfälle wird nicht gegeben, weder nach dem Radionuklidgehalt, noch nach den zu erwartenden Mengen an einzelnen Abfallsorten. Die Gruppe Ökologie dazu:

Diese Mängel an Tiefgang und Detaillierung im Abschlußbericht der GSF müssen umso mehr überraschen, als durchaus Daten vorhanden sind, die genauere Bestimmungen von Abfallmengen und Radionuklidinventaren ermöglichen. Im Rahmen der Arbeit an dem vorliegenden Gutachten hat die Gruppe Ökologie das geleistet, wozu die GSF in ihren mehrjährigen Untersuchungen offenbar nicht in der Lage war:

Die einzelnen Abfallarten werden beschrieben; das Radionuklidinventar und sein zeitlicher Verlauf werden angegeben. Darüber hinaus wird für drei mögliche Einlagerungsszenarien (nur schwachaktive Abfälle; schwach- und mittelaktive Abfälle ohne Wiederaufarbeitungsabfälle; schwach- und mittelaktive Abfälle mit Wiederaufarbeitungsabfällen) eine genaue Aufschlüsselung der Zahl der einzulagernden Gebinde nach Abfallart vorgenommen und jeweils ein Gesamtinventar für eine Einlagerungskammer angegeben.

Auch die Betrachtungen der GSF zum Strahlenschutz der Arbeiter sowie der Abgaben von Radionukliden sind unzureichend. Zum Strahlenschutz z.B. stellt die Gruppe Ökologie fest:

Die Ermittlung der Strahlenexposition des Einlagerungspersonals berücksichtigt nicht sämtliche relevanten Belastungsquellen. Der Fall der Hantierung von (nichtentdeckten) beschädigten Gebinden wird nicht betrachtet; die mittlere Oberflächendosisleistung der Gebinde ist u.U. zu niedrig angenommen; die Voraussetzung der GSF, daß der Betriebsablauf störungsfrei ist, ist nicht realistisch. Im GSF-Abschlußbericht wird daher die Strahlenbelastung des Personals möglicherweise unterschätzt.

Bei den Stör- und Unfallbetrachtungen wollte die GSF beweisen, daß unzulässige Aktivitätsfreisetzungen aus dem Endlager nicht stattfinden. Schon vom Ansatz her sind ihre Untersuchungen dazu aber nicht geeignet:

Um diesem Anspruch zu genügen, wäre folgende Vorgehensweise erforderlich gewesen: Am Anfang muß eine Erfassung des gesamten Spektrums möglicher Ereignisse stehen, die zu gegenüber dem Normalbetrieb erhöhten Freisetzungen radioaktiver Stoffe in die Umgebung führen können. Als zweiter Schritt hat eine Auswahl von "abdeckenden" Stör- und Unfällen zu erfolgen; d. h. es sind jene Ereignisse auszuwählen, die zu den schlimmst-möglichen Auswirkungen führen. Dabei ist im einzelnen der Nachweis zu führen, daß diese Fälle in ihren Wirkungen tatsächlich unter keinen Umständen von anderen übertroffen werden können. Schließlich muß eine genaue Untersuchung der ausgewählten Ereignisse folgen, wobei durchgängig von nachweislich konservativen bzw. pessimistischen Annahmen auszugehen ist. Erst wenn sich dabei zeigt, daß in jedem untersuchten Falle unzulässige Auswirkungen ausgeschlossen werden können, ist eine positive Aussage zur Sicherheit möglich.

240000

Die Sicherheitsdiskussion der GSF bleibt weit hinter diesem Standard zurück und kann nicht zur Begründung einer Eignungsaussage herangezogen werden.

So werden z.B. Brände als Risikofaktor von GSF nur in verharmlosender Form diskutiert:

- 2 Die Diskussion des Brandverhaltens der radioaktiven Abfälle ist unvollständig. Für das Szenario "Fahrzeugbrand unter Tage" wurde die Abfallart L441 ausgewählt, obgleich schon bei Betrachtung der Kategorie W441 (gleichfalls schwachaktiv!) erheblich größere Freisetzungen auftreten. Auch für die Bildung radionuklidhaltiger Schwebstoffe und deren teilweise Rückhaltung bei der Ausbreitung durch das Strecken-Schacht-System werden von GSF optimistische Werte eingesetzt.

Eine konservative Betrachtung zeigt, daß bei Brand unter Tage Strahlenbelastungen auftreten können, die um viele Größenordnungen höher liegen als die von GSF berechneten. Auch bei Inhalation in 300 m Entfernung werden die Grenzwerte nach Strahlenschutzverordnung z. T. weit überschritten. Nach offiziellem Sprachgebrauch handelt es sich daher z. T. um Unfälle, und nicht um Störfälle.

Es ist daher für die Umgebung des Endlagers die Erstellung eines Katastrophenplanes (Evakuierungsmaßnahmen usw.) zu fordern.

Ebensowenig kann die GSF die Langzeitsicherheit des Endlagers nachweisen. Die Gruppe Ökologie benennt verschiedene Fehler und Irrtümer, so z.B.:

2 | Bei der Auswahl der bei den Ausbreitungsrechnungen zu betrachtenden Radionuklide wurden wichtige Stoffe (z. B. Jod-129) ignoriert, die z. T. selbst nach den (niedrigen) Inventarannahmen der GSF in nicht vernachlässigbarer Menge vorhanden sind.

Die im GSF-Abschlußbericht am umfangreichsten dokumentierte Modellrechnung (Ausbreitung im Schacht, D5.2.2) enthält einen Umrechnungsfehler, durch den die am oberen Schachtende auftretenden Maximalkonzentrationen stark unterschätzt werden (max. um den Faktor 2000).

In Widerspruch zu den Aussagen der GSF ist auch nicht schlüssig bewiesen, daß diese Rechnungen vom Ansatz her überkonservativ sind und zu Ergebnissen führen, die um einige Größenordnungen zu hoch liegen (ganz abgesehen davon, daß dies z. T. allein durch die Korrektur des genannten Rechenfehlers schon ausgeglichen würde): Die Faktoren, die GSF in ihren Rechnungen nicht berücksichtigt, und die nach ihrer Meinung stark konzentrationsmindernd bzw. ausbreitungshemmend wirken werden, wurden bei den Rechnungen der Gruppe Ökologie z. T. berücksichtigt (Löslichkeitsgrenzen, dichtere Schachtverfüllung), z. T. sind sie unrealistisch (z. B. dichte Dämme, erhöhte Sorption in der Streckenverfüllung).

Es überrascht daher nicht, daß die Ergebnisse der Gruppe Ökologie von denen der GSF etwas abweichen:

Bei sämtlichen betrachteten Radionukliden ergeben sich Überschreitungen der maximal zulässigen Konzentration am oberen Schachtende - in jedem Falle auch bei Annahmen, wie sie auch von der GSF getroffen wurden.

Bei Technetium-99, Jod-129 und Neptunium-237 wird der gesetzliche Grenzwert auch noch bei Ausbreitungsgeschwindigkeiten überschritten, die (z. T. erheblich) unter den von GSF betrachteten Geschwindigkeiten liegen.

Auch für die Nachbetriebsphase kann die GSF somit nicht belegen, daß unzulässige Radionuklidfreisetzungen auszuschließen sind. Konservative Betrachtungen auf der Basis der auch von GSF benutzten Modelle deuten auf das Gegenteil hin.

Die Gruppe Ökologie faßt die Ergebnisse ihrer Bewertung des GSF-Abschlußberichtes wie folgt zusammen:

DIE GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER STELLT ZUM ABSCHLUß IHRER BEGUT-
ACHTUNG DER ERGEBNISSE DER EIGNUNGSUNTERSUCHUNG DER GESELL-
SCHAFT FÜR STRAHLEN- UND UMWELTFORSCHUNG ZUSAMMENFASSEND
FEST, DAß DIE EIGNUNG DER SCHACHTANLAGE KONRAD FÜR DIE ENDLA-
GERUNG VON SCHWACHRADIOAKTIVEN ABFÄLLEN UND STILLEGUNGSABFÄL-
LEN DURCH DIE UNTERSUCHUNGEN DER GSF NICHT BELEGT UND DIE
KERNTÉCHNISCHE SICHERHEIT DES BETRIEBES NICHT NACHGEWIESEN
WERDEN. DIES GILT VERSTÄRKT FÜR ANDERE ARTEN RADIOAKTIVER
ABFÄLLE.

BEI DEN UNTERSUCHUNGEN DER GSF WURDEN UNANGEMESSENE METHODEN
VERWENDET, DATEN EINSEITIG INTERPRETIERT UND WICHTIGE BEREI-
CHE NICHT UNTERSUCHT. NACH KONSERVATIVEN SICHERHEITSBETRACH-
TUNGEN AUF DER GRUNDLAGE DER MODELLRECHNUNGEN DER GSF SIND
UNZULÄSSIGE RADIONUKLIDFREISETZUNGEN AUS DEM ENDLAGER NICHT
AUSZUSCHLIEßEN.

Kritik der geowissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse zum
Eignungsnachweis für die Schachtanlage Konrad

In meinem Referat werde ich mich mit den geowissenschaftlichen Untersuchungen des Abschlußberichtes der GSF beschäftigen und versuchen, die dort vorgestellten Methoden und Ergebnisse einer kritischen Wertung zu unterziehen.

Dabei muß man sich im klaren darüber sein, was im Rahmen dieses Referates überhaupt zu leisten möglich ist. Das Referat kann auf keinen Fall eine umfassende und endgültige Kritik am Abschlußbericht leisten, sondern nur einen ersten Versuch darstellen, Schwachpunkte, Fehler und Ungereimtheiten des Abschlußberichtes aufzudecken. Die Gründe dafür liegen vor allem in der beschränkten Vorbereitungszeit (quasi als Nebenbeschäftigung), aber auch in der Begrenzung der heute Abend zur Verfügung stehenden Zeit.

In Hinblick darauf werde ich mich darauf beschränken, nur einige wenige Themenbereiche anzusprechen und an diesen exemplarisch eine Kritik des Abschlußberichtes zu leisten.

Im übrigen gelten diese Voraussetzungen und Einschränkungen auch für die Ausführungen von [REDACTED]

1. Themenbereich: das Problem der geologischen Barriere

Im Abschlußbericht der GSF wird in der Barrierewirkung der vorhandenen geologischen Schichten ein wesentliches Kriterium für die Sicherheit des Langzeitabschlusses radioaktiver Abfälle gesehen. In Hinblick darauf sind die Deckschichten des Grubengebäudes untersucht worden, und man hat ihnen eine wesentliche geologische Barrierewirkung zugeschrieben. Auffallend dabei ist jedoch, daß man den Blick praktisch nur auf die das Erzlager (in diesem liegt der Endlagerbereich) direkt überdeckenden geologischen Schichten geworfen hat, und eine Untersuchung der geologischen Barriereigenschaften zur Seite hin und auch zu den liegenden Schichten hin nicht erfolgt ist.

Insbesondere die Frage der möglichen Beeinflussung durch den nur ca. 1,5 - 2 km im Westen des Grubengebäudes gelegenen Salzstock von Broistedt ist nur ansatzweise mit hydrochemischen Methoden, auf die ich noch eingehen werde, untersucht worden. Dies findet sogar seinen optischen Ausdruck in dem im Abschlußbericht auf Seite B 1-16 gezeigten geologischen Profilschnitt, in dem der Salzstock erst gar nicht mehr auftaucht, obwohl er in der Originalarbeit, von der die GSF den Profilschnitt übernommen hat, dargestellt ist.

Deshalb habe ich eine Folie vorbereitet, die der Originalarbeit von KOLBE u. SIMON entnommen ist, damit man sich ein besseres Bild über die Verhältnisse machen kann.

Es ist zu erkennen, daß in Richtung auf den Salzstock hin die geologischen Verhältnisse zunehmend komplizierter werden, und daß sich dort insbesondere ein direkter Kontakt des Erzlagers mit den wasserführenden Schichten des Wealden und Valangin ergibt. Besonders von Interesse ist dabei der zweite, etwas nördlich verlaufende Profilschnitt, in dem sowohl die wasserführenden Wealden- und Valendis-schichten als auch das Erzlager in direktem Kontakt mit dem gestörten Randbereich des Salzstockes stehen. In diesem Randbereich des Salzstockes ist eine direkte hydraulische Verbindung der wasserführenden Schichten zu den oberflächennahen Grundwasserstockwerken nicht auszuschließen. Des weiteren zeigt sich beim Vergleich aller drei Profilschnitte, daß die geologischen Verhältnisse auf kurze Entfernungen starken Veränderungen unterworfen sind.

Selbst unter der Voraussetzung, daß die Permeabilität (d.h. die Wasserdurchlässigkeit) im Bereich des Erzlagers selbst gering ist, wird die Wasserwegsamkeit infolge der Gesteinsausbildung im Grenzbereich Korallenoolith/Kimmeridge sowie Korallenoolith/Heersumer Schichten größer sein. In Zusammenhang damit sei erwähnt, daß beim Abteufen des Schachtes Konrad II gerade aus diesen Grenzbereichen Wasserzuflüsse auftraten, die z.T. abgedichtet werden mußten.

Man muß sich fragen, warum im Abschlußbericht keine ausführlichen Überlegungen angestellt worden sind über die Möglichkeiten eines seitlichen Wasserzutrittes vom Salzstock her, vor allem wenn man bedenkt, daß die Wasserleitfähigkeit geologischer Schichten parallel

zu den Schichtflächen ca. 10 mal größer ist als senkrecht zu den Schichtflächen.

Auf mögliche zukünftige Veränderungen im Randbereich des Salzstockes durch Salzablaugung, Bewegung des Salzstockes usw. und dadurch bedingte bessere Wasserwegsamkeit soll in dem Zusammenhang nur hingewiesen werden.

Kurz angerissen werden soll auch nur die Frage der Barriereeigenschaften zum Liegenden des Erzlagers hin. Auch hierüber ist im Abschlußbericht kaum etwas zu lesen. Wie auf der Folie zu erkennen ist, steht auch der Dogger mit den wasserführenden Wealden- und Valendis-schichten in direktem Kontakt. Daß Gesteine des Doggers wasserführend sind (v.a. Dogger epsilon in der sogenannten sandigen Cornbrashfazies), ist bekannt, da man sie bei einer Vorbohrung zu Schacht Konrad II wasserführend angetroffen hat und man nach Aussage des Geologen KOLBE froh war, diesen Bereich zementieren zu können. Im Abschlußbericht wird auf diese Problematik in ganzen zwei Sätzen eingegangen, und es scheint, als habe man das Problem dadurch gelöst, indem man nichts dazu sagt.

Ich will die hier aufgezeigte Problematik der geologischen Barriere noch einmal zusammenfassen: Warum ist die Frage eines lateralen (d.h. seitlichen, schichtparallelen und vom Salzstockbereich ausgehenden) sowie die eines vom Liegenden ausgehenden möglichen Wasserzutrittes nicht detailliert untersucht und dargestellt worden? Es kann nicht behauptet werden, daß ein seitlicher oder von unten kommender Wasserzutritt erfolgen muß, jedoch erscheint die Möglichkeit dafür größer als die eines Wasserzutrittes durch die direkt hangenden und mächtigen Gesteinsschichten. Als geologische Barriere im Sinne der Endlagersicherheit kann nur betrachtet werden, was eine allseitige Barrierewirksamkeit entwickelt. Diese allseitige Barrierewirksamkeit ist im Abschlußbericht nicht nachgewiesen worden, da er in Hinblick auf die Möglichkeit eines seitlichen oder von unten kommenden Wasserzutrittes keine bzw. keine befriedigenden Antworten gibt.

2. Themenbereich: mit der Frage der geologischen Barriere eng verknüpft ist das "Argument der Öllagerstätten"

Laut Abschlußbericht soll das Vorkommen von Erdöl in den verschiedenen Erdöllagerstätten im weiteren Umkreis des Schachtes Konrad auf hervorragende Weise anzeigen, daß das Deckgebirge so undurchlässig ist,

daß Öl aus den Lagerstätten nicht abwandern kann und sich deshalb schon seit langer Zeit dort befinden muß. Das Vorhandensein dieser Öllagerstätten wird also als Beweis für die Dichtheit des Deckgebirges angeführt (S. B 4-10).

Wenn das so sein soll, dann stellen sich jedoch zwei Fragen:

1. Woher weiß man eigentlich, daß aus den vorhandenen Lagerstätten nicht schon Öl ausgewandert ist? Wie kommt man eigentlich zu der Annahme zu sagen, diese Öllagerstätten wären bei ihrer Entdeckung noch vollständig gefüllt gewesen? Mir scheint, daß allein diese Annahme durch nichts zu begründen ist.

2. die zweite Frage lautet: wenn im Abschlußbericht die Verhältnisse der Erdöllagerstätten auf den Bereich des Schachtes Konrad übertragen werden, um die Dichtheit der Deckschichten zu beweisen, dann fragt sich nur, warum denn gerade hier keine Erdöllagerstätte entstanden ist? Ist hier vielleicht das Deckgebirge doch nicht so dicht, so daß eventuell früher vorhandenes Öl schon ausgewandert ist?

Der Abschlußbericht gibt auf diese Fragen nur vage Antworten, und versucht, sie damit zu beantworten, daß vielleicht die Erdölmuttergesteine (d.h. die Gesteine, aus denen Erdöl entsteht) hier fehlen. Das ist jedoch eindeutig nicht der Fall, denn nach Arbeiten von K. HOFFMANN ist der Posidonienschiefer (d. ist das Erdölmuttergestein dieser Region) in dem hier betrachteten Bereich ca. 25 m mächtig und in bituminöser Fazies ausgebildet. Im übrigen kann auch das Fehlen von Speichergesteinen nicht die Ursache sein, denn im Ölfeld Hohenassel dient der Korallenoolith, der dort die gleiche fazielle Ausbildung hat wie hier, als Ölspeicher.

Der Widerspruch in der Argumentation des Abschlußberichtes ist also durch fehlendes Erdölmutter- oder Speichergestein nicht aufzulösen. In der Form, wie im Abschlußbericht geschehen, können Analogieschlüsse zu anderen Öllagerstätten keinen Beweis für die Undurchlässigkeit des Deckgebirges hier im Bereich des Schachtes Konrad liefern. Die Katze beißt sich damit selbst in den Schwanz.

3. Themenbereich: zu den hydrochemischen und Isotopenuntersuchungen der Korallenoolith- bzw. Grubenwasser

Diese Untersuchungen wurden von der GSF in Hinblick darauf durchgeführt, um festzustellen, ob es sich um uraltes, abgeschlossenes Formationswasser handelt, oder ob Wasserzumischungen aus anderen

Formationen feststellbar sind. Wie die Wasseranalysen zeigen, handelt es sich bei den Konrad-Grubenwässern um ein Na-Ca-Mg-Chloridwasser mit erhöhtem Anteil an Brom, Borat und Jod. Unter der Annahme, daß Teufe und Chemismus in einer direkten Beziehung zur Verweilzeit der tieferen Grundwässer in ihrer geologischen Formation stehen, schließt die GSF aus dem Chemismus des Konrad-Wassers, daß dieses ein seit langer Zeit im Gebirge eingeschlossenes formationsspezifisches Wasser ist.

Jedoch ist die Gültigkeit der hier benutzten Annahme in Zweifel zu ziehen. Zwar hängen Teufe und Chemismus bei den tieferen Grundwässern in Norddeutschland in der Art zusammen, daß mit wachsender Teufe die Versalzung des Grundwassers zunimmt, doch ist eine Beziehung zum jeweiligen Chemismus meist nicht eindeutig herstellbar.

Weiterhin wird insbesondere bei der Entstehung bzw. Herkunft des Grundwassers von der GSF stillschweigend davon ausgegangen, daß es sich um ein diagenetisch verändertes Grundwasser (d.h. im Gestein eingeschlossenes altes Meereswasser) handelt. Daß es auch noch weitere Entstehungsmöglichkeiten gibt -insbesondere die durch Ablaugungs-lösungen von Salzstöcken- wird mit dem Argument beiseite geschoben, daß das Brom/Chlorid-Verhältnis der Konrad-Wässer kleiner 0,0034 (=Meerwasserwert) sei, und somit keine Hinweise auf Ablaugungs-lösungen bestehen sollen. Diese Aussage ist so nicht richtig. Greift man auf die im Abschlußbericht selbst zitierte Originalliteratur zurück (S. B 3-33), dann stellt man fest, daß Brom/Chlorid-Verhältnisse von kleiner 0,0034 sowohl auf diagenetisch verändertes Grundwasser als auch auf Ablaugungslösungen hinweisen können (durch Abfuhr von Halit, speziell Cl). Das bedeutet, daß die Herkunft bzw. Entstehung der Konrad-Wässer nicht so eindeutig ist, wie die GSF es glaubhaft machen will. Es muß auch die Möglichkeit der Entstehung oder zumindest der Beeinflussung durch Ablaugungslösungen (d.h. hier: vom Salzstock Broistedt) in Betracht gezogen werden. Eine absolut zuverlässige Aussage, welche dieser beiden Möglichkeiten zutrifft, ist allein anhand hydrochemischer Befunde nicht möglich. Die Aussage der GSF, das Konrad-Grubenwasser sei ein uraltes, rein diagenetisch verändertes Formationswasser beruht auf einer selektiven Interpretation der Analysenwerte und spiegelt eine in Wirklichkeit nicht vorhandene Sicherheit der Aussage vor.

Ähnliches gilt auch für die Untersuchung der Spurenbestandteile des Konrad-Wassers. Auch hier wird im Abschlußbericht von der Voraussetzung ausgegangen, daß Teufe und Chemismus in einer direkten Beziehung zur Verweilzeit der Tiefenwässer in ihrer geologischen Umgebung stehen. Daß diese Voraussetzung so einfach nicht gilt, ist schon angedeutet worden. Im übrigen hat eine detaillierte Untersuchung tiefer Grundwässer in Nordrhein-Westfalen (Raum Ibbenbüren, Autor: BÄSSLER) ergeben, daß für die Spurenbestandteile Br, Ba, J, Sr und Li keine erkennbaren Zusammenhänge zwischen Konzentration, Tiefenlage und Entstehung erkennbar sind. Dies zeigt sich auch hier!

So soll (S. B 3-28) der erhöhte Anteil an Brom, Borat und Jod formationsspezifisch für Malm-Wässer dieser Gegend sein. Daß dies aber nicht so ist, zeigt ein Vergleich mit Tabelle 3-4-3 (S. B 3-30), der man entnehmen kann, daß ähnlich hohe Werte dieser Stoffe in Wässern der verschiedensten Formationen auftreten (Lias alpha, Dogger beta, Rhät, Valangin). Die erhöhten Anteile an Brom, Borat und Jod sind somit nicht zu erklären als Folge eines formationsspezifischen Chemismus. Daraus folgt, daß über die Herkunft des Wassers keine eindeutige Aussage getätigt werden kann. Viel eher erscheint es möglich, daß die Anreicherung der biophilen Elemente Br, J und Bor auf die Erdölentstehung zurückzuführen ist. Dies wiederum führt dann zurück zur Problematik der Erdöllagerstätten, die ja schon angesprochen worden ist.

Allgemein gilt als Grundsatz der Hydrochemie, daß absolut zuverlässige Aussagen über Entstehung und Herkunft der tiefen Grundwässer aus hydrochemischen Befunden allein nicht abzuleiten sind - es ergeben sich nur Anhaltspunkte. Erhärtet werden können diese Annahmen durch Isotopenuntersuchungen an Wässern, die hier durch Altersbestimmungen der Wässer mit Hilfe der Tritium-Methode durchgeführt worden sind. Diese Methode beruht darauf, daß in Wässern, die älter als etwa 30 Jahre sind, kaum noch meßbare Tritiumgehalte vorhanden sind.

Der Grenzwert, unter dem man davon ausgehen kann, daß es sich um altes Wasser handelt, liegt bei $6,48 \text{ mal } 10^{-9} \mu\text{C/ml tritium}$. Dieser Wert wird bei Wässern aus Sickerstellen der 2., 4. und 5. Sohle um eine Größenordnung überschritten. Desgleichen wird er knapp überschritten von der Gebirgsfeuchte der 5. Sohle ($8,42 \pm 1,94 \text{ mal } 10^{-9} \mu\text{C/ml}$).

Dieser Wert bedeutet -entgegen der Schlußfolgerung im Abschlußbericht-

daß eine Zumischung jungen Wassers stattgefunden haben muß. Ob dies geschieht durch Zumischung von Brauchwasser, ist im Abschlußbericht nicht geklärt worden, so daß die Beantwortung der Frage, die mit der Untersuchung gelöst werden sollte, offen bleiben muß.

Zum Abschluß soll die Kritik an den hydrochemischen Untersuchungen noch einmal zusammengefasst werden.: Ich habe versucht zu zeigen, daß die Ergebnisse der hydrochemischen- und der Isotopenuntersuchungen infolge ihrer Nicht-Eindeutigkeit interpretierbar sind, wobei die GSF in Hinblick auf das Untersuchungsziel selektiv interpretiert hat und andere, vielleicht unangenehme Erklärungsmöglichkeiten, nicht beachtet hat. Insbesondere die Möglichkeit der Beeinflussung durch Ablaugungs-lösungen ist ausgeschlossen worden. Es wird eine Sicherheit und Klarheit der Aussagen vorgetäuscht, die wegen der Schwierigkeit der Deutung hydrochemischer Untersuchungen nicht gegeben ist.

Insgesamt hoffe ich, daß anhand der von mir an nur wenigen Beispielen aufgezeigten Probleme klar geworden ist, daß die so eindeutig und sicher klingende Eignungsaussage in der Form, wie sie im Abschlußbericht vorgenommen worden ist, nicht bestehen bleiben kann. Es ist anzunehmen, daß eine umfassendere und detailliertere Untersuchung des Abschlußberichtes weitere Schwachstellen und Problem-punkte aufdecken muß.

Im übrigen gilt das gesprochene Wort!


Gruppe Ökologie (GÖK)

Innengarten 31

3000 Hannover 1

Tel. 0511/696 31 30

530000

11

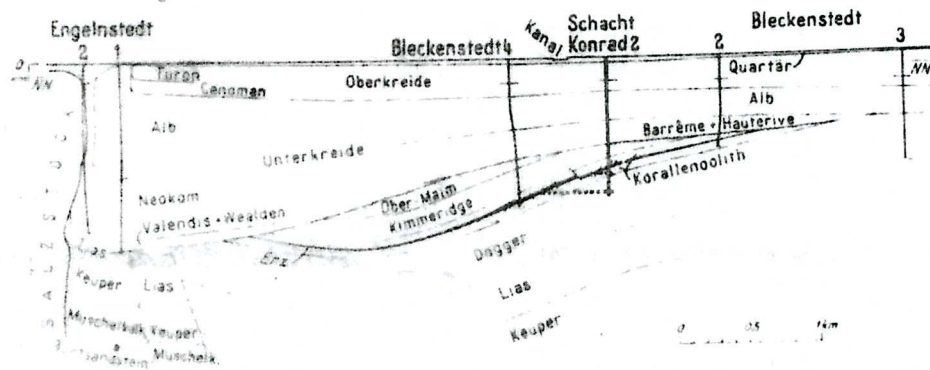
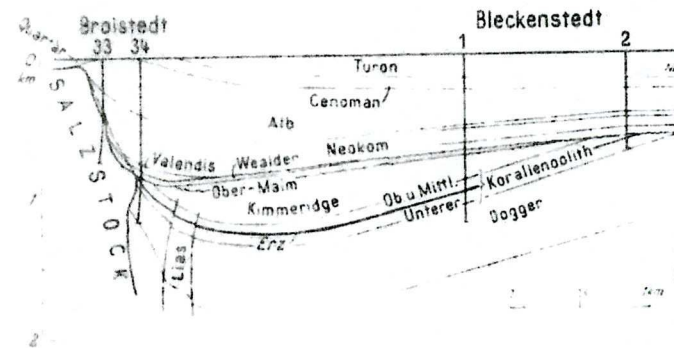
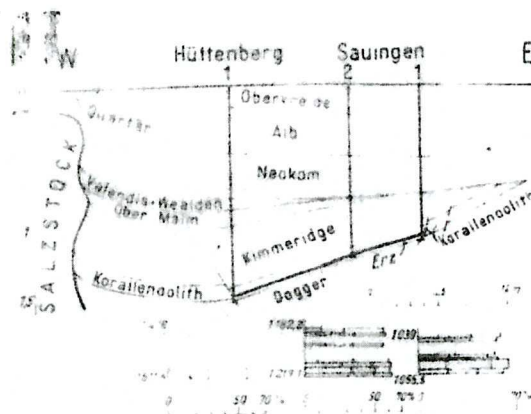


Abb. 92. West-Ost-Schnitte (Querprofile) durch die südliche Bleckenstedter Mulde (Südteil des Githorner Trog) im Bereich der Schichtanlage Konrad bei Salzgitter-Bleckenstedt. Lage der Schnittlinien s. Abb. 91; Erläuterung der Analysendiagramme des Korallenoolith-Erzes s. Abb. 111 u. 112.

Bearbeiter der Bohrungen: ALDINGER, BESSIN, BETTENSTADT, DENGLE, EISENHUT, HARTWIG, HOFFMANN, KOLBE, MÄDLER, MÜLLER, ROLL, SPITZ, WAGER, WICHER, WEINHOLZ.

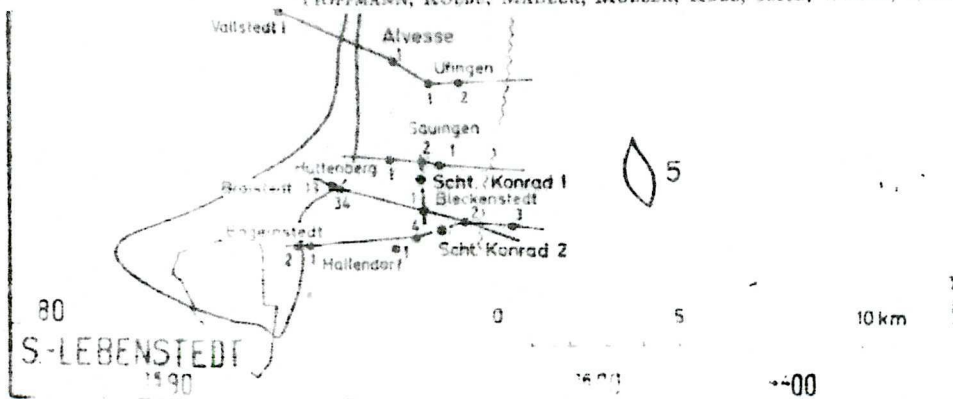


Abb. 91. Übersichtskarte für Bohrungen und Schnitte (s. Abb. 92, 93, 95, 97 und 98) im südlichen Githorner Trog (Interessanzgebiet der GEFÄHRDUNG KONRAD). Salzstöcke: 1. Githorner, 2. Braistedt-Wendburg-Ronsbühl, 3. Bechtbüttel, 4. Klein-Schöppensried, 5. Thiede.

Arbeitskreis gegen Atomenergie – Braunschweig

– Pressegruppe –

Braunschweig, 07-11-83

An die Fraktionen im Rat der Stadt Salzgitter

C D U
DIE GRÜNEN
S P D

Sehr geehrte Damen und Herren !

Bürgerinitiativen der Region um Schacht KONRAD wollen möglichst zeitnah nach Erscheinen des Gutachtens der GRUPPE ÖKOLOGIE HANNOVER über die bisherigen KONRAD-Untersuchungen eine Dokumentation mit Stellungnahmen herausgeben.

Neben unserer eigenen, sicherlich tendenziösen Bewertung des Gutachtens wollen wir auch Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien die Möglichkeit der Stellungnahme einräumen. Dieser Versuch der öffentlichen und kontroversen Auseinandersetzung ist von verschiedenen Stellen bereits positiv bewertet worden.

Wie wir erfahren haben, liegt das Gutachten bei Ihnen bereits vor. Wir dürfen Ihnen daher den Vorschlag unterbreiten, uns eine Stellungnahme oder Bewertung des Gutachtens zur Verfügung zu stellen. Der Umfang sollte 3 bis 5 Schreibmaschinenseiten nicht überschreiten. Das Papier müßte bis etwa Ende November bei uns vorliegen. Für unsere Planung wäre es wichtig, wenn Sie uns bitte schon bis Mitte der nächsten Woche mitteilen könnten, ob Sie unser Angebot annehmen, oder falls nicht, warum nicht. In diesem Falle würden wir zumindest dies wiedergeben.

Mit freundlichem Gruß,

[REDACTED]

[REDACTED]



STADT SALZGITTER
DER OBERSTADTDIREKTOR



Postanschrift: Stadt Salzgitter · Postfach 100680 · 3320 Salzgitter 1

An den
Verein zur Förderung von Kunst,
Kommunikation und Kultur "Kukuk" e.V
Auguststraße 22

3200 Hildesheim

Dienststelle	
Kulturamt	
Auskunft erteilt	Zimmer
[REDACTED]	[REDACTED]
Anrufbeantworter 402 402	Telex 95 4490
Durchwahl 0 53 41 / 402	Vermittlung 40 21

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Datum
20.05.1983

Betrifft:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Ihnen kurz eine hoffentlich klärende Antwort auf Ihr Schreiben vom 10.04.1983 geben:

Die Stadt Salzgitter ist im Zusammenhang mit "Schacht Konrad" weder Antragsteller noch Genehmigungsbehörde. Ich hoffe, daß diese Tatsache Ihnen weiterhilft, wie bisher Plakate und Prospekte über kulturelle Veranstaltungen in Salzgitter in den Aushang zu bringen. Das Kulturamt der Stadt Salzgitter betreibt wie Sie u.a. auch Förderungen von Kunst, Kommunikation und Kultur. Ich schlage vor, daß Sie und ich weiterhin diese Themen- und Aufgabengebiete als Schwerpunkte beibehalten und uns in Zukunft erst einmal über diese Fachthemen unterhalten.

Teilen Sie mir bitte mit, was Sie mit unseren, wie Sie es nennen, Propagandaschriften in Zukunft zu tun gedenken und was Sie von dem Vorschlag halten, wenn sich der "Kukuk" e.V. und das hiesige Kulturamt in Hildesheim oder Salzgitter mal trifft.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage:

[REDACTED]

*Ja die
"Nachrichten aus"
der Provinz.
Grüß, Kukuk.*

000027

BANKKONTEN DER STADTKASSE SALZGITTER:

Nordd. Landesbank, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 527 13) Kto.-Nr. 3 803 806
Sparkasse des Landkreises Goslar in SZ-Bad, (BLZ 268 516 20) Kto.-Nr. 918
Commerzbank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 727 36) Kto.-Nr. 31/57 021

Bank f. Gemeinwirtschaft AG, SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 127 12) Kto.-Nr. 10 930 024
Dresdner Bank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 800 60) Kto.-Nr. 6 004 891
Commerzbank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 400 80) Kto.-Nr. 5/905 005

V o r l a g e

an den

Verwaltungsausschuß

Betr.: Gutachten der Gruppe Ökologie;
hier: Widerspruch gegen die Beanstandungsverfügung der
Bezirksregierung Braunschweig

Der Verwaltungsausschuß hat in seiner Sitzung am 21. 2. 1983 die Verwaltung beauftragt, gegen die Verfügung der Bezirksregierung Braunschweig vom 4. 2. 1983, in der der Beschluß des Rates vom 21. 12. 1982 über eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 69.500,-- DM für die Beauftragung der Gruppe Ökologie beanstandet wurde, Widerspruch einzulegen (Anlage). Die Verwaltung hat daraufhin mit Schreiben vom 8. 3. 1983 Widerspruch eingelegt.

In seiner Sitzung am 27. 4. 1983 hat der Rat den 1. Nachtrag 1983 verabschiedet, der nunmehr unter der Haushaltsstelle 1100.65530 einen Ansatz für das genannte Gutachten in Höhe von 69.500 DM enthält. Damit ist eine neue haushaltsrechtliche Grundlage für die aus der Beauftragung der Gruppe Ökologie zu begleichende Auftragssumme geschaffen.

Die Verwaltung hält weiterhin an ihrer Auffassung fest, daß der in der Ratsitzung am 21. 12. 1982 gefaßte Beschluß über die außerplanmäßige Ausgabe rechtmäßig ist. Auf die Ausführungen in der Verwaltungsausschußvorlage vom 11. 2. 1983, denen nichts hinzuzufügen ist, wird verwiesen. Eine Durchführung des Widerspruchsverfahrens erscheint jedoch entbehrlich, nachdem nunmehr eine andere haushaltsrechtliche Grundlage geschaffen wurde. In einem durchzuführenden Widerspruchsverfahren könnte es nur noch um den Austausch von Rechtsstandpunkten gehen, der keinerlei Auswirkungen auf die Beauftragung der Gruppe Ökologie haben könnte. Nach Meinung der Verwaltung sollte daher der Widerspruch zurückgenommen werden.


Der Beschluß über die Einlegung des Widerspruchs ist vom Verwaltungsausschuß gefaßt worden. Es sind Zweifel an der Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses für eine solche Beschlußfassung geäußert worden, da sich die Beanstandung gegen einen Ratsbeschluß richtet. Eine Klärung dieser Frage erübrigt sich, wenn der Widerspruch zurückgenommen wird.

Für die Entscheidung, ob der Widerspruch zurückgenommen werden soll, ist in jedem Fall der Verwaltungsausschuß zuständig, da er auch über die Widerspruchseinlegung entschieden hat.

Es wird daher empfohlen, folgenden Beschluß zu fassen:

"Die Verwaltung wird beauftragt, den gegen die Beanstandungsverfügung der Bezirksregierung Braunschweig vom 4. 2. 1983 am 8. 3. 1983 eingelegte Widerspruch zurückzunehmen."

gez. 

begl.: 

000058

11. Februar 1983

V o r l a g e

an den

Verwaltungsausschuß

Betr.:Außerplanmäßige Ausgabe für ein Gutachten der Gruppe
Ökologie, Hannover

v. Sei
nach NSO § 40 Abs. 4
Abteilungsleiter fordern
Klappert: befürworten, d. Reg.
tätig wird auf Schreiben hin.
So kann man polit. Stellungnahme
mit formalist. Netze nicht
machen.

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 21. 12. 1982 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 69.500 DM für ein Gutachten der Gruppe Ökologie zur Prüfung und Bewertung des Abschlußberichtes der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) über die Eignung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle beschlossen. In Erfüllung dieses Beschlusses wurde der Vertrag zwischen der Stadt und der Gruppe Ökologie noch im Jahre 1982 abgeschlossen.

Mit Schreiben vom 28. 12. 1982 (Anlage 1) bat die Bezirksregierung Braunschweig um eine eingehende Darlegung der rechtlichen Beurteilung des Ratsbeschlusses vom 21. 12. 1982. Diese angeforderte Stellungnahme wurde am 18. 1. 1983 (Anlage 2) abgegeben. In dem Antwortschreiben an die Bezirksregierung wird ausführlich auf die nach Auffassung der Verwaltung vorliegenden Voraussetzungen für die außerplanmäßige Ausgabe eingegangen. Mit Schreiben vom 4. 2. 1983 - eingegangen am 10. 2. 1983 - beanstandet nunmehr die Bezirksregierung Braunschweig gemäß § 130 NGO den Beschluß über die Leistung der außerplanmäßigen Ausgabe.

Die Bezirksregierung läßt in ihrer Beanstandungsverfügung die Frage offen, ob überhaupt eine Zuständigkeit der Stadt zur Einholung eines Gutachtens über die Eignung der Schachtanlage Konrad für die Einlagerung radioaktiver Abfälle gegeben ist. Nach ihrer Auffassung sei der Beschluß über die außerplanmäßige Ausgabe bereits deswegen rechtswidrig, weil die Unabweisbarkeit der Ausgabe gemäß § 89 NGO nicht anzunehmen sei. Die Bezirksregierung stützt sich zur Begründung ihrer Auffassung im wesentlichen auf die Erklärung des Ministers für Bundesangelegenheiten vom 29. 10. 1982, in welchem dieser erklärt hatte, daß die Antragsunterlagen noch vervollständigt werden müssen und daß das Vorhaben etwa in 2 Jahren öffentlich bekanntgemacht werde. Erst zu diesem Zeitpunkt könne von der Stadt eine Stellungnahme erwartet werden, so daß für die Meinungsbildung der Stadt noch keine Eile bestehe. Angesichts dieser Tatsache sei auch eine Veranschlagung im Haushaltsplan für das Jahr 1983 möglich gewesen. Insoweit sei eine besondere Eilbedürftigkeit für die Erarbeitung einer Stellungnahme der Stadt nicht zu erkennen.

Hinsichtlich des auf den 31. 12. 1982 befristeten Angebotes der Gruppe Ökologie weist die Bezirksregierung Braunschweig darauf hin, daß zunächst hätte versucht werden müssen, eine weitere Verlängerung für deren Angebot zu erreichen.

Nach Auffassung der Verwaltung sind die Argumente der Bezirksregierung für die Annahme, eine Unabweisbarkeit für eine außerplanmäßige Ausgabe liege nicht vor, nicht überzeugend. Die Bezirksregierung unterscheidet offensichtlich nicht zwischen der Anhörung der Stadt als Träger öffentlicher Belange, die in Kürze eingeleitet werden wird, und der öffentlichen Bekanntmachung des Planes. Die Bezirksregierung erkennt, daß die Stadt als Träger öffentlicher Belange wahrscheinlich noch im Jahre

1983 zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schachtanlage Konrad gehört werden werde. Diese Annahme resultiert aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Landtagsabgeordneten [REDACTED] die das Nieders. Ministerium für Bundesangelegenheiten am 27. 10. 1982 beantwortete (Anlage 3). In dieser Antwort heißt es unter Ziffer 5, daß die für das Anhörungsverfahren zuständige Planfeststellungsbehörde die Stellungnahmen der Behörden als Träger öffentlicher Belange einhole, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt werden. Hierzu werden den Behörden, zu denen insbesondere die Stadt Salzgitter gehört, die dafür erforderlichen Angaben aus dem Plan zur Verfügung gestellt. Die Beteiligung der Behörden wird in Kürze eingeleitet.

Um in diesem Anhörungsverfahren eine fundierte Stellungnahme abgeben zu können, erscheint eine rechtzeitige fachkundige Beratung zur Wahrung der Sicherheitsinteressen der Bürger der Stadt Salzgitter unabdingbar. Die Bezirksregierung stellt demgegenüber lediglich auf die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen, an die sich die Einwendungsfrist von 2 Monaten anschließt, ab, die in der Tat erst erheblich später stattfinden wird.

Wenn die Bezirksregierung in ihrer Beanstandungsverfügung überdies darauf hinweist, eine Veranschlagung der Kosten des Gutachtens sei auch im Haushaltsjahr 1983 möglich gewesen, so daß es einer außerplanmäßigen Ausgabe nicht bedurft hätte, so ist auch diese Auffassung zurückzuweisen. Eine Genehmigung des Haushaltsplanes für das Jahr 1983 ist für Mai 1983 zu erwarten. Da erst nach dieser Genehmigung eine Auftragsvergabe an die Gruppe Ökologie hätte erfolgen können, die Anhörung als Träger öffentlicher Belange aber schon im Jahre 1983 zu erwarten ist, hätte die Gefahr bestanden, daß bei einer Bearbeitungszeit der Gruppe Ökologie von 5 Monaten das Gutachten zu spät vorgelegen hätte.

Da nach allem die Verwaltung auch weiterhin der Auffassung ist, daß die Voraussetzungen für die außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 89 NGO vorliegen, wird empfohlen, gegen die Beanstandungsverfügung der Bezirksregierung Widerspruch einzulegen. Die Frist für die Einlegung des Widerspruchs läuft ab am 10. März 1983.

Die Verwaltung empfiehlt folgenden Beschluß zu fassen:

"Die Verwaltung wird beauftragt, gegen die Beanstandungsverfügung der Bezirksregierung vom 4. 2. 1983 Widerspruch einzulegen."

gez. [REDACTED]

Miternachricht
24.2. > Rechtsjur. Sachverhalt Rechtsanwalt bestätigt CDM-Meinung

begl. : [REDACTED]

000059

Salzgitter, den 23.4.83

Umweltschutzforum

Schacht-Konrad, Salzgitter e.V.

Klint 7

3320 Salzgitter 1

An die Mitglieder des Rates der Stadt Salzgitter

Sehr geehrtes Ratsmitglied,

am Mittwoch stimmt der Rat im Rahmen des Nachtragshaushaltes 1983 auch über die Gutachtenvergabe zur Bewertung des Endberichtes "Schacht Konrad" an die Gruppe Ökologie (GÖK) ab. Wie Sie sicherlich wissen, befürwortet das Umweltschutzforum diese Ausgabe. Für uns bedeutet die Fertigstellung des Gutachtens unter anderem auch, daß unsere Sorgen und Ängste bezüglich der Atommüllendlagerung in Bleckenstedt vom Rat der Stadt Salzgitter ernst genommen werden.

Dies trifft sicherlich nicht nur auf die Bürger zu, die unserem Verein angehören.

Wir wollen dem Bericht der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) nicht grundsätzlich Schwächen unterstellen. Aber Qualität muß überprüfbar sein - gerade in Zeiten geschärften Umweltbewußtseins.

Viele Bürger Salzgitters sind über eine Endlagerung atomarer Abfälle und der damit verbundenen Transporte besorgt, und verlangen berechtigterweise nach möglichst vollkommener Sicherheit.

Wenn wir sehen, welche Schwierigkeiten es zur Zeit macht, den Verbleib gefährlicher Stoffe, wie z.B. Dioxin, einfach nur zu kontrollieren, fühlen wir förmlich die Angst in uns. Ist es nicht erschreckend, wie mit Giften - die technisch sicherlich kontrollierbar sind - umgegangen werden kann, weil die politischen Voraussetzungen nicht vorhanden sind?

Wir bitten Sie daher, am Mittwoch für die Vergabe des Gutachtens an die Gruppe Ökologie zu stimmen, und somit dem Wunsch besorgter Bürger entgegenzukommen.

Mit freundlichen Grüßen

020000
i.A.

29. März 1983

V o r l a g e Nr. 419/X

an den Rat der Stadt
über den Finanzausschuß 14. 4. 1983
und den Verwaltungsausschuß

Betr.: 1. Nachtragshaushaltssatzung 1983

Aus den nachstehend genannten Gründen wird es erforderlich, kurzfristig eine

1. Nachtragshaushaltssatzung 1983 zu erlassen:

1. Angesichts der hohen Arbeitslosenquote soll versucht werden, im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zu einer Verbesserung beizutragen. Eine der Voraussetzungen, unter denen ABM-Maßnahmen seitens der Arbeitsverwaltung gefördert werden, ist, daß es sich um zusätzliche Maßnahmen handelt. Die Verwaltung sieht sich deshalb veranlaßt, zur Finanzierung des jeweiligen Eigenanteils die Bereitstellung von 50.000 DM im Verwaltungshaushalt und 112.600 DM im Vermögenshaushalt vorzuschlagen. Dabei wird zugleich auch den in der Öffentlichkeit erhobenen Angriffen, daß die Stadt von dieser Förderungsmöglichkeit zu wenig Gebrauch mache, entgegengewirkt.

Um welche Maßnahmen es sich im einzelnen handelt, ist aus der dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügten Veränderungsliste ersichtlich.

2. Um die zügigere Durchführung einiger Baumaßnahmen des Vermögenshaushalts zu ermöglichen, werden die entsprechenden Ansätze erhöht. Es handelt sich um insgesamt 636.000 DM. Neben einer Entlastung des Jahres 1984 erfolgt auch eine Veranschlagung im Hinblick auf die hohe Arbeitslosenquote. Ein weiterer Grund hierfür ist, daß dadurch günstigere Baukosten erreicht werden können.
3. Seitens des Finanzamtes erfolgte im Jahre 1982 eine Umsatzsteuerprüfung für den Zeitraum ab 1977. Nach dem zwischenzeitlich vorliegenden Prüfungsbericht ergeben sich hieraus Nachzahlungen in Höhe von rd. 76.300 DM und Gutschriften in Höhe von rd. 11.100 DM. Das Finanzamt hat die entsprechenden Zahlungsaufforderungen übersandt, so daß nunmehr die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen sind.

220000

4. In einem Gespräch bei der Bezirksregierung Braunschweig über die Haushaltssatzung 1983 ist abgesprochen, daß die zu erwartenden Beanstandungen bzw. Auflagen zur Haushaltssatzung im 2. Nachtragshaushaltsplan 1983 berücksichtigt werden, weil dann ein besserer Überblick über die voraussichtliche Haushaltsentwicklung besteht (z.B. bei den Personalkosten nach Beendigung der Tarifverhandlungen). Gegen die Erstellung eines in seinem Umfang begrenzten Nachtragshaushaltsplanes bereits zum jetzigen Zeitpunkt bestehen seitens der Aufsichtsbehörde keine Bedenken. Die Verwaltung schlägt vor, in diesen 1. Nachtrag die Mittel für das Gutachten "Schacht Konrad" in voller Höhe einzusetzen; nach Aussage der Aufsichtsbehörde wäre damit die Beanstandung gegen den Ratsbeschluß vom 21. 12. 1982 ausgeräumt. Die Verwaltung hat dementsprechend die Ausgaben in Höhe von 69.500 DM erneut veranschlagt (Hst. 1100.65530) und zugleich eine Einnahme in Höhe von 20.000 DM als Rückzahlung der 1982 bereits geleisteten Abschlagszahlung vorgesehen (Hst. 1100.15030).

Durch die unter 1 - 4 aufgeführten sowie einige weitere kleinere Veränderungen verändern sich die Gesamtsummen des Haushalts 1983 wie folgt

<u>Verwaltungshaushalt</u>	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>
lt. Haushaltssatzung 1983	261.521.400 DM	267.781.400 DM
Veränderungen lt. beigefügter Liste	+ 65.800 DM	+ 65.800 DM
1. Nachtragshaushaltssatzung 1983	<u>261.587.200 DM</u>	<u>267.847.200 DM</u>

Der Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt 1983 in Höhe von 6.260.000 DM bleibt damit unverändert bestehen.

Vermögenshaushalt

Volumen lt. Haushaltssatzung 1983	57.036.300 DM
Veränderungen lt. beigefügter Liste	+ 907.300 DM
neues Volumen lt. 1. Nachtragshaushaltssatzung 1983	<u>57.943.600 DM</u>

Unverändert bleiben in ihrer Gesamtsumme die Verpflichtungsermächtigungen mit 7.063.500 DM bestehen. Ebenso werden auch die Kreditaufnahmen nicht verändert.

8300000

BEZIRKSREGIERUNG BRAUNSCHWEIG

Postanschrift:

Bezirksregierung Braunschweig · Postfach 32 47 · 3300 Braunschweig

Stadt Salzgitter
z.H. Herrn Oberstadtdirektor
- o.V.i.A. -
Rathaus

3320 Salzgitter

0110

29.12.

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

(Bitte bei Antwort angeben)

Mein Zeichen

(05 31)

4 84-

oder 4 84-1

29.12.82

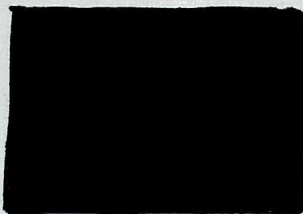
Braunschweig

28.12.82

Außerplanmäßige Ausgabe für ein Gutachten der Gruppe Ökologie-Hannover

/ Beigefügt übersende ich eine Eingabe der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Salzgitter (ohne Anlagen). Ich bitte um eingehende Darlegung der rechtlichen Beurteilung des Ratsbeschlusses vom 21.12.82. Dabei wäre insbesondere auf die Zuständigkeit der Stadt/des Rates für einen derartigen Beschluß sowie darauf einzugehen, ob die Voraussetzungen für eine außerplanmäßige Ausgabe - unvorhergesehen, unabweisbar, Deckung gewährleistet (im Zeitpunkt des Ratsbeschlusses; mit Nachweis) - vorgelegen haben. Weiterhin bitte ich, die näheren Einzelheiten des einzuholenden Gutachtens (z.B. Angebot, Zahlungsweise etc.) darzulegen sowie eine Begründung für das rechtliche Interesse der Stadt an der Einholung des Gutachtens zu geben (vgl. Beschluß des BVerfG vom 08.07.82, DVBl. 82, 940 ff.).

Ich darf um möglichst schnelle Bearbeitung bitten.



022-03-01
11.78

Dienstgebäude
Bohlweg 38
Braunschweig

Sprechzeiten
Mo., Mi., Fr. 9-12 Uhr
Di. und Do.

Telex
9 52 821
952821 bdnvb d

Paketanschrift
Bohlweg 38
3300 Braunschweig

Überweisung an Regierungshauptkasse Braunschweig
Konto-Nr. 811 703 Nordd. Landesbank Braunschweig (BLZ 270 500 00)
Konto-Nr. 270 01506 Landeszentralbank Braunschweig (RI 2 270 000 00)

Der Oberstadtdirektor
der Stadt Salzgitter

Vfg.:

18. Jan. 1983

abges.: 19. 1. 83

1. Bezirksregierung
Braunschweig
z. H. [REDACTED]
Postfach 32 47

3300 Braunschweig

Betr.: Außerplanmäßige Ausgabe für ein Gutachten der Gruppe
Ökologie Hannover
Bezug: Ihr Schreiben vom 28. 12. 1982 - AZ: 202.10130 N

Zu den in Ihrem Schreiben vom 28. 12. 1982 aufgeworfenen Fragen betreffend die vom Rat am 21. 12. 1982 beschlossene außerplanmäßige Ausgabe für ein Gutachten der Gruppe Ökologie zur Prüfung und Bewertung des Abschlußberichtes der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) über die Eignung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle nehme ich wie folgt Stellung:

Das Problem einer fachkundigen Beratung bei der Diskussion um die beabsichtigte Einlagerung schwachaktiver Abfälle und kontaminierter Großkomponenten aus dem Abriß von Kernkraftwerken beschäftigt die Selbstverwaltungsorgane und die Verwaltung der Stadt Salzgitter schon seit Beginn der Forschungsarbeiten der GSF im Jahre 1975. Da eigene Sachkunde im Haus zwangsläufig nicht vorhanden ist, besteht weitgehend Übereinstimmung, daß Wissenschaftler zur Erläuterung herangezogen werden sollten. In Anbetracht dieses Erkenntnis beauftragte die Stadt Salzgitter bereits im Frühjahr 1980 das Batelle-Institut mit der Auswertung der im Herbst 1980 vorgelegten Zwischenberichte. Gleichzeitig wurde der Arbeitsauftrag auf eine Beratung der Stadt hinsichtlich dieser Zwischenberichte ausgedehnt.

Da aus den Ergebnissen des Batelle-Institutes ersichtlich war, daß zusätzliche Aufklärung erforderlich ist bzw. offene Fragen auftauchten, die einer Klärung bedurften, beauftragte der Verwaltungsausschuß im März 1981 die Verwaltung, mit der Gruppe Ökologie, Hannover, Kontakt aufzunehmen und festzustellen, ob und zu welchen Konditionen dieses Institut zur Erstellung eines Gutachtens über den Zwischenbericht bereit war. Zu einer Auftragsvergabe an die Gruppe Ökologie kam es dann letztlich nicht, da das Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft (BMFT) von der Gruppe Ökologie für ihre Arbeit erforderlich gehaltene

Primärdaten nicht zur Verfügung stellen konnte. Hierüber wurde der Verwaltungsausschuß durch Vorlage vom 13. 10. 1981 (Anlage 1) informiert. Gleichzeitig nahm der Verwaltungsausschuß zustimmend vom Vorschlag der Verwaltung Kenntnis, bei Vorliegen des Abschlußberichtes dann diesen möglicherweise kritisch bewerten zu lassen.

Als im Frühjahr 1982 die Fertigstellung des Endberichtes angekündigt wurde, nahm die Verwaltung wiederum Verbindung mit der Gruppe Ökologie auf, um deren Vorstellung zur Begutachtung des Endberichtes zu erfahren. Am 30. 6. 1982 legte das Institut dann sein Angebot vor (Anlage 2), welches bis zum 15. 11. 1982 befristet war. Der Abschlußbericht wurde der Öffentlichkeit am 15. 6. 1982 vorgestellt. Im August 1982 stellte die PTB - im wesentlichen auf der Grundlage des Abschlußberichtes - den Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens. Der zeitliche Druck für eine umfassende Information wuchs damit. In der Ratssitzung am 25. 8. 1982 wurde die Verwaltung (bei Stimmenthaltung der Grünen) beauftragt, beim damals noch zuständigen Nieders. Sozialminister u. a. anzufragen, ob die Landesregierung im Planfeststellungsverfahren auch die Gruppe Ökologie gutachterlich tätig werden lasse oder aber ob die Landesregierung für ein aus städtischer Sicht notwendiges Gutachten über den Endbericht die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen könne (Anlage 3). Der nunmehr zuständige Nieders. Minister für Bundesangelegenheiten antwortete mit Schreiben vom 29. 10. 1982, welches der Bezirksregierung Braunschweig in Kopie zugeleitet wurde, daß er der Kernenergie eindeutig ablehnend gegenüberstehenden Personen oder Institutionen nicht einschalten werde und daß er eine zusätzliche Begutachtung des Abschlußberichtes nicht für erforderlich halte.

Eine Begutachtung des Endberichtes wird von mir für erforderlich gehalten, da nur durch eine fachkundige Beratung die Stadt in die Lage versetzt wird, die Interessen ihrer Bürger zu wahren. Wahrscheinlich wird noch im Jahre 1983 die Stadt als Träger öffentlicher Belange angehört werden. Um hierzu eine fundierte Stellungnahme abgeben zu können, erscheint eine Bewertung des Endberichtes erforderlich. Da die Ergebnisse des Endberichtes wesentlicher Bestandteil der Antragsunterlagen sind, könnte das Gutachten auch später bei der Formulierung von Sach- und Rechtsstandpunkten dienlich sein.

Durch die Antwort des Ministers für Bundesangelegenheiten vom 29. 10. 1982 stand fest, daß eine Begutachtung des Abschlußberichtes nur im Auftrag und auf Kosten der Stadt erfolgen konnte. Das Angebot der Gruppe Ökologie war - wie bereits ausgeführt - auf den 15. 11. 1982 befristet; auf Anfrage der Verwaltung verlängerte das Institut sein Angebot entgegenkommenderweise auf den 31. 12. 1982. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt brachte dann unter Bezugnahme auf die bis dahin übereinstimmend für erforderlich gehaltene Begutachtung des Endberichtes, die Stellungnahme des Ministers für Bundesangelegenheiten und das befristete Angebot einen Antrag in, der die Beauftragung der Gruppe Ökologie und gleichzeitig die Zustimmung zu einer außerplanmäßigen Ausgabe für diesen Auftrag in Höhe von 69.500,-- DM beinhaltete (Anlage 4).

Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen. Daraufhin wurde der Vertrag mit der Gruppe Ökologie (Anlage 5) abgeschlossen und die 1. Rate in Höhe von 20.000,-- DM angewiesen.

In dem Ihnen vorliegenden Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Sitzung am 21. 12. 1982 wird ausführlich auf die Voraussetzungen des § 89 NGO eingegangen. Die dort angegebenen Begründungen reichen m. E. aus, um die Voraussetzung des § 89 NGO als erfüllt anzusehen.

000066

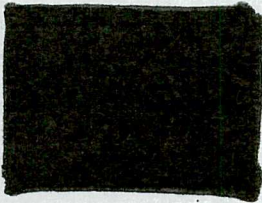
Hinsichtlich der Unabweisbarkeit der außerplanmäßigen Ausgabe ist überdies darauf hinzuweisen, daß die Stadt Salzgitter wahrscheinlich noch im Jahre 1983 im Planfeststellungsverfahren als Träger öffentlicher Belange gehört werden wird. Die Annahme, daß diese Beteiligung der Stadt Salzgitter schon im Jahre 1983 erfolgen wird, resultiert aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Landtagsa geordneten [REDACTED] die das Nieders. Ministerium für Bundesangelegenheiten am 27. 10. 1982 beantwortete (Anlage 6). In dieser Antwort heißt es unter Ziffer 5, daß die Beteiligung der Behörden in Kürze eingeleitet werde.

Wie im 2. Absatz dieses Schreibens bereits ausgeführt, ist es zur Abgabe einer die Interessen der Stadt Salzgitter und ihrer Bürger währenden Stellungnahme dringend erforderlich, eine Hilfestellung bei der Interpretation sowie der Bewertung des Endberichtes zu erhalten. Auch von daher sehe ich die Unabweisbarkeit einer außerplanmäßigen Ausgabe als gegeben an.

Zu dem von Ihnen angesprochenen Nachweis der Gewährleistung der Deckung ist darauf hinzuweisen, daß die Deckungsreserve zum Zeitpunkt des Ratsbeschlusses noch 93.998,10 DM aufwies. Die Zuständigkeit des Rates für den Beschluß über die außerplanmäßige Ausgabe ergibt sich aus § 89 NGO.

Die Auftragsvergabe an sich fällt gemäß § 57 NGO in die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses. Gemäß § 40 Abs. 2 Satz 3 NGO kann der Rat jedoch auch über solche Angelegenheiten beschließen, wenn sie ihm vom Verwaltungsausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion über die Auftragsvergabe und außerplanmäßigen Ausgabe ist in der Verwaltungsausschußsitzung am 20. 12. 1982 behandelt worden. Der Verwaltungsausschuß hat diesen Antrag an den Rat zur weiteren Behandlung überwiesen, so daß die Zuständigkeit des Rates für die Beschlußfassung über die Beauftragung der Gruppe Ökologie gegeben war.



LEITGANG:
U. S. SEP. 1982

Kleine Anfrage

[REDACTED] (SPD)

Hannover, den 26. 8. 1982

Betr.: Verfahren zur Einlagerung von radioaktiven Abfällen im „Schacht Konrad“

Nach mehrjährigen Forschungsarbeiten hat die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, München, inzwischen ihren Abschlußbericht vorgelegt. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Braunschweig, wird auf der Basis dieses Berichts einen Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens bei der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde des Landes Niedersachsen erarbeiten und einreichen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt rechnet sie bei einigermaßen normalem Verlauf mit einem Planfeststellungsbeschluß?
2. Welche zusätzlichen Gutachten oder Stellungnahmen werden von der Genehmigungsbehörde eingeholt, um die Inhalte des Planfeststellungsantrags zu untersuchen und zu begründen?
3. Ist die Landesregierung beispielsweise auch bereit, kritische wissenschaftliche Fachleute (wie die „Gruppe Ökologie Hannover“) einzuschalten und deren Auffassung zu hören?
4. Wird der Planfeststellungsantrag durch die Genehmigungsbehörde nach seiner Vorlage durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt öffentlich ausgelegt oder wenigstens in seinen Grundzügen bekanntgemacht?
5. Wann ist mit der Einschaltung der Träger öffentlicher Belange, insbesondere der Stadt Salzgitter, zu rechnen? Wer ist überhaupt in diesem Verfahren Träger öffentlicher Belange, und bekommen diese eine Ausfertigung des Planfeststellungsantrags?
6. In welcher Form gedenkt die Genehmigungsbehörde objektive Werte zur Entscheidung der komplizierten Frage der Unterscheidung von schwach-, mittel- und hochradioaktiven Stoffen zu setzen?
7. Wie wird die Landesregierung die Träger öffentlicher Belange und die interessierte Öffentlichkeit über den jeweiligen Stand des Verfahrens auf dem laufenden halten?
8. Hält die Landesregierung an den Mitteilungen des zuständigen Abteilungsleiters fest, die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 31. 7. 1982 zu lesen waren, und wird sie Umrüstungen im „Schacht Konrad“ und Teilerrichtungsgenehmigun-

**Der Niedersächsische Minister
für Bundesangelegenheiten**

Hannover, den 27.10.1982

Fernruf-Durchwahl

190 [REDACTED]

Az.: 12 - ol 425 -

Der Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten · 3 Hannover · Postfach 121

Präsident des
Nieders. Landtages
-Landtagsverwaltung-
3000 Hannover

Betr.: Verfahren zur Einlagerung von radioaktiven Abfällen
im "Schacht Konrad"

-Kleine Anfrage des Abg. [REDACTED] (SPD) -
-LT-Drucksache Nr. 10/102 -

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Niedersächsischen
Landesregierung wie folgt:

Zu 1.:

Bei normalem Verlauf des Verfahrens kann frühestens 1986 mit einem
Planfeststellungsbeschluss gerechnet werden.

Zu 2.:

Es ist beabsichtigt, Sachverständige oder Sachverständigenorgani-
sationen zur Beurteilung geowissenschaftlicher, bergtechnischer und
nuklearspezifischer Aspekte zuzuziehen.

Zu 3.:

Die Planfeststellungsbehörde wird Wissenschaftler als Sachverständige
hinzuziehen, die über die notwendige Sachkunde verfügen und zu einer
objektiven Wahrheitsfindung beitragen.

Zu 4.:

Nach Vervollständigung der Planfeststellungsunterlagen durch den
Antragsteller (PTB) wird das Vorhaben öffentlich bekanntgegeben.
Die Unterlagen werden anschließend zwei Monate lang zu jedermanns
Einsichtnahme ausgelegt.

- 2 -

Zu 5.1

Im atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren holt /die auch für das Anhörungsverfahren zuständige Planfeststellungsbehörde die Stellungnahmen der Behörden als Träger öffentlicher Belange ein, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird. Hierzu werden den Behörden, zu denen insbesondere die Stadt Salzburg gehört, die dafür erforderlichen Angaben aus dem Plan zur Verfügung gestellt. Die Beteiligung der Behörden wird in Kürze eingeleitet.

Zu 6.1

Bei der Klassifizierung in schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle werden die von der Wissenschaft entwickelten und der internationalen Praxis anerkannten Begriffe zugrundegelegt.

Zu 7.1

Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften.

Zu 8.1

Ja.

Beglaubigt

Verw. Angest.

[REDACTED]

Es geht um das Ökologiegutachten

24.2.83

Widerspruch einlegen

Mit einer Stimme Mehrheit im Verwaltungsausschuß

Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion und eines Ratsherren der Grünen hat der Verwaltungsausschuß der Stadt Salzgitter die Verwaltung beauftragt, gegen die Beanstandungsverfügung der Bezirksregierung vom 4. Februar in der Frage einer außerplanmäßigen Ausgabe für ein Gutachten der Gruppe Ökologie in Hannover zur Prüfung und Bewertung des Abschlußberichts der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) über die Eignung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle Widerspruch einzulegen.

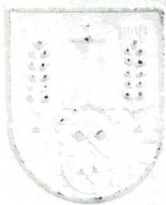
Oberstadtdirektor Dr. Hendrik Gröttrup macht in seiner Vorlage an den Verwaltungsausschuß deutlich, daß nach seiner Auffassung die Argumente der Bezirksregierung, eine Unabweisbarkeit für eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 69 500 Mark liege nicht vor, nicht überzeugend seien. Die Bezirksregierung unterscheide offensichtlich nicht zwischen der Anhörung der Stadt als Träger öffentlicher Belange, die in Kürze eingeleitet werde, und der öffentlichen Bekanntmachung des Planes. Sie verkenne, daß die Stadt

wahrscheinlich noch in 1983 zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schachanlage Konrad gehört werde.

Um in diesem Anhörungsverfahren eine fundierte Stellungnahme abgeben zu können, erscheine eine rechtzeitige fachkundige Beratung zur Wahrung der Sicherheitsinteressen der Bürger der Stadt Salzgitter unabdingbar, betont Dr. Gröttrup. Wenn die Bezirksregierung in ihrer Beanstandungsverfügung überdies darauf hinweise, eine Veranschlagung der Kosten des Gutachtens sei auch im Haushaltsjahr 1983 möglich gewesen, so daß es einer außerplanmäßigen Ausgabe nicht bedürft hätte, so sei auch diese Auffassung zurückzuweisen.

Eine Genehmigung des Haushaltsplanes 1983 sei für Mai zu erwarten. Da erst nach dieser Genehmigung eine Auftragsvergabe an die Gruppe Ökologie hätte erfolgen können, die Anhörung als Träger öffentlicher Belange aber schon im Jahr 1983 zu erwarten sei, hätte die Gefahr bestanden, daß bei einer Bearbeitungszeit der Gruppe Ökologie von fünf Monaten zu spät vorgelegen hätte.

DER OBERSTADTDIREKTOR
DER STADT
SALZGITTER



SALZGITTER-LEBENSTEDT, den 11. Febr. 19
Postanschrift: Rathaus, 3320 Salzgitter 1
Ruf: Sammelnummer (05341) 4021
bei Durchwahl (05341) [REDACTED]

CDU-Ratsfraktion

[REDACTED]
Wiesenweg 54

3320 Salzgitter 1

SPD-Ratsfraktion

[REDACTED]
Altstadtweg 1

3320 Salzgitter 51

Die Grünen-Ratsfraktion

[REDACTED]
Kurt-Schumacher-Ring 19

3320 Salzgitter 1

Sehr geehrte [REDACTED]

sehr geehrte [REDACTED]

sehr geehrte [REDACTED]

da in der nächsten Woche eine Verwaltungsausschußsitzung nicht stattfindet, übersende ich Ihnen auf diesem Wege eine Ablichtung des Schreibens der Bezirksregierung Braunschweig vom 4. 2. 1983 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

100000

BEZIRKSREGIERUNG BRAUNSCHWEIG

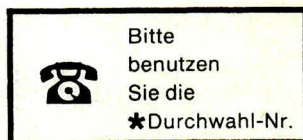
Postanschrift:

Bezirksregierung Braunschweig · Postfach 32 47 · 3300 Braunschweig

Gegen Empfangsbekenntnis

Stadt Salzgitter
Rathaus

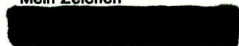
3320 Salzgitter 1



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
18.01.83

(Bitte bei Antwort angeben)

Mein Zeichen



☎ (05 31)

* 4 84-

oder 4 84-0

Braunschweig

4 .02.83

Außerplanmäßige Ausgabe für ein Gutachten der Gruppe Ökologie, Hannover
Ratsbeschluß vom 21.12.82

Der Beschluß des Rates der Stadt Salzgitter vom 21.12.82 betreffend die außerplanmäßige Ausgabe für ein Gutachten der Gruppe Ökologie, Hannover, zur Prüfung und Bewertung des Abschlußberichts der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) über die Eignung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle wird gem. § 130 NGO beanstandet.

Gründe:

Der Beschluß einer außerplanmäßigen Ausgabe für das o.g. Gutachten ist rechtswidrig und zu beanstanden.

Es kann dahinstehen, ob überhaupt eine Zuständigkeit der Stadt zur Einholung des vorgesehenen Gutachtens gegeben ist, denn jedenfalls ist eine der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer außerplanmäßigen Ausgabe, nämlich das Gebot der Unabweisbarkeit (§ 89 Abs. 1 Satz 1 NGO), nicht erfüllt.

022-03-01
11.78

270000

...

Unabweisbar ist eine außerplanmäßige Ausgabe, wenn sie einerseits zur Aufgabenerfüllung aus sachlichen oder rechtlichen Gründen unbedingt notwendig und andererseits zeitlich unaufschiebbar ist. Letzteres trifft nicht zu, denn bei unbefangener Beurteilung ist die Einholung des fraglichen Gutachtens nicht als derart eilbedürftig anzusehen, als daß die hierfür erforderlichen Kosten nicht in den Haushalt für das Jahr 1983 hätten eingestellt werden können. Dies ergibt sich aus folgendem:

Die Einholung des fraglichen Gutachtens und mithin der Beschluß einer außerplanmäßigen Ausgabe war zum Zeitpunkt des Ratsbeschlusses nicht unaufschiebbar, weil die im Planfeststellungsverfahren vorzunehmende Anhörung der Stadt Salzgitter nicht unmittelbar bevorsteht.

Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt hat zwar unter dem 31.08.82 die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens beantragt; die Stadt ist hiervon als Träger öffentlicher Belange auch unterrichtet worden. Das Vorhaben wird aber erst nach Vervollständigung der Planfeststellungsunterlagen - etwa in zwei Jahren - öffentlich bekanntgemacht. Auf das Schreiben des Niedersächsischen Ministers für Bundesangelegenheiten vom 29.10.82 an die Stadt sowie auf die Antwort auf die kleine Anfrage des Abgeordneten [REDACTED] nehme ich Bezug. Erst zu diesem Zeitpunkt kann von der Stadt eine Stellungnahme erwartet werden. Sie hat für ihre Meinungsbildung also noch länger Zeit. Eine Veranschlagung der Kosten des Gutachtens im Haushaltsplan für das Jahr 1983 wäre daher unter diesem Gesichtspunkt, aber auch unter Berücksichtigung des von der Stadt vorgesehenen Ablaufs der Haushaltsberatungen, möglich gewesen.

...

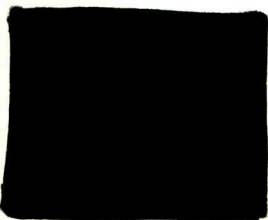
Begründet wurde die Eilbedürftigkeit mit dem bis zum 31.12.82 begrenzten Angebot der Gruppe Ökologie, Hannover. Die Gruppe Ökologie hat aber schon zweimal einen von ihr gesetzten Termin hinausgeschoben. Daher hätte zunächst versucht werden müssen, eine weitere Verlängerung zu erreichen. Der Grund für die zeitliche Begrenzung ist den vorliegenden Unterlagen nicht zu entnehmen. Sollten künftig höhere Kosten des Gutachtens maßgebend gewesen sein, so kann dieser Gesichtspunkt unter Berücksichtigung des Gesamtvolumens des Verwaltungshaushalts der Stadt sowie im Hinblick auf den Ausnahmecharakter des § 89 NGO nicht durchgreifen. Ein derzeit erstelltes Gutachten wird mangels vollständiger Unterlagen ebenfalls unvollständig sein und bei vollständiger Betrachtung der Ergänzung durch ein weiteres kostenträchtiges Gutachten bedürfen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Gesamtkosten beider Gutachten höher liegen als die Kosten für die Erstellung eines Gutachtens, das nach Vorliegen aller Unterlagen eingeholt worden wäre.

Hiernach kann die Frage, ob die Begutachtung des Abschlußberichts der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung - der nicht Bestandteil der Antragsunterlagen im Planfeststellungsverfahren ist - sachlich notwendig war, offenbleiben.

Der Beschluß des Rates der Stadt Salzgitter vom 21.12.82 verletzt mithin § 89 Abs. 1 Satz 1 NGO; er wird gem. § 130 NGO beanstandet.

Rechtsbehelfsbelehrung:


Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei mir einzulegen.



0.12.
SPD

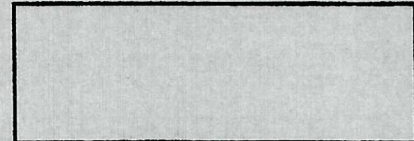
FRAKTION IM RAT DER STADT SALZGITTER

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

An den
Rat der Stadt Salzgitter
z.Hd. Herrn Oberbürgermeister


3320 Salzgitter 1, den 6.12.82
Rathaus Tel. 05341/402600
SPD-Unterbezirk Salzgitter
An der Windmühle 2B Tel. 05341/43082

Rathaus
Salzgitter 1



Betr.: Antrag zur Ratssitzung am 21.12.1982

Der Rat wird gebeten, wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Gruppe Ökologie -Hannover- mit der "Prüfung und Bewertung des Abschlußberichtes der Endlagerungsprüfung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle der G S F vom Juni 1982" zu beauftragen.

Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 69.500.-DM wird zugestimmt. Die Deckung dieser Ausgabe ist durch die Inanspruchnahme der Deckungsreserve, Hhst. 9100.85000, gewährleistet.

Begründung:

Das Antwortschreiben des Nieders. Min. für Bundesangelegenheiten vom 29.10.1982, das die Fragen des Rates vom 25.8.1982 beantwortet, stellt fest, daß die Genehmigungsbehörde ein Gutachten einer der Kernenergie kritisch gegenüberstehenden Stelle nicht einholen wird. Diese ablehnende Haltung war bei Verabschiedung des Haushaltsplanes bzw. des Nachtragshaushaltsplanes für 1982 nicht zu erwarten. Vielmehr konnte davon ausgegangen werden, daß das Ministerium seinerseits ein kritisches Institut mit der Überprüfung des Abschlußberichtes der G S F beauftragen würde. Insofern war die Erforderlichkeit dieser Leistung nicht vorherzusehen.

Die Beauftragung der Gruppe Ökologie noch in diesem Jahr ist auch unabweisbar, da das Angebot dieses Institutes, das ursprünglich bis zum 15.11.1982 galt, nunmehr auf den 31.12.1982 befristet ist. Es ist auch nicht abzusehen, ob das Institut sein Angebot zur Erstellung eines Gutachtens in Zukunft aufrechterhalten kann.

Für die S P D - Ratsfraktion

I. A.


DER OBERSTADTDIREKTOR
DER STADT
SALZGITTER

SALZGITTER-LEBENSTEDT, den 10 Nov.
Postanschrift: Rathaus, 3320 Salzgitter 1
Ruf: Sammelnummer (05341) 4021
bei Durchwahl (05341) [REDACTED]

CDU-Ratsfraktion

z. H. [REDACTED]

Marktplatz 4

3320 Salzgitter 51

SPD-Ratsfraktion

z. H. [REDACTED]

Altstadtweg 1

3320 Salzgitter 1

Die Grünen-Ratsfraktion

z. H. [REDACTED]

Kurt-Schümacher-Ring 19

3320 Salzgitter 1

Sehr geehrte [REDACTED]

da in der nächsten Woche eine Verwaltungsausschußsitzung nicht stattfindet, übersende ich Ihnen auf diesem Wege eine Ablichtung des Schreibens des Nieders. Ministers für Bundesangelegenheiten vom 29. 10. 1982 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichem Gruß

[REDACTED]

DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER
für Bundesangelegenheiten

5.10.82
3000 HANNOVER, den 24. 10. 1982
Calenberger Straße 2 · Telefon 190- [REDACTED]

Oberstadtdirektor
der Stadt Salzgitter
[REDACTED]
Rathaus

3320 Salzgitter 1

Betr.: Geplante Endlagerung radioaktiver Abfälle in der
Schachtanlage Konrad

Sehr geehrter [REDACTED],

für Ihr Schreiben vom 31. 8. 1982 an Herrn Minister [REDACTED]
danke ich Ihnen. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit davon in
Kenntnis setzen, daß die Aufgabenbereiche Gewerbeaufsicht, Umwelt-
schutz und Kernenergie mit Wirkung vom 1. Oktober 1982 vom Nieder-
sächsischen Sozialminister in meine Zuständigkeit übergegangen sind.
Dazu gehört auch, die nukleare Entsorgung. Die mit o. g. Schreiben
vorgebrachten Fragen beantworte ich wie folgt:

1. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) hat am 31. 8. 1982
bei der zuständigen obersten Landesbehörde einen Antrag auf Ein-
leitung eines Planfeststellungsverfahrens gem. § 9 b des Atomge-
setzes für die Schachtanlage Konrad als Endlager für radioaktive
Abfälle eingereicht. Eine erste Vorprüfung der Antragsunterlagen
ergab, daß diese unvollständig sind. Die PTB benötigt nach eigene
Aussagen bis zur Vervollständigung der Unterlagen voraussichtlich
zwei Jahre.

Sobald die Unterlagen vollständig vorliegen, wird das Vorhaben
öffentlich bekanntgemacht. Die Unterlagen werden anschließend
zwei Monate zur Einsicht ausgelegt. In dieser Zeit können Ein-
wendungen vorgebracht werden, die in einem darauffolgenden Erör-
terungstermin ausführlich zu behandeln sind. Selbst bei zügiger

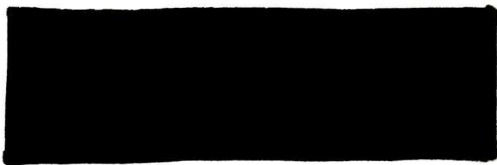
Vervollständigung der Unterlagen und bei normalem Verlauf des Verfahrens kann nicht vor 1986 mit einem Planfeststellungsbeschluß gerechnet werden.

2. Mein Haus hat als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde gem. § 9 b Abs. 5 des Atomgesetzes in Verbindung mit § 21 Abs. 2 Abfallbeseitigungsgesetz die Stellungnahmen der Behörden einzuholen, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird. Die Stadt Salzgitter zählt zum Kreis dieser Behörden. Damit erhält sie Gelegenheit, der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde ihre Auffassung zu dem Vorhaben rechtzeitig vor der Entscheidung darzulegen. Eine erste Information über die einzelnen Schritte der Beteiligung wird gegenwärtig vorbereitet.
3. Die Landesregierung geht davon aus, daß die Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde ausschließlich Sachverständige einschalten wird, die diese Behörde im Sinne einer objektiven Wahrheitsfindung unterstützen. Besondere Sachkunde und Unparteilichkeit sind die entscheidenden Kriterien für die Zuziehung von Sachverständigen im förmlichen atomrechtlichen Verwaltungsverfahren. Die Unparteilichkeit ist jedoch bei Personen und Institutionen, die der friedlichen Nutzung der Kernenergie eindeutig ablehnend gegenüberstehen, nicht gewährleistet.
4. Der von Ihnen genannte "Abschlußbericht zur Eignungsprüfung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle" stellt keinen Bestandteil der Antragsunterlagen im Planfeststellungsverfahren dar. Die Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde geht davon aus, daß die Antragsunterlagen den Nachweis der Eignung der Anlage aus der Sicht der PTB, der Antragstellerin enthalten. Dies wird von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde unter Einschaltung unparteiischer Sachverständiger geprüft werden. Eine zusätzliche Begutachtung des Abschlußberichtes hält die Landesregierung nicht für erforderlich.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben. Für weitere Fragen stehen Ihnen die Mitarbeiter der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde gern zur Verfügung.

Die Bezirksregierung in Braunschweig erhält eine Kopie.

Mit freundlichen Grüßen



Zum Strahlenrisiko der Endlagerung in der Schachtanlage Konrad

Text des Vortrages auf der Informationsveranstaltung des BMFT
über den Abschlußbericht der Gesellschaft für Strahlenforschung
(GSF) zur Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schachtanlage
Konrad am 23. September 1982 in Salzgitter-Lebenstedt

████████████████████

Ich möchte anhand eines Beispiels aufzeigen, welche Ungenauigkeiten der Abschlußbericht der GSF gerade bei den Überlegungen zur Gefährdung durch Strahleneinwirkungen enthält. Dabei werde ich auch demonstrieren, daß es sich hier keineswegs um theoretische, akademische Fragestellungen handelt - die Ungenauigkeit des vorliegenden Berichtes ist derart, daß die Möglichkeit besteht, außerordentlich hohe Risiken einfach zu übersehen.

Mein Beispiel ist die in Teil D, Abschnitt 5.2.2. des Abschlußberichtes abgehandelte Modellrechnung zur Ausbreitung von Radionukliden im Schacht.

Vorweg ist dazu zu sagen: Die GSF versucht im geologischen Teil des Berichtes zu zeigen, daß Wasserzutritt und Vollaufen des Schachtes äußerst unwahrscheinlich sind. Wie mein Kollege ██████████ aber schon an einigen Beispielen gezeigt hat, sind diese "Beweise" nicht schlüssig. Aus seinen Ausführungen wurde vor allem klar, daß es unzureichend ist, sich nur auf die Frage eines Grundwasserzutrittes durch die Schichten direkt über dem Endlager zu konzentrieren. Vor allem die seitlichen Zuflußmöglichkeiten, von den Flanken des Broistedter Salzstocks her, sind von Bedeutung. Diesen Risikofaktor hat die GSF aber ignoriert; sie hat sich völlig auch die erstgenannte, relativ unwichtigere Problematik konzentriert.

../..

Wir müssen daher davon ausgehen, daß ein Vollaufen des Schachtes nach derzeitigem Wissensstand nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann. -- d.h., wenn wir vorsichtig vorgehen, müssen wir damit rechnen, daß es irgendwann eintritt.

Die für diesen Fall angestellten Überlegungen sind daher von großer praktischer Bedeutung für die Einschätzung der Gefährdung durch das Endlager.

Nun zur Ausbreitung von Radionukliden im Schacht. Erste Schwachstelle ist die Auswahl der radioaktiven Stoffe, für die Ausbreitungsberechnungen durchgeführt wurden. Es fehlt im Bericht jede Begründung dafür, warum gerade Sr-90, Pu-239, Np-237 und Co-60 ausgewählt wurden. Insbesondere fehlt z.B. eine Angabe dazu, warum nicht die Nuklide Tc-99 und J-129 betrachtet werden, die vom Gestein noch erheblich schlechter rückgehalten werden als Strontium und bedeutend größere Halbwertszeiten als dieses besitzen.

Für die weitere Diskussion greife ich beispielhaft Pu-239 heraus. Schon eine erste summarische Prüfung der Berechnungen der GSF zeigt, daß an mehreren Stellen unbegründet Annahmen getroffen wurden, die zu einer starken Unterschätzung der Konzentration dieses hochgiftigen radioaktiven Stoffes am oberen Schachtende führen können.

Ich werde diese der Reihe nach aufzeigen und dann ihre Konsequenzen zusammenfassen.

Erster Punkt ist das Radionuklidinventar - d.h., die Menge der radioaktiven Stoffe im Einlagerungsfeld. Verbindliche Angaben darüber, welche Abfallarten welchen Anteil an der eingelagerten Menge haben werden, fehlen im Bericht. Schließlich ist ja erst jetzt die PTB dabei, ein genaues Klassifizierungsschema auszu-
arbeiten. Jahrelang wurde nur von schwachaktiven und Stilllegungsabfällen gesprochen d.h., man hat sich an einer klaren Antwort vorbeigedrückt. Erst vor kurzem wurde vom BMFT eindeutig festgestellt, daß auch eine Einlagerung mittelaktiver Abfälle vorgesehen sei. Damit haben sich die Betreiber immer noch einen sehr großen Spielraum offengelassen. Für die Langzeitsicherheit des Endlagers ist primär der Gehalt der Abfälle an radioaktiven Stoffen wesentlich und nicht die Dosisleistung an der Oberfläche der Fässer, die allein für die Einteilung in schwach-, mittel- und hochaktiv ausschlaggebend ist.

Jedenfalls ist die Annahme, die die GSF für die Plutoniummenge im Einlagerungsfeld trifft, völlig aus der Luft gegriffen. Die Angaben an anderer Stelle im Bericht (Abschnitt D-1) zeigen klar, daß auch die hundertfache Menge Pu-239 vorhanden sein kann; selbst dann, wenn die vorgegebenen Maximalwerte pro Faß nicht überschritten werden.

Dabei ist keineswegs garantiert, daß diese Maximalwerte stets eingehalten werden. Eine Kontrolle des Faßinhaltes auf Pu-Gehalt wird vor der Einlagerung nicht mehr durchgeführt. Und selbst bei plangemäßer Überwachung und Kontrolle bei den Abfallproduzenten wird immer eine bestimmte Fehlerquote überbleiben; die Geschichte der Kerntechnik ist voll von Beispielen dafür, daß Kontrollmaßnahmen versagen können und nicht immer plangemäß gearbeitet wird.

Eine statistische Abschätzung der Anzahl von Gebinden, bei denen der Gehalt an bestimmten radioaktiven Stoffen höher ist als vorgeschrieben, fehlt aber im Bericht der GSF. Darin wird also von den einschlägig Beschäftigten eine Fehlerquote Null gefordert, sie müssen stets perfekt arbeiten!

Ich will bei meinem Zahlenbeispiel dieses Problem aber gar nicht berücksichtigen; ich setze also insgesamt an, daß die Menge an Pu-239 im Einlagerungsfeld 100mal höher sein kann, als die GSF angibt, und wir wissen, daß dies noch nicht einmal der Maximalwert ist. Ich halte diesen Wert fest (Folie 1).

Zweiter Punkt. Eine wichtige Rolle in dem Rechenmodell der GSF spielen die sogen. Adsorptionskoeffizienten. Das sind Zahlen, die angeben, wie sehr ein bestimmter radioaktiver Stoff, der im Grundwasser gelöst ist, von dem Gestein aufgenommen und damit zurückgehalten wird, durch das das Grundwasser fließt.

Es ist von größter Wichtigkeit, hier korrekte Annahmen zu treffen, weil das Endergebnis der Ausbreitungsrechnung sehr stark von diesen Adsorptionskoeffizienten abhängt.

Ich sehe wieder von einem vergleichsweise geringeren Schnitzer im Abschlußbericht der GSF ab, der Verwirrung stiften kann und darin besteht, daß einerseits Kies als Verfüllmaterial angegeben wird, andererseits aber mit den Zahlen für Ton und Eisenerz

gerechnet wird. Wir wollen annehmen, daß das Verfüllmaterial des Schachtes ähnliche Eigenschaften besitzt wie das umgebende Gestein. Selbst dann ist aber festzustellen, daß GSF nur mit ziemlich hohen Werten dieses Adsorptionskoeffizienten rechnet - hohe Werte bedeuten gute Rückhaltung der radioaktiven Stoffe im Gestein und damit für die Betreiber günstige Ergebnisse.

Es ist dabei wichtig, zu wissen, daß diese Rückhaltung umso schlechter ist, je höher die Konzentration der radioaktiven Stoffe ist. Die Experimente der GSF liefern für Plutonium einen Adsorptionskoeffizienten von etwa 1000. Diesen Experimenten liegen aber äußerst niedrige Konzentrationen zugrunde; unter realen Endlagerbedingungen können Konzentrationen auftreten, die mehr als 1000mal höher sind. Die GSF versucht der Rechnung zu tragen, indem sie die meisten Rechnungen schon mit einem reduzierten Wert des Adsorptionskoeffizienten von 100 durchgeführt hat. Eine Betrachtung der vorliegenden Daten legt aber den Schluß nahe, daß die relativ hohen Konzentrationen im Endlager damit noch keineswegs ausreichend berücksichtigt sind. Weiterhin zeigen im Rahmen schwedischer Endlagerprojekte an Tonen durchgeführte Messungen z.T. auch schon bei sehr niedrigen Plutoniumkonzentrationen Werte von unter 100.

Will man also wirklich sicher sein, das Risiko nicht zu unterschätzen, so müßte m.E. ein Rückhaltewert (Adsorptionskoeffizient) von nur 10, und nicht 100, eingesetzt werden.

Die genaue Auswirkung dieser Korrektur auf das Endergebnis kann ich hier nicht präsentieren, da wir bloß im Rahmen der Vorbereitung dieses Vortrages natürlich nicht eigens umfangreiche Computerberechnungen anstellen konnten. Anhand der verschiedenen Graphiken im Abschlußbericht läßt sich aber grob abschätzen, daß die resultierenden Werte der Plutoniumkonzentration im oberen Schachtbereich sich dadurch um bis zu einen Faktor 100.000 erhöhen würden. Ich halte diesen Faktor wieder fest (Folie 1).

Nächster Punkt. Bei der Umrechnung der Ergebnisse auf Konrad-spezifische Randbedingungen ist der GSF ein elementarer Denkfehler unterlaufen. Bei Radionukliden mit kürzerer Halbwertszeit wird sich dieser Irrtum nicht so stark auswirken; bei solchen mit langer

Halbwertszeit - zu diesen zählt auch Plutonium, unser Beispiel - führt er dazu, daß ein Anteil von bis zu 99,96 % der vorhandenen Menge bei der Rechnung unter den Tisch fällt. Eine elementare Berechnung, die ich angestellt habe, zeigt, daß dadurch die Konzentration im oberen Schachtbereich maximal um mehr als einen Faktor 1000 unterschätzt wird. Wir halten auch diesen Faktor 1000 fest (Folie 1).

Weiterhin ist festzustellen, daß die Bezugsbasis der GSF für die maximal zulässige Konzentration - die Strahlenschutzverordnung - zwar die heute in der Bundesrepublik Deutschland geltende Vorschrift ist. Die StrSchVO beruht aber z.T. auf veralteten Werten. Sie lehnte sich in der Vergangenheit stets an Empfehlungen der Internationalen Strahlenschutzkommission an; diese hat nun 1980 einen neuen Bericht herausgegeben, demzufolge die Strahlenwirkung von Pu-239 bei Aufnahme mit Wasser oder Nahrungsmitteln 7mal höher ist als bisher angenommen (es sei auch erwähnt, daß gleichzeitig z.B. für die Giftigkeit von Sr-90 ein rd. 8mal niedrigerer Wert angegeben wird). Diese neue Empfehlung liegt also heute bereits vor und wird wohl - mit den üblichen administrativen Verzögerungen - auch in die deutsche Gesetzgebung übernommen werden müssen. Eine entsprechende Revision der Strahlenschutzverordnung ist also sicher vorherzusehen; wir halten auch diesen Faktor 7 fest (Folie 1).

Zum Abschluß meiner beispielhaften Zusammenstellung von Schwachstellen möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der im Abschlußbericht der GSF überhaupt nicht erwähnt wird: Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß das Grundwasser im Bereich Schacht Konrad durch die Übertage-Sondermülldeponie Salzgitter-Heerte - rd. 12 km vom Schacht entfernt - sowie die untertägige Sonderdeponie Thieder Hall - rd. 7 km vom Schacht entfernt - durch chemische Schadstoffe verseucht wird. Wir wissen fast nichts über das Zusammenwirken chemischer und radioaktiver Verschmutzung, aber wir wissen, daß sich u.U. die Wirkungen nicht einfach addieren, sondern gegenseitig verstärken können. Zum Ausmaß dieser Verstärkung können wir hier allerdings nur ein Fragezeichen festhalten (Folie 1).

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Insgesamt ist nicht auszuschließen, daß die Analyse der GSF im Falle Plutonium-239 das

Risiko um einen Faktor

70 Milliarden

unterschätzt.

70 Milliarden, eine 7 mit zehn Nullen, das ist keine Kleinigkeit und kein Randproblem im Diskurs der Wissenschaftler (Folie 1).

Was bedeutet dies für die Strahlenbelastung? Ich beschränke mich hier auf die Knochendosis durch Pu-239. Bei Aufnahme im Trinkwasser ist der Knochen das kritische Organ für Plutonium, d.h., dort sammelt es sich am meisten an.

Genaue Werte der zu erwartenden Konzentration am oberen Schachtende gibt die GSF in ihrem Bericht leider selbst nicht an; den Graphiken kann grob entnommen werden, daß nach ihrer Meinung die Pu-Konzentration etwa den 250.000 Teil des nach der derzeit noch gültigen Strahlenschutzverordnung zulässigen Grenzwertes ausmacht. Dies entspricht einer Jahres-Knochendosis von etwa 0,00000072 rem, d.h. rd. siebenmal der zehnmillionste Teil eines rem. Dies ist in der Tat ein geringer Wert (Folie 2).

Unter Berücksichtigung der aufgezeigten Schwachstellen und der neuesten Empfehlungen der Internationalen Strahlenschutzkommission dagegen ergibt sich ein maximal möglicher Wert von

50.400 rem jährliche Knochendosis (Folie 2).

Das ist das 280.000fache des gesetzlichen Grenzwertes.

Nehmen wir nun als Risikofaktor für Knochenkrebs an, daß bei rd. 10.000 rem eine Krebswahrscheinlichkeit von 100 % gegeben ist (d.h. daß dann sicher ein Krebs eintritt). Dies ist eine vorsichtige Annahme; in der Fachliteratur findet man meist höhere Werte, die einem geringeren Risiko entsprechen, gelegentlich allerdings auch niedrigere Werte. (Folie 2). Dann folgt daraus, daß in dem hier aufgezeigten Maximalfall schon jede/r, die/der zehn Wochen oder länger regelmäßig entsprechend verseuchtes Wasser zu sich nimmt, praktisch sicher damit rechnen kann, im Laufe der nächsten 20 Jahre an Knochenkrebs zu erkranken (Folie 2).

Dabei wurde nur ein einziges Radionuklid betrachtet, Pu-239, das ja nur einen Teilbeitrag zum Gesamtrisiko liefert; und auch

../..

00008!

bei diesem nur eine Wirkung, Knochenkrebs, obgleich zusätzlich noch andere Wirkungen zu erwarten sind - z.B. Leukämie durch Knochenmarkschäden.

Vor dieser Veranstaltung wurden verschiedene Fragen von Bürgern eingesandt, die vor allem auf die Strahlengefährdung hinzielen. Ich kann diese hier und heute nicht im Detail beantworten, aber ich glaube, daß meine Darlegungen zum Risiko durch Ausbreiten im Schacht einige klare Hinweise in diese Richtung geben. Z.B. möge sich jeder selbst überlegen, ob landwirtschaftliche Produkte noch Abnehmer finden werden, die aus einer Gegend mit vielleicht starker radioaktiver Grundwasserkontamination stammen.

Als letzten Punkt zu den Sicherheitsüberlegungen der GSF möchte ich noch darauf hinweisen, daß hier - und auch ich habe mich heute darauf beschränkt - ausschließlich Freisetzungsmöglichkeiten über den Schacht betrachtet werden.

Bei radioaktiven Stoffen wie Plutonium, Neptunium, und auch Technetium, Jod u.a. handelt es sich aber darum, Sicherheitsaussagen für Jahrhunderttausende, ja Jahrmillionen in die Zukunft zu machen. Für derartige Zeiträume kann aus geologischer Sicht nicht ausgeschlossen werden, daß auch andere Wege entstehen können, auf denen Grundwasser zum Endlager und dann auch wieder in Oberflächennähe gelangt. Dabei ist vor allem auch wieder an Wasserwegsamkeiten vom Broistedter Salzstock her zu denken, die schon im Zusammenhang mit dem Vollaufen des Schachtes von Bedeutung sind.

Ich möchte noch auf die Frage der Überprüfbarkeit des Berichtes der GSF eingehen. In anderem Zusammenhang ist schon die Forderung der Gruppe Ökologie Hannover nach Offenlegung der Primärdaten und genaueren Informationen über die im Bericht angewandte Methodik gestellt worden. Diese Forderung ist z. T. auf Unverständnis gestoßen. Ich glaube, daß ihre Wichtigkeit heute aber klarer geworden ist: Wir haben ja häufig Punkte angesprochen, bei denen noch genauere Informationen zur weiteren Prüfung erforderlich wären, als im Bericht enthalten sind: Etwa zur Begründung, warum Adsorptionsmessungen bei Pu nur mit einer, und einer sehr niedrigen, Konzentration durchgeführt wurden; warum gerade bestimmte Verfahren

zu diesen Messungen herangezogen wurden und nicht andere, die meist genauer sind; zur Klärung der Frage, aufgrund welcher Literaturwerte und sonstigen Überlegungen die Parameter für das Rechenmodell gewählt wurden, und anderer, ähnlicher Unklarheiten bei den Überlegungen zu betrieblichen Unfällen über- und untertage; erforderlich wäre weiterhin eine erheblich genauere Dokumentation der Rechenmodelle selbst und der bisherigen Ergebnisse; bei Fragen des Grundwasserchemismus sind Vergleichswerte mangelhaft dokumentiert; Unterlagen über Bohrungen sind nicht vollständig u.v.a.m.

Dabei möchte ich besonders hervorheben, daß wir alle diese Mängel, enormen Ungenauigkeiten und Schwachstellen schon bei einer kurzen, nur beispielhaften Prüfung entdecken konnten. Aus unseren Darstellungen darf keineswegs der Schluß gezogen werden, in allen nicht angesprochenen Punkten würden wir der GSF zustimmen. Im Gegenteil, wir müssen befürchten, daß auch in den anderen, von uns bisher nicht diskutierten Bereichen bei genauerem Hinsehen eine ebenso wackelige und unvollständige Argumentation zu finden sein wird.

Diese Überlegungen zeigen, wie nötig eine wirklich umfassende Prüfung dieses Berichtes wäre. Zu einer solchen Prüfung gehört allerdings nicht nur der Zugriff zu den Primärdaten. Sie könnte nur im Rahmen einer längerfristigen, finanziell entsprechend dotierten Arbeit erfolgen - wobei ich allerdings ganz sicher sagen kann, daß die erforderlichen Mittel sehr, sehr, sehr viel geringer wären als die in das bisherige Erkundungsprogramm gesteckten 62 Millionen DM! - und nicht bloß im Rahmen der Vorbereitung irgendwelcher Diskussionsveranstaltungen.

Ich komme nun zu den Schlußfolgerungen. In ihrem Abschlußbericht stellt die GSF fest, "daß die Eignung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Stilllegungsabfällen durch die vorliegenden Ergebnisse belegt ist".

Dagegen muß ich auf der Grundlage der Überlegungen, die [REDACTED] und ich hier präsentiert haben, klar feststellen:

../..

000086

Nach Einschätzung der Gruppe Ökologie Hannover reichen die vorliegenden Ergebnisse, reicht dieser Abschlußbericht bei weitem nicht aus, um eine Eignung der Schachanlage Konrad zu belegen. Die Eignungsaussage der GSF ist aus dem von der GSF vorgelegten Bericht überhaupt nicht zu begründen.


Nun könnte natürlich von der Seite der Betreiber gesagt werden - wie das in ähnlichen Fällen schon oft zu hören war: Alle Unklarheiten, die es noch gibt, sollen ja im Laufe des Planfeststellungsverfahrens geklärt werden; die eigentliche Prüfung kommt ja noch, wir sind ja insgesamt erst mittendrin oder gar erst am Anfang.

Dem halte ich aber entgegen: Man kann nicht gleichzeitig beides in Anspruch nehmen; man kann nicht gleichzeitig eine Behauptung einerseits heute schon kategorisch aufstellen (wie es im Bericht der GSF geschieht) -- und andererseits sich die Lieferung des Beweises für die Zukunft vorbehalten.

Entweder ist es tatsächlich so, daß die wirkliche und umfassende Prüfung erst kommen soll -- dann ist es aber eine unverständliche Vorwegnahme und Präjudizierung dieser Prüfung, daß schon heute eine Eignungsaussage vorgestellt wird. Dann können wir den Abschlußbericht vergessen, und er ist nur eine großangelegte Ablenkungsaktion, und der ganze "Dialog", den wir hier über diesen Bericht führen, ist vom BMFT nur inszeniert, um die Bürger hinters Licht zu führen.

Oder es ist doch so, daß der Abschlußbericht eine zentrale Bedeutung bei der Beurteilung von Schacht Konrad besitzt. Dann ist es allerdings berechtigt, über ihn zu diskutieren; aber in diesem Falle trifft die von der Gruppe Ökologie Hannover heute vorgetragene Kritik auch voll ins Schwarze und zeigt, daß der Bericht diesem Anspruch nicht gerecht werden kann.

In jedem Falle sehe ich keine seriöse Grundlage für die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens!


Gruppe Ökologie Hannover
Immengarten 31
3000 Hannover 1
Tel. 0511/696 31 30

88000
Anlage: Die zwei gezeigten Folien.

Im übrigen gilt das gesprochene Wort.

Fehler der GSF

Maximale Konsequenz
f.d. Risiko (Pu-239)

Zu geringe
Menge



x 100

Zu hohe
Rückhaltung



x 100.000

Denkfehler
bei
Rechnung



x 1.000

Veraltete
Vorschrift



x 7

Chemische
Schadstoffe
anwesend



x ?

GSF unterschätzt Risiko
maximal um Faktor

70.000.000.000

Jährliche Knochendosis durch
Pu - 239:

GSF: etwa 0,000 000 72 r

GÖK: bis zu 50.400 rem

Risikofaktor für Knochenkrebs

Bei Dosis von 10.000 rem
Krebswahrscheinlichkeit etwa 100%

Bei möglicher Maximal =
konzentration bewirken

10 Wochen

Wasserkonsum Knochenkrebs

Das hier vorgestellte Gutachten der Gruppe Ökologie(GÖK) ist ein Zweitgutachten, daß zu Schacht Konrad erstellt worden ist. Es wurde auf Betreiben verschiedener Bürgerinitiativen und der Grünen von der Stadt Salzgitter in Auftrag gegeben.

Die Gruppe Ökologie mußte sich in ihrem Gutachten auf die Daten stützen, die ihr von Erstgutachter (Gesellschaft für Strahlenforschung)-GSF-) zur Verfügung gestellt wurden.

Aufgrund der gleichen Ausgangsdaten müßten eigentlich beide Gutachten zur gleichen Aussage kommen. Es bestehen aber folgende

gravierende Unterschiede:

1. Der Preis: GSF-Gutachten = 60.000.000 DM
GÖK-Gutachten = 60.000 DM

2. Untersuchungsergebnisse:

GSF: Konrad ist als Endlager geeignet.

GÖK: Mit den Daten der GSF kann eine
Bewertungsaussage nicht getroffen werden.

Diese unterschiedlichen Untersuchungsergebnisse sind nicht verwunderlich, hält man sich die Fragestellung vor Augen, die den beiden Gutachten zugrunde liegen.

GSF: Warum ist Schacht Konrad als Endlager
geeignet?

GÖK: Ist Schacht Konrad als Endlager
geeignet?

Warum liegen den Gutachten nun so unterschiedliche Fragestellungen zugrunde? Sie sind durch die Interessen der Auftraggeber bestimmt.

In der GÖK haben sich Wissenschaftler zusammengeschlossen, die unabhängig von Parteien und wirtschaftlichen Interessen arbeiten.

Die GSF ist verflochten mit: Physikalisch-Technische-Bundesanstalt, Entwicklungsgemeinschaft Tieflagerung (EgT) Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), Bundesministerium für Forschung und Technologie (BmFT), Dtsch. Atomforum. Diese Organisationen u. Institutionen haben den Auftrag, die Nutzung der Atomenergie zu fördern. Sie beziehen ihre Einkünfte u.a. aus Steuergeldern u. Forschungsaufträgen der Atomindustrie.

Ein Blick auf die Auftraggeber und deren Interessen macht deutlich, daß die GSF keinesfalls so unabhängig und wertfrei arbeiten kann, wie es auch vor Ort von Politikern immer noch behauptet

behauptet wird.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist zu wissen, daß der BUND den Bau von Atomkraftwerken nur dann genehmigen darf, wenn er die Beseitigung des Atomülls (Endsorgung) sichergestellt hat.

Hier wird Überdeutlich, daß die Eignungsaussage der GSF keine wissenschaftliche, sondern eine politischenotwendige Aussage ist. Es wird hier weiterhin deutlich, wie Wissenschaft zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele mißbraucht wird. Ein so rücksichtsloses und verantwortungsloses Handeln auf Kosten heutiger und zukünftiger Generationen muß schonungslos aufgedeckt und verhindert werden.

Rücksichtslosigkeit der Verantwortlichen gipfelt in der Informationspolitik. So wurden schon 1975 Voruntersuchungen auf Eignung von Schacht Konrad als Atomüllendlager durchgeführt. Aber erst Jahre später drangen, nur auf Betreiben von Bürgerinitiativen und der Grünen, ausführlichere Informationen an die Öffentlichkeit.

Die von Betreibern und Befürwortern veröffentlichten Informationen waren und sind genau so einseitig und einnebelnd wie die Werbesprüche für jedes x-beliebige Produkt im Fernsehen. Von der Wirksamkeit dieser Werbemethoden kann sich jeder bei den für die Öffentlichkeit organisierten Schachtbesichtigungen überzeugen.

Ausgenutzt wird weiterhin die katastrophale Arbeitsmarktlage:

In der Hoffnung ihren Arbeitsplatz durch Ansiedlung von Atomanlagen zu sichern, verdrängen viele Bürger ihre Angst vor der Atomtechnologie.

Dabei steht jetzt schon fest, daß die Einrichtung von Schacht Konrad als Endlager die Arbeitsplatzvernichtung in Salzgitter auf keinen Fall aufhalten wird. Es werden nämlich nur 50 Arbeitsplätze neu geschaffen. Wieviele aber durch das Endlager vernichtet werden, ist nicht abzusehen. Oder sollte Arbeitsplatzvernichtung in dieser Region gar gewollt sein? (Siehe P+S, SMAG oder MAN)

Übertrieben? Panikmache?

HANNOVER

PEINE

BRAUNSCHW

Hildesheim

Salzgitter

Wolfenbüttel

○ Atommüll-
Bahnhöfe

▢ Versuchsreak-
tor PTB

▢ Schacht K.
Endlager

⌘ Atommüll-lag-
er ASSE

Zusammenfassend und abschließend kann gesagt werden:

- Die von der GSF gemachte Eignungsaussage zu Schacht K. als Atommüllendlager ist durch das Gutachten der GÖK nicht mehr gerechtfertigt.
- Der GÖK ist zu verdanken, daß Mängel und Fehler des GSF-Gutachtens aufgezeigt werden in:
 - Versuchsplanung
 - Versuchsdurchführung
 - Versuchsauswertungz.B. im Hinblick auf Wasser, Gebirgsmechanik u. Ausbreitungsuntersuchungen.
- Es ist ein weiterer Verdienst der GÖK, aufgezeigt zu haben, welche Probleme von der GSF nicht berücksichtigt bzw. noch nicht einmal erkannt wurden.
 - Störfälle über Tage
 - schwerste Unfälle über- und unter Tage
 - Transportprobleme
 - menschliche u. technische Fehler an vorgeordneten Stellen
 - Beseitigung von verseuchtem Wasser.

Man sieht, die Stadt Salzgitter war also gut beraten, ein Zweitgutachten zur Eignung von Schacht Konrad als Atommüllendlager bei der Gruppe Ökologie in Auftrag zu geben. Zeigt sich doch, daß viele Probleme noch gelöst werden müssen, ehe eine Eignungsaussage getroffen werden kann.

Nicht Butter vom Brot nehmen lassen

Umweltausschuß befaßte sich mit „Konrad-Untersuchungen“ — Brief von der Stadt

Überfordert fühlte sich der Ausschuß für Umweltfragen mit der Behandlung eines Antwortenkataloges, den das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) auf entsprechende Fragen zu Einzelheiten des Zwischenberichtes über die Endlagerung radioaktiver Abfälle im Schacht Konrad erarbeitet hatte. So stellte das Gremium in seiner Sitzung am Mittwochnachmittag im Rathaus Lebenstedt fest, daß viele Fragen unzureichend beantwortet seien, es sich aber mangels Fachkenntnis außerstande sehe, alle Details umfassend zu beurteilen. „Wir sind schließlich keine Wissenschaftler“, hieß es dazu.

Dennoch will sich die Stadt Salzgitter nach Worten ihres Oberstadtdirektors Dr. Hendrik Gröttrup „nicht die Butter vom Brot nehmen“ lassen und auf jedes ihrer Rechte pochen. Wie die eingehende Diskussion, die der stellvertretende Ausschußvorsitzende Gerhard Pätzold leitete, zusammenfassend ergab, möchte sich der Ausschuß in einer Sondersitzung bei dem Geologen Dr. Kolbe, der die Salzgitteraner Bodenbeschaffenheit genau kennt, „schlaufragen“. Der Beauftragung des Öko-Institutes mit einem Alternativgu-

tachten über die Eignung der Bleckenstedter Schachtanlage als Atommülldeponie steht die beharrliche Weigerung des BMFT der Herausgabe von Primärdaten (Meßergebnisse) entgegen. So muß der Umweltausschuß den für Mitte dieses Jahres angekündigten Endbericht der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) abwarten, bevor er in unmittelbar danach folgenden Planfeststellungsverfahren seine Interessen geltend machen kann. In diesem Zusammenhang händigte der Oberstadtdirektor den Sitzungsteilnehmern

die Kopie eines Schreibens aus das er an Dr. Ziegler vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gerichtet hat. Darin forderte er das Ministerium auf, die ihm vorliegenden Forschungsergebnisse „nunmehr unverzüglich zu veröffentlichen“. Anlaß dieses Briefes waren die erteilten Teilerrichtungsgenehmigungen für die Atomkraftwerke Grafenrheinfeld in Bayern und Grohnde in Niedersachsen. Die dafür zuständigen Ministerien hatten die erforderlichen Planfeststellungen für die Endlagerung in Konrad „in Kürz“ beziehungsweise „Mitte 1982“ in Aussicht gestellt.

Dies sei, so Dr. Gröttrup, um so überraschender, laufe doch gegenwärtig noch die Eignungsprüfung für Konrad. Über den weiteren Verlauf der Zusammenkunft berichtet die SZ noch.

J. J.

540000

DER OBERSTADTDIREKTOR
DER STADT
SALZGITTER

SALZGITTER-LEBENSTEDT, den 4. Febr.
Postanschrift: Rathaus, 3320 Salzgitter
Ruf: Sammelnummer (05341) 4021
bei Durchwahl (05341) [REDACTED]

Arbeitskreis gegen Atomenergie
Spitzwegstr. 23

3300 Braunschweig

Sehr geehrter [REDACTED],

Ihre Einladung zu der am 4. 3. 1982 in Braunschweig geplanten Podiumsdiskussion sowie den gleichzeitig zugesandten Fragenkatalog habe ich erhalten. Die aufgeworfenen Fragen beantworte ich - soweit sie die Stadt Salzgitter betreffen - wie folgt:

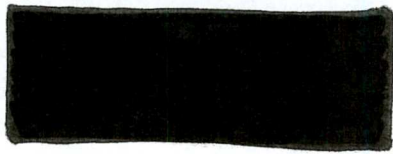
Die Stadt Salzgitter ist weiterhin daran interessiert, die Gruppe Ökologie mit einer gutachterlichen Stellungnahme entsprechend dem Beschluß des Verwaltungsausschusses vom 9. März 1982 zu beauftragen. Wie Sie wissen, hatte die Gruppe Ökologie ihre Bereitschaft zu einer gutachterlichen Tätigkeit für die Stadt bekundet, jedoch zur Bedingung für die Auftragsannahme gemacht, daß dem Institut u. a. auch die bislang noch nicht veröffentlichten Forschungsberichte der GSF, so u. a. auch die bislang noch nicht veröffentlichten Zwischenberichte und weitere Forschungsdaten offengelegt werden müßten. Das BMFT hat unter Hinweis auf einen nicht zu verantwortenden Arbeitsaufwand der GSF und auf die Tatsache, daß der Abschlußbericht wohl im Frühsommer 1982 vorliegen werde, eine Herausgabe abgelehnt, so daß eine Auftragsvergabe gemäß Verwaltungsausschußbeschluß bisher nicht erfolgen konnte. Die Gruppe Ökologie hat sich daraufhin im September 1981 für außerstande erklärt, das Angebot an die Stadt weiter aufrechtzuerhalten. Da die Gruppe Ökologie hierfür jedoch in erster Linie betriebliche Sachzwänge (Einsatz des erforderlichen wissenschaftlichen Personals) angeführt und zudem anheimgestellt hat "zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit der Bitte um Erstellung eines erneuten Angebotes an die Gruppe Ökologie heranzutreten", haben sich die Verhandlungen nicht endgültig zerschlagen. Zu gegebener Zeit wird zu entscheiden sein, ob eine gutachterliche Stellungnahme in Auftrag gegeben werden soll.

Die Stadt Salzgitter ist nicht der Auffassung, daß "Schacht Konrad" im 5. Teilgenehmigungsbescheid für das AKW Grafenrheinfeld als Entsorgungsnachweis aufgeführt ist. Aus dem 5. Teilgenehmigungsbescheid, der der Stadt Salzgitter auszugsweise vorliegt, ist vielmehr nur zu entnehmen, daß der Bund beabsichtigt,

ein Planfeststellungsverfahren für Schacht Konrad einzuleiten. Ein Sachzwang, zu einer Eignung von Schacht Konrad als Endlager kommen zu müssen - wie von Ihnen angedeutet - kann angesichts des Inhalts des Bescheides nicht angenommen werden. Ich darf im übrigen versichern, daß Rat und Verwaltung der Stadt Salzgitter in einem Planfeststellungsverfahren ihre Rechte und Möglichkeiten, für die Belange und Sicherheitsinteressen der Bürger dieser Stadt einzutreten, voll wahrnehmen und sich hierbei auch nicht durch Interessen Dritter beeinflussen lassen würden.

Eine Teilnahme eines Vertreters der Stadt Salzgitter halte ich im gegenwärtigen Stadium nicht für sinnvoll, zumal sich die Auffassung der Stadt aus dem Vorstehenden ergibt.

Mit freundlichen Grüßen



4. 12. 81

V o r l a g e

an den

Verwaltungsausschuß

über den

Ausschuß für Umweltfragen

am 9. 12. 1981

Betr.: Schachtanlage Konrad

In den letzten Tagen gelangte in Salzgitter der Schriftverkehr und eine Chronik über die Verhandlungen der Stadt Salzgitter mit der Gruppe Ökologie, Hannover, wegen einer Bewertung des zusammenfassenden Zwischenberichtes über die Eignungsprüfung der Schachtanlage Konrad in Ablichtung bzw. Umdruck zur Verteilung.

Die Darstellung ist unrichtig und unvollständig. Sie bedarf infolge dessen der Richtigstellung und Ergänzung, zumal durch diese Art der Darstellung fälschlicherweise der Eindruck entstehen kann, die Stadt Salzgitter betreibe bei den Vorgängen um Schacht Konrad eine Verzögerungstaktik.

Die angebliche Aussage des verantwortlichen Referenten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 16. 9. 1981 in SZ-Bleckenstedt, daß sich die Stadt seit Juni d.Js. nicht mehr um die von der Gruppe Ökologie für eine Bewertung verlangten Forschungsdaten bemüht habe, ist falsch und muß als wahrheitswidrig zurückgewiesen werden.

Das Bundesforschungsministerium hat in zwei Schreiben vom 23. Juli und 22. September 1981 die Offenlegung der erforderlichen Informationen und Daten für die Gruppe Ökologie abgelehnt. Es hat ausgeführt, daß die von ihm beauftragte Gesellschaft die Forschungsarbeiten im wissenschaftlichen Sinne durchführe und damit keine sonstigen eigenen Zwecke und Interessen verfolge. Dadurch sei gewährleistet, daß die Ergebnisse den Grundsätzen der wissenschaftlichen Objektivität, Vollständigkeit und Wahrheit gerecht werden. Eine gutachterliche Bewertung sei daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt; sie müsse einem evtl. Genehmigungsverfahren für die Schachtanlage Konrad vorbehalten bleiben.

Der Zugang zu den Primärdaten müsse im Hinblick auf den daraus resultierenden Arbeitsaufwand der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) für die Erläuterung der Primärdaten abgelehnt werden.

Mit Schreiben vom 22. 9. 1981 führt der BMFT ergänzend aus, daß bei der Stadt Salzgitter hinsichtlich der Primärdaten und deren Veröffentlichung zu weitgehende Vorstellungen bestünden. Selbst im atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren kämen diese Daten insgesamt nicht zur Veröffentlichung. Erfahrungsgemäß sei es so, daß im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens der Gutachter nur punktuell den Zugang zu Primärdaten und die Darlegung der Aus- und Bewertung im einzelnen verlange. Er mache von dieser Möglichkeit immer dann Gebrauch, wenn der zu beurteilende sicherheitstechnische Sachverhalt neuartig sei und zur Beurteilung experimentelle Aussagen herangezogen werden, die in der öffentlichen

Warum sind in der Anlage nicht die Schreiben des BMFT angeführt? 2/

Literatur noch nicht beschrieben und deren Ergebnisse dort noch nicht diskutiert worden sind.

Über die schriftlichen Ersuchen hinaus hat die Verwaltung vor der Veranstaltung des BMFT mit der Kirchengemeinde Bleckenstedt in SZ-Bleckenstedt am 16. 9. 1981 den zuständigen Referenten dieses Ministeriums fernmündlich darüber informiert, daß die Stadt weiterhin auf einer Freigabe der Informationen bestehe.

Die Verwaltung hat somit alles getan, um den Auftrag des Verwaltungsausschusses vom 9. 3. 1981 in die Tat umzusetzen.

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die Gruppe Ökologie sich aus betrieblichen Sachzwängen heraus nicht mehr in der Lage sah, das Angebot für eine Bewertung aufrechtzuerhalten, obwohl um eine weitere Fristverlängerung zur Beschaffung der von der Gruppe Ökologie für erforderlich gehaltenen Informationen nachgesucht wurde. Zugleich hat das Institut der Stadt aber anheimgestellt, "zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit der Bitte um Erstellung eines erneuten Angebotes an die Gruppe Ökologie heranzutreten". (Siehe Anlage 1 und 2 dieser Vorlage).

Die Stadt hat dieses Angebot zur Kenntnis genommen und mit Schreiben vom 26. 9. 1981 ihr weiteres Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Gruppe Ökologie bekundet. (Siehe Anlage 3 dieser Vorlage).

Diese Ausführungen verdeutlichen, daß die Stadt Salzgitter nach wie vor die Vorgänge um Schacht Konrad mit kritischer Genauigkeit verfolgt. Die Verwaltung ist bemüht, den Belangen und den Sicherheitsinteressen der Bürger dieser Stadt vollauf gerecht zu werden. Sachentscheidungen sind noch nicht getroffen worden. Es soll zunächst der in absehbarer Zeit vorliegende Abschlußbericht über das Untersuchungsprogramm Schacht Konrad abgewartet werden. Die Stadt Salzgitter wird ggf. dann im Planfeststellungsverfahren ihre Rechte und Möglichkeiten voll wahrnehmen, um Schaden von der Stadt abzuwenden.

Der Ausschuß wird um Kenntnisnahme gebeten.

000095

Gruppe Ökologie · Immengarten 31 · D-3000 Hannover 1

Herrn Oberstadtdirektor

Stadt Salzgitter

Rathaus

3320 SALZGITTER 1

III 132

17.9.81

Immengarten 31

D-3000 Hannover 1

Telefon 0511/69 63 130

15. September 1981

Betr.: Schachtanlag. Konrad

Bezug: Ihr Schreiben vom 11. September 1981

Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 11. September 1981. Wie Sie ja schon aus meinem Schreiben vom 10. September entnehmen konnten, ist mir eine weitere Fristverlängerung (über nunmehr insgesamt dreieinhalb Monate noch hinaus) nicht möglich. Ich betrachte die Angelegenheit als von Ihnen negativ beschieden und abgeschlossen.

Nicht verhehlen möchte ich Ihnen allerdings mein Erstaunen, als ich heute in Bonn von dem zuständigen leitenden Beamten im BMFT, [REDACTED], erfuhr, daß dieser nichts von der Offenlegung der Daten betreffenden "entsprechenden Gesprächen" die andauern, wußte. [REDACTED] erklärte mir vielmehr, daß er schon im Juni 1981 eine Anfrage der Stadt Salzgitter, betreffend die für die gutachtlichen Arbeiten der Gruppe Ökologie erforderlichen Informationen, beantwortet habe; eine erneute Reaktion oder Rückfrage von Seiten der Stadt Salzgitter sei seines Wissens seit Ende Juni nicht mehr erfolgt.

[REDACTED] informierte mich auch in groben Zügen darüber, daß, wie er auch der Stadt Salzgitter mitgeteilt hätte, einige der von der Gruppe Ökologie geforderten Informationen aus der Sicht des BMFT nicht offengelegt werden könnten. Mir ist völlig unverständlich, warum Sie mich damals nicht umgehend über diese Probleme informiert haben; es hätte sich angeboten, gemeinsam Überlegungen anzustellen, ob und ggf. wie trotz dieser Informationsbeschaffungsprobleme eine Durchführung der Auswertung von Untersuchungsergebnissen der GSF durch die Gruppe Ökologie möglich sein könnten.

Dennoch stelle ich Ihnen im übrigen anheim, zu einem späteren Zeitpunkt erneut mit der Bitte um Erstellung eines erneuten Angebotes an die Gruppe Ökologie heranzutreten.

DS an: Umweltschutzforum Salzgitter

Wissenschaftliches Kuratorium:

Prof. Dr. K. Buchwald, Hannover (Ökologe, Landschaftsplaner)
Prof. Dr. E. Grimm, Hamburg (Geomorphologe)
Dr. M. Grupp, Lodève (Physiker)
Prof. Dr. R. Kickuth, Kassel (Öko-Chemiker)
Prof. Dr. I. Schmitz-Feuerhake, Hannover (Physikerin)
Dr. A. Stewart, Birmingham (Medizinerin)

Bankverbindung:

Postcheckkonto
Nr. 624 33-301
PSdA Hannover
BLZ 250 100 30

Der Oberstadtdirektor
der Stadt Salzgitter

Vfg.:

25. Sept. 1981

abges.:

1- Gruppe Ökologie
z. H. [REDACTED]
Immengarten 31

3000 Hannover 1

Betr.: Schachtanlage Konrad - Bewertung der Untersuchungsergebnisse
Bezug: Ihr Schreiben vom 15. 9. 1981

Sehr geehrte [REDACTED]

Ich bestätige den Eingang Ihres o.a. Schreibens, mit welchem Sie Ihr Angebot für eine Bewertung der Untersuchungsergebnisse über Schacht Konrad wegen Fristablaufs zurücknehmen.

Wie bereits schriftlich und am 11. 9. 1981 noch einmal fernmündlich gegenüber Ihrem Mitarbeiter, [REDACTED], zum Ausdruck gebracht, ist die Stadt Salzgitter an einer Zusammenarbeit mit der Gruppe Ökologie in der Angelegenheit Schacht Konrad interessiert.

Ich habe mich beim Bundesministerium für Forschung und Technologie erneut um die Offenlegung der zur Bewertung notwendigen Materialien bemüht.

Sobald ein hinreichendes Ergebnis vorliegt, werde ich mich aufgrund Ihres Schreibens vom 15. 9. 1981 wieder mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

2.:

000096

[REDACTED]

15. Sept. 1981

abges.:

1. Bundesministerium für Forschung
und Technologie

Postfach 20 97 06

5300 Bonn 2

Betr.: Schachtanlage Konrad - Bewertung des zusammenfassenden
Zwischenberichtes durch die Gruppe Ökologie

Bezug: Ihr Schreiben vom 23. 7. 1981

Sehr geehrter [REDACTED]

die Ablehnung des Zuganges zu den Primärdaten für die Stadt Salzgitter durch die Gruppe Ökologie ist hier auf wenig Verständnis gestoßen. Das Öko-Institut bzw. dessen Leiter, [REDACTED] ist nach unseren Informationen in der Vergangenheit bei vergleichbaren Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren bereits mehrfach tätig gewesen. In Salzgitter ist z. B. das Gorleben-hearing der Niedersächsischen Landesregierung in Erinnerung, bei dessen Vorbereitung und Durchführung [REDACTED] Koordinierungsfunktionen übertragen wurden. Die Studie zur Immissions-situation im Raum Ober-Harlingerode der Gruppe Ökologie hat nach weit-verbreiteter Auffassung positive Veränderungen der dortigen Situation bewirkt.

Ich wiederhole deshalb meine am 3. 7. 1981 vorgetragene Bitte, der Gruppe Ökologie die gewünschten Informationen zur Auswertung für die Stadt Salzgitter zu überlassen. Das Argument, für die GSFentstände hierdurch ein unvertretbarer Arbeitsmehraufwand, will uns nicht ein-leuchten. Ich gehe dabei davon aus, das diese Informationen im Zuge eines möglichen Planfeststellungsverfahrens ohnehin veröffentlicht werden müßten. Eine frühe Offenlegung würde deshalb nicht nur der zugesagten, umfassenden Unterrichtung der Salzgitterschen Bevölkerung dienen, sondern auch eine Abkürzung des möglichen Planverfahrens bedeuten können.

Unter diesem Gesichtspunkt war auch der Wunsch der Stadt Salzgitter nach einer Kostenbeteiligung durch Ihr Ministerium zu sehen. Ich wäre dankbar, wenn auch dieser Punkt noch einmal wohlwollend überdacht werden könnte.

Ihrer Antwort sehe ich entgegen und bin

mit freundlichen Grüßen



2.:

000097

"Bürgerdialog" auf Gut Deutsch

Der Versuch, ein 2. Gutachten durch die Gruppe Ökologie (vormals Öko-Institut) erstellen zu lassen, ist nun endgültig gescheitert. Aus der folgenden Zeittafel wird deutlich, daß die Stadt nichts anderes getan hat, als die Gruppe Ökologie hinzuhalten. Seit Juni dieses Jahres war der Stadt klar, daß das BMFT die Primärdaten nicht zur Verfügung stellen wird. Das ist der vielgepriesene "Bürgerdialog".

11. März 81 In einer öffentlichen Ratssitzung des Umweltausschusses gibt Stadtdirektor [REDACTED] bekannt, daß der Verwaltungsausschuß den Beschluß gefaßt hat, [REDACTED] von der "Gruppe Ökologie" (GÖK, vormals Öko-Institut) zu fragen, zu welchen Bedingungen er bereit wäre, den zusammenfassenden Zwischenbericht zu bewerten.
11. Mai 81 Es findet ein Vorgespräch zwischen der Stadtverwaltung und der GÖK in Salzgitter statt. Noch im gleichen Monat formuliert die GÖK ein Angebot in Form eines Vertrages, zu denen sie bereit wäre, die gesamte Aufgabe zu übernehmen. Dieses Angebot wurde, befristet bis zum 15. Juli 81, der Stadt Salzgitter vorgelegt.
3. Juli 81 Die Stadt Salzgitter bestätigt der GÖK die von der Stadt gewünschte Fristverlängerung bis zum 20. August 81.
27. Aug. 81 Nachdem die Stadt Salzgitter diesen Termin verstreichen lassen hat, kündigt die GÖK daher die Zusammenarbeit auf.
28. Aug. 81 Die Stadt Salzgitter bittet um nochmaligen Aufschub und die Zurücknahme der Aufkündigung. Weiterhin behauptet die Stadt, Gespräche mit dem Bundesminister (BMFT) bezüglich der Überlassung von Daten zu führen.
1. Sept. 81 Die GÖK nimmt die Aufkündigung zurück und verlängert die Frist bis zum 10. September 81.
10. Sept. 81 Die Stadt läßt die gesetzte Frist wieder verstreichen, und wird von der GÖK vor die Wahl gestellt, sich nun endlich zu entscheiden, andernfalls würden sie die entsprechenden Konsequenzen ziehen.
11. Sept. 81 Die Stadt begründet die Verzögerung wieder mit andauernden Gesprächen mit dem BMFT und bittet um eine weitere Fristverlängerung um mindestens 8 Wochen.
15. Sept. 81 Die GÖK kündigt die Zusammenarbeit endgültig auf. [REDACTED] (GÖK) hatte am gleichen Tag von [REDACTED], dem zuständigen leitenden Beamten im BMFT, in Bonn erfahren, daß seit Juni 81 keine neuen Kontakte seitens der Stadt Salzgitter aufgenommen worden sind. Damals wurde von [REDACTED] die Anfrage bezüglich der Datenoffenlegung negativ beschieden. Seither gab es keine neuen Rückfragen seitens der Stadt.

29.9.81

22.09.1981

1. Oberstadtdirektor
der Stadt Salzburg

Rathaus

3320 Salzburg 1

Gef.: 22.9.81	von: [redacted]
Gel.: "	von: [redacted]
Abges.: "	von: [redacted]
Jah: [redacted]	

Betr.: Sahnhtanlage Konrad - Bewertung des zusammenfassenden
Zwischenberichtes durch die Gruppe Ökologie

Bezug: Ihr Schreiben vom 15. September 1981

Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor,

mit Bedauern habe ich zur Kenntnis genommen, daß die klare und umfassende Argumentation des Schreibens vom 23.07.1981 die mit der Sache befaßten Vertreter der Verwaltung und des Rates der Stadt Salzburg nicht überzeugen konnte. Ihrer Bitte entsprechend habe ich die Angelegenheit nochmals überprüft. In der Sache bin ich dabei zu keinem neuen Ergebnis gekommen. Die grundlegende Haltung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie ist im ersten Abschnitt des Schreibens vom 23.07.1981 dargelegt. Diese Grundhaltung und das Bemühen um enge Zusammenarbeit mit der Stadt Salzburg bestimmt die Stellungnahme zu den einzelnen Punkten Ihres Schreibens vom 03.07.1981. Nach meiner Auffassung sind die im Schreiben vom 23.07.1981 gemachten Vorschläge konstruktiv. Hiervon sollte ggfls. Gebrauch gemacht werden, ohne den Gang der Dinge durch kaum erfüllbare und schwer spezifizierbare Forderungen zu behindern.

Zu den einzelnen Abschnitten Ihres Schreibens vom 15.09.1981 möchte ich noch in Ergänzung der obigen grundsätzlichen Ausführungen folgendes bemerken:

1. Die Hinweise auf Referenzen des Öko-Instituts lassen die Vermutung aufkommen, die Stellungnahme des BMFT im Schreiben vom 28.07.1981 könnte durch die Sachkunde und durch die öffentlich bezeugte

...

220000

Haltung des Öko-Instituts gegenüber der Kernenergie bestimmt sein. Dies ist nicht der Fall. Die Ausführungen im Schreiben vom 23.7.81 gelten vielmehr auch dann, wenn von Ihnen beabsichtigt wäre, eine aus meiner Sicht in der Sache kundigere und in der Haltung gegenüber der Kernenergie objektive und neutrale Stelle einzuschalten.

2. Nach meinem Eindruck bestehen auf Ihrer Seite hinsichtlich der Veröffentlichung von Primärdaten im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens zu weitgehende Vorstellungen. In aller Regel kommen Primärdaten bei atomrechtlichen Genehmigungsverfahren nicht zur Veröffentlichung, da sie für die Beurteilung sicherheitstechnischer Sachverhalte^{ent}~~nach~~ nach einer den jeweiligen experimentellen Gegebenheiten angepaßten Auswertung und durch den Vergleich mit evtl. an anderer Stelle gewonnenen Ergebnissen erfolgten Bewertung sinnvoll herangezogen werden können. Diese Aus- und Bewertung stellt den Arbeitsaufwand dar, von dem in meiner Stellungnahme zu Buchstabe b) Ihres Schreibens vom 03.07.81 gesprochen wird. Nach meinen Erfahrungen ist es vielmehr so, daß im Rahmen eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens der Gutachter nur punktuell den Zugang zu Primärdaten und die Darlegung der Aus- und Bewertung im einzelnen verlangt. Dies hängt im Einzelnen von der sicherheitstechnischen Bedeutung des zu beurteilenden Sachverhaltes, vom allgemeinen Stand der Wissenschaft in diesem Punkt sowie schließlich auch von der Kenntnis und Erfahrung des Gutachters selbst in dieser Spezialsache ab. Nach meinen Erfahrungen macht der Gutachter von diesem Schritt dann Gebrauch, wenn der zu beurteilende sicherheitstechnische Sachverhalt neuartig ist und zur Beurteilung experimentelle Aussagen herangezogen werden, die erstmalig zur Beurteilung dieses Sachverhaltes herangezogen werden und es sich dabei um Experimente handelt, die in der öffentlichen Literatur noch nicht beschrieben und deren Ergebnisse dort noch nicht diskutiert worden sind. Beispiele hierfür sind nach meinem Kenntnisstand aus dem Anfang der siebziger Jahre Experimente zur Notkühlung eines Reaktorkerns und zum Dampf abblasen bei einem Siedewasserreaktor in eine Wasservorlage. Ich würde mich freuen, wenn diese Erfahrungshinweise auf den

Umgang mir Primärdaten im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren in Verbindung mit meinen grundsätzlichen Ausführungen das Verständnis für meine Stellungnahme vom 23.07.1981 erleichtern würde.

3. Ihrem Wunsch nach einer Kostenbeteiligung an einer evtl. Bewertung des zusammenfassenden Zwischenberichtes durch die Gruppe Ökologie kann ich leider nicht nachkommen. Die dem Bundesministerium für Forschung und Technologie zur Verfügung stehenden Mittel im Bereich der Entsorgung decken von ihrer Zweckbestimmung her eine derartige Beteiligung nicht ab. Ich sehe ferner nicht, wie ich eine solche Beteiligung politisch gegenüber dem Parlament und haushaltsrechtlich gegenüber dem Bundesrechnungshof vertreten könnte.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, daß ich in etwa 6 Monaten mit der Vorlage des Abschlußberichtes für das Untersuchungsprogramm an der Schachtanlage Konrad rechne. Nach meiner Auffassung ist es angezeigt, die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Aufnahme der im Abschlußbericht enthaltenen Informationen und gffl. auf die Bewertung der dort gemachten Aussagen zu lenken und dem zusammenfassenden Zwischenbericht den Platz zuzuweisen, für den er gedacht war, nämlich eine möglichst vollständige Zwischeninformation zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



2. Nach Abgang: [redacted] z.K. 24/9 [redacted]
3. z.d.A. (bitte mit 5555-62-16/81 verbinden)

DER OBERSTADTDIREKTOR

DER STADT
SALZGITTER

SALZGITTER-LEBENSTEDT, den M. 9. 1981

Postanschrift: Rathaus, 3320 Salzgitter 1

Ruf: Sammelnummer (05341) 4021

bei Durchwahl (05341) [REDACTED]

EINGEGANGEN

14. SEP. 1981

Erled.

Gruppe Ökologie
[REDACTED]

Immengarten 31

3000 Hannover 1

Betr.: Schachtanlage Konrad - Auswertung von Untersuchungsergebnissen
der GSF

Bezug: Ihr Schreiben vom 1. 9. 1981

Sehr geehrter [REDACTED] !

Für Ihre der Stadt Salzgitter mit o.a. Schreiben gewährte Fristverlängerung zur Rückäußerung in der Angelegenheit "Schacht Konrad" danke ich Ihnen.

Ich habe Verständnis dafür, daß Sie aus personellen Gründen auf Einhaltung der vorgegebenen Fristen drängen müssen. Es ist deshalb bedauerlich, daß ich Ihnen auf Ihr Angebot vom 28. 5. 1981 zum gegenwärtigen Zeitpunkt immer noch keinen abschließenden Bescheid geben kann.

Beim zuständigen Bundesministerium für Forschung und Technologie konnte bisher die Offenlegung der von Ihnen für die Auswertung gewünschten Daten nicht erreicht werden. Die entsprechenden Gespräche dauern an.

Ich sehe mich infolge dessen veranlaßt, Sie trotz Ihrer langfristigen Terminplanungen und anderweitigen Verpflichtungen um weitere Fristverlängerung für Ihr Angebot von mindestens 8 Wochen zu bitten.

In der Hoffnung, daß Sie meiner Bitte nicht ablehnend gegenüber stehen werden, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

407000

Gruppe Ökologie · Immengarten 31 · D-3000 Hannover 1

Herrn
Oberstadtdirektor
Stadt Salzgitter
Postfach 10 06 80
3320 Salzgitter 1

Immengarten 31
D-3000 Hannover 1
Telefon 0511/69 63 130

10. September 1981

Betr.: Schachtanlage Konrad - gutachtliche Arbeiten

Bezug: Mein Schreiben vom 01.09.1981

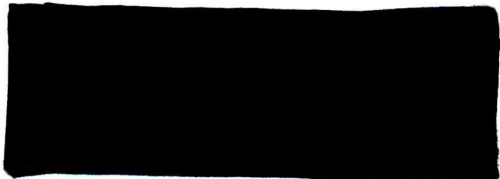
Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor,

der Ordnung halber weise ich Sie nochmals auf die in meinem Schreiben vom 1. September angegebene letzte Frist für die Gültigkeit unseres Angebotes vom 28. Mai 1981 (10. September 1981) hin.

Auch ganz abgesehen von grundsätzlicheren Überlegungen bin ich aufgrund betrieblicher Sachzwänge meines Institutes nun leider gezwungen, Sie um eine sofortige Entscheidung zu bitten. Ich habe darauf in meinem Schreiben vom 1. September 1981 bereits hingewiesen; für den Fall, daß es nicht zu einem Vertragsabschluß zwischen der Gruppe Ökologie und der Stadt Salzgitter kommen sollte, werden wir in den kommenden Monaten Arbeiten für andere Auftraggeber durchzuführen haben. Die Entscheidung über die diesbezüglichen Vertragsabschlüsse muß von der Gruppe Ökologie Anfang der kommenden Woche gefällt werden.

Weiterhin können die von der Gruppe Ökologie mit nicht zu unserem permanenten Mitarbeiterstab gehörenden Experten, die ggf. an den gutachtlichen Arbeiten zu Schacht Konrad mitwirken würden, abzuschließenden Vereinbarungen nicht weiter verzögert werden.

Daher ersuche ich Sie nun um sofortige Antwort. Eine weitere Fristverlängerung (über die Postlaufzeit dieses Schreibens und Ihres Antwortschreibens hinaus) ist mir nicht möglich. Im Falle der Nichtäußerung oder nicht schlüssigen Äußerung von Ihrer Seite muß ich davon ausgehen, daß Sie an unserem Angebot vom 28. Mai 1981 nicht mehr interessiert sind, und unverzüglich alle erforderlichen Konsequenzen ziehen.


DS an Umweltschutzforum Salzgitter

Wissenschaftliches Kuratorium:

Prof. Dr. K. Buchwald, Hannover (Ökologe, Landschaftsplaner)
Prof. Dr. E. Grimmel, Hamburg (Geomorphologe)
Dr. M. Grupp, Lodève (Physiker)
Prof. Dr. R. Kiduth, Kassel (Öko-Chemiker)
Prof. Dr. I. Schmitz-Feuerhake, Hannover (Physikerin)
Dr. A. Stewart, Birmingham (Medizinerin)
Dr. G. Thompson, Cambridge/Mass. (Physiker)

Besatzverbindung:

Postfachkonto
Nr. 894 23-301
Pöschel Hannover
BLZ 250 100 30

Gruppe Ökologie · Immengarten 31 · D-3000 Hannover 1

Herrn

Oberstadtdirektor

Stadt Salzgitter

Postfach 10 06 80

3320 Salzgitter 1

Immengarten 31
D-3000 Hannover 1
Telefon 0511/69 63 130

1. September 1981

Betr.: Schachtanlage Konrad - gutachtliche Arbeiten

Bezug: Ihr Schreiben vom 28.08.1981, 32.2

Sehr geehrter Herr Oberstadtdirektor!

Ihr Schreiben vom 28. August 1981 habe ich erhalten. Ich nehme gerne zur Kenntnis, daß die Stadt Salzgitter weiterhin an einer Zusammenarbeit mit der Gruppe Ökologie interessiert ist, und bei diesen Umständen bereit, mein Angebot vom 28. Mai 1981 zunächst aufrechtzuerhalten.

Wäre vor Ablauf der vereinbarten Frist (20. August) eine entsprechende Äußerung von Ihrer Seite erfolgt, hätte dies die Angelegenheit für Sie und mich allerdings noch einfacher gestaltet.

Das grundsätzliche Problem, das ich auch anläßlich des Telefongesprächs vom 2. Juli 1981 dargelegt hatte und das mich dazu zwingt, möglichst auf die Einhaltung vereinbarter Fristen zu drängen, bleibt allerdings bestehen: Zu den ggstd. gutachtlichen Arbeiten werden Experten herangezogen, die nicht beliebig zeitlich flexibel sind und den für die Arbeiten anzusetzenden Zeitraum nicht beliebig freihalten bzw. verschieben können. Eine baldigste Entscheidung ist daher essentiell. Sollten größere Probleme bzgl. Informationsbereitstellung durch das BMFT aufgetreten sein, wäre ich daran interessiert, näheres zu erfahren; vielleicht können diese Schwierigkeiten im dreiseitigen Gespräch, d.h. unter Einbeziehung von Vertretern der Gruppe Ökologie, leichter überwunden werden.

Etwa am 20. September breche ich zu einer sechs- bis achtwöchigen Dienstreise nach Japan auf. Bzgl. der Projektleitung im Rahmen der ggstd. gutachtlichen Arbeiten ergeben sich daraus keine Probleme, da für geeignete Vertretung gesorgt ist; für die Gesamtplanung der weiteren Arbeiten an meinem Institut und meine eigene langfristige Terminplanung ist es jedoch unverzichtbar, daß Ihre Entscheidung rechtzeitig vor meiner Abreise erfolgt. Ich bitte Sie daher um Rückäußerung bis Donnerstag, 10. September 1981; bis zu diesem Zeitpunkt ist es mir unter den gegebenen Umständen möglich, das Angebot aufrechtzuerhalten.

In Erwartung Ihrer baldigen Antwort verbleibe ich

DS an Umweltschutzforum Salzgitter

Wissenschaftliches Kuratorium:

Prof. Dr. K. Buchwald, Hannover (Ökologe, Landschaftsplaner)

Prof. Dr. E. Grunmeier, Hamburg (Geomorphologe)

Dr. M. Grube, Lüneburg (Physiker)

Prof. Dr. R. Kuttath, Lüneburg (Geo-Chemiker)

Prof. Dr. I. Schmitt, Lüneburg, Hannover (Physikerin)

Dr. A. Steyer, Braunschweig, Hannover

Bankverbindung:

Postcheckkonto

Nr. 604 33-301

Postbank Hannover

BLZ 250 100 00

STADT SALZGITTER
DER OBERSTADTDIREKTOR



EINGEGANGEN

31. AUG. 1981

Erled.

Postanschrift: Stadt Salzgitter · Postfach 100680 · 3320 Salzgitter 1

Gruppe Ökologie

Immengarten 31

3000 Hannover 1

Dienststelle

-Ordnungsamt/Abt. Umweltschutz-

Auskunft erteilt

Zimmer

Anrufbeantworter 402 402

Telex 95 4490

Durchwahl 0 53 41 / 402

Vermittlung 40 21

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Datum

28. August 1981

Betrifft: Schachtanlage Konrad - Auswertung von Untersuchungsergebnissen der GSF
Bezug: Ihr Schreiben vom 27. 8. 1981

Sehr geehrter

Ihr o.a. Schreiben mit der Aufkündigung des Angebotes vom 28. 5. 1981 die Untersuchungsergebnisse der GSF über die Eignung der Schachtanlage Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle gutachtlich zu bewerten und Ihr beabsichtigtes weiteres Vorgehen in der Angelegenheit überrascht mich.

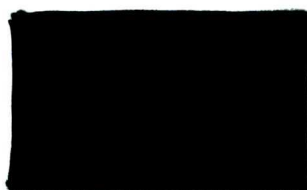
Es ist für mich unverständlich, daß Sie aus meinem aus terminlichen Gründen nicht erfolgtem Rückruf am 27. 8. 1981 die Schlußfolgerung ziehen, daß die Stadt Salzgitter nicht an einer weiteren Zusammenarbeit mit Ihrem Institut interessiert sei. Sie trifft nicht zu.

Es wäre bedauerlich, wenn es nicht zu einer Zusammenarbeit mit der Gruppe Ökologie in Sachen Schacht Konrad käme.

Aufgrund der Tatsache, daß die Gespräche mit dem zuständigen Bundesministerium für Forschung und Technologie bezüglich der Überlassung der von Ihnen gewünschten Daten und Informationen zur Schachtanlage Konrad noch nicht abgeschlossen sind, war es mir bislang nicht möglich, einen Vertrag mit Ihnen auf der Grundlage Ihres Angebotes durch die Mitglieder des Rates der Stadt Salzgitter beschließen zu lassen.

Ich bitte Sie infolgedessen, Ihr Schreiben vom 27. 8. 1981 noch einmal zu überdenken und Ihr Angebot zur gutachtlichen Bewertung der Untersuchungsergebnisse der GSF über Schacht Konrad noch aufrechtzuerhalten.

Hochachtungsvoll



BANKKONTEN DER STADTKASSE SALZGITTER:

Nordd. Landesbank, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 527 13) Kto.-Nr. 3803 806
Sparkasse des Landkreises Göttinger in SZ-Bad, (BLZ 268 516 20) Kto.-Nr. 918
Deutsche Bank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 2 700 777 50) Kto.-Nr. 3457 777

Bank f. Gemeinwirtschaft AG, SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 127 12) Kto.-Nr. 19300 024
Dresdener Bank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 085 00) Kto.-Nr. 6 004 001
Commerzbank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 2 700 000 00) Kto.-Nr. 6/005 000

Gruppe Ökologie · Immengarten 31 · D-3000 Hannover 1

An die
Stadt Salzgitter

Rathaus
3320 Salzgitter 1

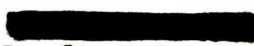

Immengarten 31
D-3000 Hannover 1
Telefon 0511/69 63 130

27. August 1981

Sehr geehrter Herr Stadtdirektor,

wie bei unserem Gespräch am 11. Mai 1981 vereinbart, hatte ich Ihnen mit Schreiben vom 28. Mai 1981 ein Angebot zur Durchführung folgender Arbeiten:

"Umfassende gutachtliche Bewertung der bisher vorliegenden Daten und Informationen aus dem Untersuchungsprogramm der GSF zur Eignungsprüfung der Schachtanlage Konrad für die Einlagerung radioaktiver Abfälle unter laufender Einbeziehung neuerfaßter Informationen und kritischer Würdigung noch geplanter Aktivitäten"

Übersandt. Dieses Angebot sollte bis zum 15. Juli 1981 gültig sein. In einer telefonischen Rücksprache mit  am 2. Juli 1981, in der dieser auf Schwierigkeiten der Stadt Salzgitter insbesondere im Hinblick auf die Beschaffung erforderlicher Informationen beim BMFT hinwies, gewährte ich eine Fristverlängerung bis zum 20. August 1981. Diese Festlegung wurde von Ihnen mit Schreiben vom 3. Juli 1981 bestätigt.

Ich bedaure daher außerordentlich, daß bis zum heutigen Tage eine Antwort auf das Angebot der Gruppe Ökologie ausgeblieben ist und es mir auch nicht möglich war, Sie heute zwecks Klärung des Sachverhaltes telefonisch zu erreichen.

Ich gehe davon aus, daß dieses Verhalten bedeutet, daß Sie an der Durchführung der genannten Arbeiten durch die Gruppe Ökologie nicht interessiert sind.

Das Angebot vom 28. Mai 1981 verliert ab sofort seine Gültigkeit.

Mit freundlichen Grüßen



P.S.: Eine Kopie dieses Schreibens ergeht mit gleicher Post an das Umweltschutzforum Salzgitter. Weitere Schritte zur Veröffentlichung der Chronik der Verhandlungen der Gruppe Ökologie Hannover mit der Stadt Salzgitter behalte ich mir vor.

ENTWURF

Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
315 - 5555- 62-16/81

32 82

23. 7. 1981

An den
Oberstadtdirektor der
Stadt Salzgitter

3320 Salzgitter 1

Gef.: 23.7.81	von: [redacted]
Gel.:	von:
Abge: 27. JULI 1981	Anl.: [redacted]

Betr.: Schachtanlage Konrad

hier: Bewertung des zusammenfassenden Zwischenberichtes
durch die Gruppe Ökologie

Bezug: Ihr Schreiben vom 3.7.1981

Sehr geehrter Herr [redacted]

die Forschungsarbeiten zur Untersuchung der Schachtanlage Konrad auf ihre Eignung für die Endlagerung radioaktiver Abfälle werden von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) durchgeführt. Die GSF führt diese Arbeiten im wissenschaftlichen Sinne durch und verfolgt damit keine sonstigen eigenen Zwecke und Interessen. Dadurch ist nach meiner Auffassung ausreichend gewährleistet, daß die von der GSF vorgelegten Ergebnisse den Grundsätzen der wissenschaftlichen Objektivität, Vollständigkeit und Wahrheit gerecht werden. Eine gutachterliche Bewertung ist daher aus meiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt. Sie muß einem evtl. Genehmigungsverfahren für die Schachtanlage Konrad vorbehalten bleiben. Eine Beteiligung des Bundes an den Kosten eines von der Stadt Salzgitter gewünschten oder veranlaßten Gutachten ist damit nicht möglich.

Zu den einzelnen Informationswünschen der Gruppe Ökologie nehme ich wie folgt Stellung:

Zu a): Ich muß erneut darauf hinweisen, daß die Zwischenberichte vertraglich nur dem Auftraggeber zustehen. Im Interesse der Gleichbehandlung aller Auftragnehmer des BMFT kann ich hiervon keine Ausnahme zulassen. Soweit die Zwischenberichte Hinweise auf technisch-wissenschaftliche Ergebnisse enthalten, haben diese in dem zusammenfassenden Zwischenbericht Eingang gefunden.

111000

Die im Zwischenbericht besonders wichtige Darstellung zum Stand des Vorhabens und zum weiteren Vorgehen ist aus meiner Sicht für eine gutachterliche Bewertung nicht von Bedeutung.

Zu b): Den Zugang zu Primärdaten muß ich im Hinblick auf den aus meiner Ansicht daraus resultierenden Arbeitsaufwand der GSF für die Erläuterung der Primärdaten ablehnen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf meine obigen grundsätzlichen Ausführungen.

Zu c): Die Antworten auf die 47 Fragen des Rates der Stadt Salzgitter stehen selbstverständlich zur Verfügung. Infolge von Personalengpässen bei einigen Bundeseseinrichtungen, mit denen ich die Antworten abstimmen möchte, konnte ich Ihnen die Antwort bisher noch nicht zustellen.

Zu d): Informationsgespräche halte ich für den geeignetsten Weg, auf dem eine von Ihnen eingeschaltete Stelle für eine gutachterliche Bewertung des zusammenfassenden Zwischenberichtes evtl. zusätzlich erforderliche Informationen erhalten kann. Bei der Herstellung der notwendigen Kontakte bin ich gerne behilflich.

Zu e): Informationen über laufende und geplante Untersuchungen sollten zunächst bei Besichtigungen und Gesprächen gegeben werden. Wie diese Informationen verbindlich gemacht werden können, kann dabei geklärt werden.


Zu f): Dieser Punkt ist so allgemein formuliert, daß eine Stellungnahme meinerseits zur Zeit nicht möglich ist.

Unterstützung

Eine umfassende ~~Untersuchung~~ der Bevölkerung Salzgitters über die Eignungsuntersuchungen auf der Schachanlage Konrad halte ich weiterhin für wichtig. Der mit Ihnen abgesprochene Weg zur Durchführung von Informationsveranstaltungen in kleineren und größeren Gruppen ist aus meiner Sicht erfolgsversprechend und ausreichend.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



STADT SALZGITTER

DER OBERSTADTDIREKTOR



Postanschrift: Stadt Salzgitter · Postfach 100680 · 3320 Salzgitter 1

Gruppe Ökologie
Immengarten 31

D-3000 Hannover 1



Dienststelle	
-Ordnungsamt/Abt. Umweltschutz-	
Auskunft erteilt	Zimmer
Anrufbeantworter 402 402	Telex 95 4490
Durchwahl 0 53 41 / 402	Vermittlung 40 21

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Datum

3. 7. 1981

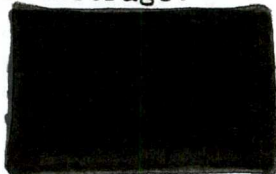
Betritt: Schachtanlage Konrad - Bewertung des zusammenfassenden Zwischenberichtes
Bezug: Ihr Schreiben vom 28. 5. 1981 nebst Angebot

Sehr geehrter

In bezug auf die fernm. Rücksprache vom 2. 7. 1981 bestätige ich hiermit die von Ihnen fernm. gewährte Fristverlängerung für eine Antwort auf Ihr vorgenanntes Angebot bis zum 20. 8. 1981.

Sobald eine Antwort des BMFT bezüglich der zu gewährleistenden Informationen und Unterlagen für Ihre Tätigkeit vorliegt, erhalten Sie entsprechende Nachricht.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage:



BANKKONTEN DER STADTKASSE SALZGITTER:

Nordd. Landesbank, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 527 13) Kto.-Nr. 9033 906
Sparkasse des Landkreises Goslar in SZ-Bad, (BLZ 268 516 20) Kto.-Nr. 918
Deutsche Bank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 727 36) Kto.-Nr. 31/57 021
Volksbank Brwg., Zweigst. SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 900 89) Kto.-Nr. 904 843

Bank f. Gemeinwirtschaft AG, SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 127 12) Kto.-Nr. 10 930 024
Dresdner Bank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 800 60) Kto.-Nr. 9 004 891
Commerzbank AG, Filiale SZ-Lebenstedt, (BLZ 270 400 80) Kto.-Nr. 5/905 005
Postscheckkonto Hannover (BLZ 250 100 30) Kto.-Nr. 90 13 - 300

000000

4.)
Chronik der Verhandlungen der Gruppe Ökologie (GÖK) mit der
Stadt Salzburg (SZ) über die Bestellung eines unabh. Gutachtens zu
Montad

- 27.03.81 Brief von Oberstadtdirektor [REDACTED] mit dem Angebot
zu einem Vorgespräch über die mögliche Auswertung
der Zwischenberichte der GSF
- 11.05.81 Dieses Gespräch findet statt. Teilnehmer: [REDACTED]
- 28.05.81 Als Ergebnis des Gesprächs gibt die GÖK ein Angebot ab.
- 02.07.81 Anruf [REDACTED] Die Verhandlungen mit dem BMFT wegen
Überlassung von Daten und Unterlagen sind schwierig.
Die Erklärungsfrist (bisher 15.07.81) wird bis zum
20.08. verlängert.
- 27.08.81 Anruf in SZ, [REDACTED] nicht erreicht.
Brief, indem das Angebot zurückgezogen wird.
- 28.08.81 Brief SZ: Verwunderung über die Zurücknahme des Angebots,
da die Gespräche mit dem BMFT noch nicht abgeschlossen
seien, Bitte um Aufrechterhaltung des Angebots.
- 01.09.81 Antwort der GÖK: Verlängerung der Frist bis zum 10.09.
- 10.09.81 GÖK weist SZ auf den Fristablauf hin, verlangt umgehend
Antwort und stellt fest, daß eine Verlängerung nicht mehr
möglich ist.
- 11.09.81 SZ dankt für die Fristverlängerung vom 01.09., erklärt,
daß die Gespräche mit dem BMFT andauern und bittet um
Fristverlängerung von 8 Wochen.
- 15.09.81 Gespräch [REDACTED] mit [REDACTED] (BMFT):
1. es gibt keine laufenden Verhandlungen SZ - BMFT
2. keine zusätzliche Ablehnung der Weitergabe von Unterlag
- 15.09.81 Antwort der GÖK auf den Brief vom 11.09.:
Betrachtet die Angelegenheit als negativ entschieden und
drückt ihr Erstaunen über die Informationen vom BMFT aus.
- 25.09.81 SZ bestätigt Schreiben vom 15.09.